

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf., monatlich 3.00 RM., vierteljährlich 9.00 RM., halbjährlich 18.00 RM., jährlich 36.00 RM. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1.10 RM. pro Monat. Eingelagert in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich: 2.00 RM., für das übrige Ausland: 4.00 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Rubrik je Zeile über deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichtigungs-Beiträge 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 10 Pf. (zuletzt 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Quoten für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 2. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Arbeiter Berlins!

Die Herrschenden planen, Deutschland zu einer großen Kaiserriege zu machen!

Erhebt am Sonntag gegen die Provokation des Volkes gewaltigen Massenprotest!

## Die große Schröpfung.

II.

Sozialdemokratie und Heeresvermehrung.

Im vorigen Artikel haben wir gezeigt, daß sich auch vom bürgerlichen Standpunkte aus sehr gewichtige Gründe gegen die Militärvorlage ins Feld führen lassen, und die bereits genannten sind nicht die einzigen: auf eine ganze Reihe anderer werden wir noch zu sprechen kommen. Wenn wir im Deutschen Reich eine auch nur einigermaßen demokratische bürgerliche Partei hätten: der Kampf gegen den ulerlosen Militarismus müßte eine ihrer wichtigsten Aufgaben sein. Im ersten Artikel sagten wir bereits, daß davon seit zwanzig Jahren keine Rede mehr sei, und wenn von den großen bürgerlichen Blättern die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ mal ein ernstes Wortlein reden, so wissen wir, daß hinter diesen beiden großen Zeitungen parlamentarisch nichts und außerparlamentarisch nicht viel mehr steht. Der energische Kampf gegen den Militarismus muß also von der Sozialdemokratie allein geführt werden. Das wird auch die bevorstehende Beratung wieder beweisen, trotzdem die in den Vorlagen enthaltenen Nummungen derart sind, daß sie selbst einen fortschrittlichen Parlamentarier aus seiner „dumpfen Resignation“ erwecken könnten.

Die geplante Militärvorlage soll mit ihrem großen neuen Mannschaftsbedarf die Friedenspräsenzstärke auf mehr als 800.000 Mann bringen, d. h. eine Verdoppelung der vor 40 Jahren vorhandenen. Dazu kommt eine Ver- fänffachung der damaligen Kosten. Das ist, wenn man die Volksvermehrung in derselben Zeit: von 40 Millionen auf 67 Millionen zugrunde legt, gewiß kein über- „fortschritt“. Mehr als eine frühere Militärvorlage bedeutet die jegige eine enorme Schwächung der nationalen Produktionskraft. Wenn man bedenkt, was Jahr um Jahr an jungen kräftigen Menschen der produktiven Tätigkeit entzogen wird (denn ohne die militärische Tollheit würden alle diese Kräfte irgendwie für die Gesellschaft nützliche Arbeit leisten können), so muß man nachgerade einsehen, daß der Militarismus in die normale gesellschaftliche Produktion eine große Bresche legt. Die menschlichen Kräfte und die materiellen Mittel, die man dem Militarismus zuführt, werden absolut unproduktiv verwendet, und nur bei den für Kleidung und Nahrung ausgegebenen Geldern kann diese Behauptung eingeschränkt werden. Raum aber noch bei den für den Kasernenbau aufzuwendenden Mitteln, da diese Wohnungen der Soldaten sicherlich keine hundert bürgerlicher Wohnungen entbehrlieh machen. Da die Unproduktivität der für den Militarismus hinausgeworfenen Summen sogar noch auf der Reichstagstribüne bestritten werden kann (beim Marinestat ist es der Konser- vative Strahmer: es lebten doch so viele Leute davon!) ohne daß man ausgelacht wird, so sei der Widerspruch dieser Auffassung an einem Beispiel gekennzeichnet. Wenn man auf allen freien Plätzen der deutschen Städte tagaus tagein große Steinhaufen auf- und abtragen ließ und diese zwecklose Arbeit aus allgemeinen Steuern bezahlte, so würden die bei dieser Arbeit Beschäftigten auch von ihr leben können. Aber keinem noch so trottelhaften Menschen würde es einfallen, die hierfür aufgebrauchten Mittel nicht als vollkommene Vergewand anzu sehen. Genau so ist es mit dem Militarismus (von den oben gemachten winzigen Einschränkungen abgesehen), eher noch schlimmer. Während so ein Steinhaufen eine harmlose Sache ist, vernichten die für den Militarismus angeschafften Waffen, sobald sie in Tätigkeit treten, obendrein unzählige Werte.

Die modernen Kriegsrüstungen sind auch nimmermehr Friedensgarantien, sondern Kräfte, deren täglich wachsende Unerttragsfähigkeit geradezu den Krieg herbeiführen müssen; und es gibt viele Leute, die den Krieg dem allmählich ebenfalls zum Zusammenbruch führenden bewaffneten Frieden vorziehen. Für die heutige Zeit hat das bekannte Lateinwort nur noch Geltung, wenn man seinen Sinn umkehrt: si uoa vis pacem, para bellum. Wenn du nicht den Frieden willst, so bereite den Krieg vor.

Aber auch aus einem anderen Grunde sind die heutigen stehenden Heere keine Friedensgarantien mehr. Es ist einfach nicht wahr, daß sie nur für Verteidigungszwecke vorhanden sind, sie müssen immer mehr, als stärkstes Mittel imperialistischer Begehrlichkeiten, zu Angriffswaffen werden, deren Gebrauch man sich nur deshalb überlegt, weil keiner des Erfolges gewiß ist, und jeder Mißerfolg Kopf und Argen kosten kann.

Daß diese Auffassung in immer weitere Volkskreise dringt,

zeigte die jüngste Vergangenheit. Man denke nur an die bei der Marokkoaffäre und bei dem österreichisch-serbischen Konflikt vorhandenen Kriegsmöglichkeiten. In keinem der beteiligten Länder war damals etwas von dem Geist zu spüren, mit dem man Schlachten schlagen und zu gewinnen vermag. Ueberall vollendete Teilnahmslosigkeit und alles andere als Kriegsstimmung. Diese Tatsachen kamen damals in einem lichten Moment selbst der „Täglichen Rundschau“ zum Bewußtsein, und sie gab die Stimmung des deutschen Volkes recht gut wieder, als sie (dem Sinne nach) schrieb, daß die deutschen Soldaten zwar mit Gott hinausziehen, aber nicht für König und Vaterland, sondern dafür, daß die Serben nicht Durazzo und San Giovanni di Medua erzielten.

Nicht ohne Ueberlegung legen daher die Militärbehörden das ganze Schwergewicht in die Linientruppen und messen den Reserverformationen immer geringere Bedeutung bei. Diese starken Linientruppen sollen die sogenannten „deutschen Interessen“, die in 9 von 10 Fällen die Interessen großer kapitalistischer Monopole sind, verteidigen. Und weil es, nicht zuletzt dank der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit, unmöglich geworden ist, diese Interessen als allgemeine vaterländische dem deutschen Volke aufzuschwären, ist für den imperialistischen Kapitalismus das starke stehende Heer von so großer Bedeutung geworden. Nur soll man uns bei dieser klaren Sachlage verschonen mit den abgegriffenen Redensarten von patriotischen Notwendigkeiten zur Verteidigung des Vaterlandes, zum Schutz von Haus und Hof.

Die heutigen Kriegsmöglichkeiten gleichen in ihren Motiven vielfach denen der alten Handelsvölker: der Phönizier, Punier, der italienischen Stadtrepubliken usw.; in ihren Resultaten allerdings sind sie weit von jenen verschieden. Hier wie dort waren es die Interessen der wirtschaftlich Mächtigen, die zum Kriege trieben. Aber während man für die Handelskriege früherer Zeiten immer noch die Tatsache in Anspruch nehmen konnte, daß sie, bis zu einem gewissen Grade, mit dem „allgemeinen Staatsinteresse“ zusammenfielen, so ist heute das absolute Gegenteil der Fall. Die heutigen Kriege, die für die imperialistischen Tendenzen des Kapitalismus geführt werden, sind den Lebensinteressen der Volksmassen direkt feindlich. Deren Mehrheit sieht immer mehr ein, daß der Kernpunkt fast aller Konflikte zwischen den modernen Kulturstaaten dadurch gebildet wird, daß die Kapitalisten jedes einzelnen Landes (oder einer Ländergruppe) für ihre überschüssigen Kapitalien Anlage- und Absatzgebiete suchen unter möglichstem Ausschluß der Kapitalisten anderer Länder. In welchen Formen sich die einzelnen Gegensätze auch äußern mögen: nahezu ihre Gesamtheit läßt sich auf diesen Hauptpunkt zurückführen. Und die Inanspruchnahme und Bereitstellung aller materiellen und geistigen Kräfte des betreffenden Landes im Kriegsfall nennt man dann Patriotismus.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir darauf hinweisen, daß die Einsicht in diese Zusammenhänge des schrankenlosen kapitalistischen Konkurrenzkampfes die erste Voraussetzung für seine Beseitigung ist. Immer größere Volksmassen werden durch den Kapitalismus auf die Unterseite des Daseins geworfen und der Sicherheit eines lebenswerten Lebens beraubt. Und die stetig steigende Flut dieser Volksmassen, die vor dauernder Kriegsgefahr stehen und stets wachsende Opfer bringen sollen, wird bereits auch den Urheber aller Dualen, den Kapitalismus, hinwegschwemmen. Das ist unser Trost und unsere Hoffnung auch bei allen kleinen Fortschritten von heute und bei all den kleinen Verbesserungen, die wir an den vorhandenen Einrichtungen erkämpfen müssen. Wir wissen, daß diese Hoffnung nicht trägt, und deshalb bekämpft die „vaterlandslose“ Sozialdemokratie, als die einzige Partei des Reichstages mit aller Energie und prinzipiell die jegige Militärvorlage. Denn diese „vaterlandslosen“ lieben innig ihr Volk und ihr Vaterland, dessen Umgestaltung zu einem Vaterland des gesamten Volkes ihr höchstes Ziel ist.

Bei all ihrer Sehnsucht indes, dieses Ziel zu erreichen, steht die Sozialdemokratie nichtsdestoweniger mit beiden Beinen im Gegenwartsstaat, dessen Zustände sie mit allen Kräften und in tausend kleinen und großen Kämpfen zu verbessern trachtet. Auch in militärischen Dingen. Wir erinnern nur an die sozialdemokratischen Bemühungen, die Löhnung der Mannschaften aufzubessern. Wir erinnern an den systematischen Kampf gegen die schmachvollen Soldatenmishandlungen, den vor allen andern die Sozialdemokratie geführt hat. Es ist direkt ein Verdienst um das deutsche Heer, das Webel sich erworben hat, weil er, allen Schmähungen zum Trotz, immer und immer wieder diese Niederträchtigkeiten im Parlament zur Sprache brachte.

Die Sozialdemokratie bekämpft auf das entschiedenste jede unnötige Ausgabe innerhalb der bestehenden Heeresorganisation, so besonders die großen Ausgaben vollkommen überflüssiger Offizierspensionen. Daß hier das Geld der Steuerzahler in Wirklichkeit verschleudert wird, beweist auch eine Aenderung des Kriegsministers, die dieser im April des letzten Jahres im Reichstage getan hat. Herr v. Heeringen meinte damals, daß es unbedingt notwendig sei, den starken Wechsel in der Besetzung der Offiziersstellen bei den Friedensformationen einzustellen. Ganz schön, aber dann befeigte man endlich einmal die verriähte Methode, alle die Offiziere zu pensionieren, die im Abancement von einem Wintermann überholt werden.

Auch der von der Sozialdemokratie aller Länder mit Leidenschaft geführte Kampf gegen die Kriegsheer

gehört zu ihren nützlichen Gegenwartsarbeiten in militärischen Angelegenheiten. Nirgendwo werden diese empörenden Treibereien so scharf gebrandmarkt, wie in der sozialdemokratischen Presse. Wie gewissenlos diese Kriegsheer getrieben wird, dafür ist der kürzlich in der „Königlichen Zeitung“ erschienene Artikel über den „Störenfried“ das beste Beispiel. Der Sinn dieser Euderei konnte für jeden, der zu lesen verstand, nur sein, daß deutsche Truppen so schnell wie möglich in Frankreich einrücken müßten, um ein für allemal den Franzosen die Rolle des „Störenfrieds“ auszutreiben. Man kann gar nicht scharf genug gegen diese kriegsblüternischen Machenschaften protestieren und gar nicht laut genug betonen, daß wir mit Frankreich unter allen Umständen in Frieden leben wollen.

Mit den Auslassungen ihres großen rheinischen Organs steht die Haltung der Nationalliberalen Partei im schönsten Einklang. Die Nationalliberalen gehören zu den schlimmsten Käufern im Streite, und an ihrer Spitze zieht Herr Wassermann, als grundfähigster Ueberbevolligter militärischer Forderungen Land auf und Land ab und vergewaltigt die Logik. Gerade die Nationalliberalen sind es, die, als parlamentarische Vorkämpfer des Imperialismus verlangen, daß Deutschland bei der „Verteilung der Welt“ einen tüchtigen Brocken in die eigene Tasche stecke, je es auch auf die Gefahr eines Krieges hin. Ihre Auslandspolitik halten sie für die Auslandspolitik schlechteste und vergessen, daß ihre Haltung in den Marokkoaffären von 1909 und 1911 eher einer Politik der Kinderstube glich.

Wenn diese und alle die anderen Kriegsheer doch des seligen Abraham a Santa Clara weißes Wort beherzigen wollten: „Lauche Deine Feder zuerst in Dein Gewissen und dann in die Tinte!“ Am Schreib- tisch für das Vaterland zu sterben, ist keine allzu schwere Sache, aber wir sind überzeugt: wenn alle die, die vom sicheren Post aus ins Kriegshorn blasen, in das Regiment eingereiht würden, das als erstes an den Feind käme, es würde ein gar großes Schweigen im deutschen Blätterwald herrschen, und mancher rebeueigige Mund würde fester verschlossen bleiben, als eine doppelt verriegelte Tür.

Wir werden im nächsten Artikel noch auf einige Gegenwartsforderungen der Sozialdemokratie zu sprechen kommen; hier sei noch darauf hingewiesen, daß die dauernde Vermehrung des deutschen Heeres schon um dessentwillen so gut wie nutzlos ist, weil die anderen Länder auch mit Vermehrungen folgen werden und müssen. Und so hoch auch die absoluten Zahlen steigen: die Relation wird wenig oder gar nicht geändert. Der moderne Militarismus ist in der Tat eine Schraube ohne Ende: niemals werden die Militärbehörden zufrieden sein. Das ist heute so, wie es früher war. Als im Jahre 1889 ohne Diskussion 280 Millionen Mark für militärische Ertragszwecke bewilligt worden waren, antwortete der damalige Kriegsminister auf die Frage, ob er nun glücklich und befriedigt sei: „Glücklich? — ja; befriedigt? — nein.“ Das wird im Grunde seines Herzens die Auffassung jedes Kriegsministers bei jeder Militärvorlage sein.

Die jüngsten Heeresvermehrungen und die bevorstehenden müßten eigentlich jedermann von der Unhaltbarkeit dieser Methode überzeugen. Alle paar Jahre ist eine Reorganisation erforderlich, und das als genügend Ermante der letzten Militärvorlage wird bei der nächsten stets als ungenügend gekennzeichnet. Alle paar Jahre müssen wir uns auf einen möglichen Krieg erneut vorbereiten, und alle paar Jahre müssen wir „allen Eventualitäten“ gewachsen sein. Und wenn man sich zehnmal auf „alle Eventualitäten“ vorbereitet hat, so hört man beim ersten Male erstaunt, daß es eben doch nicht „alle Eventualitäten“ waren.

Wenn das wahr ist, so ist es der beste Beweis dafür, daß die kapitalistische Entwicklung, und mit ihr die militärische, einen Grad der Verriätheit erreicht hat, der un- ertträglich geworden ist. Diese militärische Seite des Kapitalismus ist nachgerade zur volksverwüstendsten geworden, die man sich denken kann, und sie kommt, größere Zeiträume zusammengekommen, den Wirkungen eines Krieges verhängnisvoll nahe. Das, was jetzt bei uns und in Frankreich vor sich geht und in Kürze bei den wichtigsten europäischen Staaten Nachahmung finden wird, zeigt auf das deutlichste, daß der Kapitalismus die moderne Welt geradezu auf den Kopf gestellt hat, und daß es hohe Zeit ist, sie wieder auf die Füße zu stellen.

Obgleich das wirksam erst gesehen kann, wenn die kapitalistische Produktionsmethode durch die sozialistische ersetzt sein wird, so sind auch dem Gegenwartsstaat noch mancherlei Verbesserungen und Erleichterungen abzurufen. Nicht zuletzt durch den Kampf gegen den heutigen Militarismus, für den die Sozialdemokratie keinen Mann und keinen Groschen übrig hat. Daß diese Stellungnahme die Verteidigung des Vaterlandes und die Erhaltung der Selbständigkeit der deutschen Nation sehr wohl ermöglicht, ja sie ungleich besser sichert, als die gegenwärtige Methode: darüber soll im nächsten Artikel gesprochen werden.

# Die Forderungen des Militarismus.

Die Rekruten.

Schutz Deutschlands gegen Osten und Westen, das soll nach der Angabe der Regierung der Zweck der neuen Wehrvorlagen sein. Aber alles, was zur Begründung der Wehrvorlagen ins Feld geführt wird: die durch den Balkanrieg veränderte Mächtegruppierung im Osten Europas, Frankreichs Rüstungsanstrengungen usw. steht auf schwachen Füßen oder ist erst durch die deutschen Wehrvorlagen provoziert worden. Ein sehr wichtiger, offiziell aber mit schamigem Schweigen übergangener Grund für die riesenhafte Vermehrung der deutschen Wehrkraft ist das Bestreben, der Offizierslaste neue Wohlthäter in Form glänzender Beförderungsaussichten zuzuführen. Der Ausbeutung der deutschen Volkswirtschaft und der Vernachlässigung der allgemeinen Volkswirtschaft steht auf der anderen Seite eine Hypertrophie der Offiziersinteressen gegenüber, wie sie bisher kein Land und keine Heeresorganisation aufzuweisen hat. Dagegen hat keine der bürgerlichen Parteien etwas einzuwenden, sind es doch die Söhne und Neffen der Kreise, die in jenen Parteien tonangebend sind, die von dieser Begünstigung des Offizierkorps profitieren. Bis weit in die Reihen des Linksliberalismus hinein ist man mit dem Offizierkorps verwandtschaftlich oder gesellschaftlich liiert; ist doch z. B. Herr Raempff doppelter Offizierschwiegervater. Und es ist ja das stille Sehnen semitischer Kommerzien- und Justizräte und schwerreicher Fabrikanten und Bankiers, daß ihr Siegfried oder Volksgang einmal die Wanka oder den Atilla des Offiziers trage. Je mehr Offiziere — so hoffen sie — eingestellt werden, desto mehr Aussichten bestehen auch, daß sich unsere jungen Leute die Epauletten holen können.

Angeichts dieser Haltung des Bürgeriums aller Richtungen, ist es doppelt notwendig, dem Volk zu zeigen, wie die Wehrvorlagen darauf zugeschnitten sind, der bevorzugten Offizierslaste glänzende Beförderungsaussichten zu bieten. Das Jahr 1912 hat schon einen kräftigen Auftrieb in der Beförderungsmaschine gegeben, im Jahre 1913 soll der Abwärtensdruck noch verstärkt werden. Folgende Zahlen sollen das beweisen:

Die Wehrvorlage 1912 verlangte:	Die Wehrvorlage 1913 verlangte:
Generäle	25
Regimentskommandeure	11
Stabsoffiziere	282
Hauptleute u. Rittmeister	422

Also in kaum zwei Jahren neue Stellen für Generale 51, für Regimentskommandeure 44, für Stabsoffiziere 851, für Hauptleute und Rittmeister 1312.

Außerdem im Jahre 1912 582 und im Jahre 1913 1935 neue Oberleutnant- und Leutnantstellen.

Wer nur einigermaßen Kenntnis hat von der Beförderungspraxis, muß zugeben, daß hier in geradezu verschwenderischer Weise mit den Steuergroschen gewirtschaftet wird, nur um den Herren Offizieren „Lust“ zu verschaffen. Einen solchen Luxus hat sich tatsächlich noch kein anderes Heer leisten können. Dabei ist hier weder das Offizierkorps der Marine noch die große Schar der höheren Militärbeamten und Sanitätsoffiziere mit eingerechnet.

Aber den Wehrvereinsfanatikern ist das noch nicht genug. In der Sonntagsnummer des roten „Tag“ verlangt Herr General Reim für die nächste Wehrvorlage Schaffung dreier neuer Armeekorps im Osten und Bildung von Kavalleriedivisionen auch im Frieden. Was rund 20 neue Generalposten ausmachen würde.

Es ist wirklich höchste Zeit, daß das Volk diesem Treiben zugunsten einer privilegierten Kaste ein Ende macht.

## Siebenhundertdreißigtausend Mann!

Nach Annahme der neuen Wehrvorlage würde Deutschland fast 800 000 Mann unter den Fahnen haben. Der Bestand am 1. Oktober 1913 würde genau betragen 793 058 Mann, und zwar: 31 297 Offiziere, darunter 441 Generale, 735 Regimentskommandeure, 3273 Stabs-offiziere als Bataillonskommandeure usw., 8179 Hauptleute und Rittmeister, 18 609 Oberleutnants und Leutnants; 2480 Sanitätsoffiziere, darunter 125 Generalstabsärzte, Generalärzte und Generaloberärzte, 487 Oberstabsärzte, 750 Stabsärzte und 1163 Oberärzte und Assistenzärzte; 865 Veterinäre, darunter 1 Generalveterinär, 34 Korpsstabsveterinäre, 381 Oberstabs- und Stabsveterinäre, 416 Oberveterinäre und Veterinäre, 33 Unterveterinäre; 1593 Oberzahlmeister und Zahlmeister; 2 Armeemusikinspektoren, 58 Werkstättenvorsteher usw., 1126 Waffenmeister, Maschinisten; 110 Sattler; 107 794 Unteroffiziere, darunter 517 Obermusikmeister und Musikmeister, 1359 Unterzahlmeister, 92 Hartschiere, 161 Schirmmeister, 62 Luftschiffobersteuerleute, Steuerleute und Untersteuerleute, Luftschiffobermaschinisten, -maschinisten und -untermaschinisten, 6550 Feldwebel und Wachtmeister, 5939 Wajewachmeister und Wajewachmeister, 4352 Fähnriche, 79 406 Unteroffiziere, 6040 Hoboisten, Hornisten und Trompeter, 690 Bataillonsstabschreiber, 2656 Sanitätsunteroffiziere; 647 793 Gemeine, darunter 9536 Kapitulant, 2791 Obergefreite, 70 057 Gefreite, 2887 Sanitätsgefreite, 558 550 Gemeine, 1472 Oekonomiehilfswerber. Die Zahl der Dienstpferde soll sich auf 157 788 stellen.

Nicht mit eingerechnet sind in der Zahl der Mannschaften rund 20 000 Einjährigfreiwillige.

## Die Sorge um die Unterbringung der verabschiedeten Unteroffiziere.

Die neuen Wehrvorlagen sind noch nicht einmal im Reichstage zur Beratung gekommen, und schon hegt man die größte Sorge um die vielen Unteroffiziere, die im Laufe der Zeit zur Verabschiedung kommen werden. Dies ist ja auch eine nicht leicht zu lösende Frage, besonders da den Unteroffizieren die größten Versprechungen gemacht werden. So klagt die „Post“ in einem Artikel, es genüge nicht, daß den Unteroffizieren ein „Recht auf Anstellung“ gewährt wird, es müssen den Versorgungsberechtigten auch so viel Zivilstellen reserviert werden, als zu ihrer Versorgung notwendig sind. Mit Prämien von 1000 bis 2000 M. werde die Frage nicht gelöst.

Das Zivilpost wird also nicht nur die vielen Unteroffiziere zu erhalten haben, sondern es wird auch schließlich noch keine Stellen freimachen müssen, wenn das der Militarismus für nötig hält.

## Die Frage aufs Exempel.

Im Posenener „Tageblatt“ appelliert ein Dr. de Roberti-Jessen an die Patrioten, die einmalige Heeresabgabe schon jetzt freiwillig zu

entrichten. Er schreibt u. a.: „Um nun diese Vermögensabgabe dem Parteigegensatz zu entziehen, was doch wohl bei der Verabschiedung des Gesetzes ziemlich sicher zu erwarten ist, wäre es am besten, wenn die durch das Gesetz zu erhebenden Beträge schon vor der Beschlußfassung des Parlaments freiwillig zur Verfügung gestellt wären. Ein solches Vorgehen würde die beste Befolgung des Beispiels unserer Vorfahren vor hundert Jahren sein und am meisten dem Kaiserworte, daß auch das Jahr 1913 ein Opferjahr sein möge, entsprechen. Dieser Weg würde auch allen denen eine Vorkommnis ermöglichen, deren in dem Gesetz aus irgend welchem Grunde nicht gedacht ist. Dem Gesetz würde dann nur noch die Aufgabe bleiben, die zu treffen, die in der Erfüllung ihrer vaterländischen Pflichten sich lässig gezeigt haben.“

Man darf wohl annehmen, daß alle wahren Patrioten jetzt freudig in die Tasche greifen und ihr Opfer auf dem Altar des Vaterlandes darbringen.

## Flottendemonstration und Friedensvermittlung.

Die geplante Flottendemonstration stößt auf Schwierigkeiten, da offenbar Rußland trotz aller platonischen Zustimmungserklärungen wenig Lust hat, sich für die österreichischen Wünsche zu engagieren. Frankreich erweist seinem Bundesgenossen den Gefallen, seine Teilnahme an der Flottendemonstration zu versagen, während im Gegensatz dazu die englische Regierung bereits alle Vorbereitungen getroffen hat, um mit Oesterreich zusammen die montenegrinische Küste zu blockieren. Deutschland hat in jenen Gewässern keine Schiffe und nimmt deshalb an der Demonstration nicht teil. Vorläufig trotz aller Montenegro allen Vorstellungen der Mächte und seine Truppen machen die verzweifeltsten Anstrengungen, um Skutari zu nehmen.

Dagegen hat die Friedensvermittlung der Mächte den Erfolg zu verzeichnen, daß die Türkei die Friedensvorschläge angenommen hat. In London meint man, daß auch die Antwort der Verbündeten eine grundsätzliche Zustimmung enthalten werde, wenn auch noch wichtige Vorbehalte gemacht werden. Immerhin hält man in London die Aussicht auf einen baldigen Friedensschluß für günstig.

## Montenegros Weigerung.

Cetinje, 1. April. (Antliche Meldung.) Die montenegrinische Regierung erwiderte den Vertretern der Großmächte, sie bedauere, nicht in der Lage zu sein, dem von ihnen bezüglich der wiederholt gestellten Forderung nach Entfaltung der Nichtkombattanten aus Skutari geäußerten Wünsche zu entsprechen, da das Armeekommando die Uebermittlung der arifizierten Depesche an den Kommandanten von Skutari ablehne. Die Regierung erklärt sich jedoch bereit, eine offen abgefaßte, von der osmanischen Regierung gezeichnete Mitteilung, betreffend den Abzug der Nichtkombattanten, dem Oberkommandierenden der Armee zur Würdigung zu unterbreiten.

## Die österreichische Flottenaktion.

Wien, 1. April. Zur Teilnahme an der von den Mächten beschlossenen internationalen Flottendemonstration, welche die Respektierung der von den Mächten gefassten Beschlüsse erzwingen soll, sind die erforderlichen Befehle bereits erteilt worden, damit eine Flottenabteilung der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine unverzüglich in die montenegrinischen Gewässer abgehen kann.

Wie die Wiener „Allg. Ztg.“ von amtlicher Seite erfährt, sind die zur Teilnahme an der internationalen Flottendemonstration bestimmten Kriegsschiffe ausgelaufen.

## Die Mitwirkung Englands.

Malta, 1. April. Wie das Reutersche Bureau meldet, hat der britische Panzerkreuzer „Defence“, der soeben hier eingetroffen ist, Befehl erhalten, morgen mit dem Chef des Marine-Kriegsflotten Kommandanten Admiral Troubridge an Bord mit Bestimmung nach Osten wieder in See zu gehen. Man glaubt, daß der Kreuzer zusammen mit anderen bereits im Osten befindlichen Kriegsschiffen an der gegen Montenegro geplanten Flottendemonstration teilnehmen wird.

## Frankreich bleibt fern.

Paris, 1. April. Eine Note der Agence Havas besagt: Entgegen einem im Auslande umlaufenden Gerücht glauben wir zu wissen, daß es unzutreffend ist, daß Frankreich sich entschlossen habe, an einer Flottendemonstration gegen Montenegro teilzunehmen.

## Die Friedensbedingungen.

### Die Note der Mächte.

Konstantinopel, 1. April. Die Note der Mächte enthält die folgenden Grundlagen für die Friedenspräliminarien:

1. Die Grenze des Osmanischen Reiches in Europa wird einer geraden Linie folgen, die zwischen Enos und Midia gezogen wird, alle westlich dieser Linie liegenden Gebiete werden von der Türkei an die Verbündeten abgetreten, mit Ausnahme von Albanien, dessen Abgrenzung und Verfassungssystem der Bestimmung durch die Mächte vorbehalten bleibt.
2. Die Regelung der Frage der Inseln des Ägäischen Meeres wird der Entscheidung der Mächte überlassen.
3. Die Türkei spricht ihr vollständiges Desinteressement an Kreta aus.
4. Die Mächte können sich dem Verlangen einer Kriegsentwädigung nicht genügt zeigen, räumen aber den kriegführenden Staaten das Recht ein, an den Beratungen der in Paris zusammentretenden internationalen Kommission teilzunehmen, welche eine gerechte Verteilung der verbündeten Staaten an der osmanischen Staatsschuld und an den finanziellen Lasten der Gebiete zu regeln hätte, die ihnen zufallen. Mit der Annahme dieser Grundlagen für die Friedenspräliminarien werden die Feindseligkeiten ein Ende zu finden haben.

## Annahme durch die Pforte.

Konstantinopel, 1. April. Die Antwortnote der Pforte ist heute dem österreichisch-ungarischen Botschafter Markgraf Pallavicini überreicht worden. Die Pforte stimmt die Vorschläge der Mächte an.

In offiziellen Kreisen erklärt man jetzt offen, daß man an einen raschen Abschluß des Friedens glaube. Auch in diplomatischen Kreisen scheint diese Ueberzeugung vorherrschend zu sein.

## Die Kämpfe bei Tschataldja.

Sofia, 1. April. (Meldung der Agence Bulgare.) Vorgefieri nachmittag rückte der Feind in der Stärke von ungefähr drei Divisionen von Bültschikow bei Janakofris und Kumburgas entlang gegen den rechten Flügel der vor Tschataldja stehenden bulgarischen Armee vor. Der Vormarsch wurde durch das Geschützfeuer von acht feindlichen Kriegsschiffen, die vor Kumburgas und Mastofris lagen, unterstützt; das Geschützfeuer der Kriegsschiffe wurde jedoch durch das wirksame Feuer unserer Artillerie rasch zum Schweigen gebracht. Sodann ging unsere Infanterie zum Gegenangriff über und zwang die Feinde im Bajonettkampf, sich in Unordnung zurückzuziehen, wobei sie eine beträchtliche Anzahl von Toten und Verwundeten am Plage ließen. Gestern früh rückte ein feindliches Bataillon gegen das Dorf Krnakof vor, wurde jedoch von bulgarischer Artillerie unter Feuer genommen und zu fluchtartigem Rückzuge gezwungen. Zur selben Zeit marschirten acht andere feindliche Bataillone mit Maschinengewehren von Kumburgas auf Jalos zu, mußten aber infolge des Gegenangriffs der bulgarischen Truppen in großer Unordnung die Flucht ergreifen, nachdem sie überaus große Verluste erlitten hatten; auch diese Vormarschbewegungen des Feindes wurden durch das Geschützfeuer von sechs Kriegsschiffen unterstützt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. April 1913.

### Innere Kolonisation in Preußen.

Das Abgeordnetenhaus beriet bei seinem Wiederzusammentreten am Dienstag in erster Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Vereinfachung von Staatsmitteln zur Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation. Die Vorlage fordert neben 12 Millionen zur Urbarmachung von fiskalischen Mooren und 8 Millionen zur Ausführung von Rekolonisationen auf Domänen noch 10 Millionen zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen Anstaltungs-gesellschaften. Es hat lange gedauert, bis der Entwurf, den der Ministerpräsident bereits zu Beginn der Session anlässlich der Interpellationen über die Fleischsteuerung angeklagt hat, endlich das Licht der Welt erblickt hat. Ob es richtig ist, kurz bevor der Landtag aufgelöst wird, eine Vorlage von so weittragender Bedeutung mit der ganz neuen Wege beschritten werden, dem Hause zu unterbreiten, bleibe dahingestellt. Jedenfalls bedarf der Entwurf einer eingehenden Vorberatung in einer Kommission, um die ihm anhaftenden Mängel zu beseitigen und ihn so zu gestalten, daß dadurch lediglich den Interessen der Allgemeinheit gedient werde.

In der Debatte begegnete die Vorlage im großen ganzen einer sympathischen Aufnahme. Allerdings gab der konservative Redner seinen Unwillen darüber Ausdruck, daß die Regierung die Fleischsteuerung als die Ursache ihres Vorgehens bezeichnet. Die Junker wollen nur einmal von einer Fleischnot nichts wissen, sie erblicken, wie ihr Vorträger betonte, darin nur eine vorübergehende Erscheinung. Daß im übrigen die Konservativen plötzlich ihr warmes Herz für die innere Kolonisation entdecken und sich dafür einsetzen zu sein behaupteten, zeigt, wie wenig sie in ihren eigenen Reihen Bescheid wissen, denn der jahrzehntelange Widerstand der Agrarkonservativen gegen die innere Kolonisation ist bekannt.

Auch Zentrum, Nationalliberale, Freikonserervative und Fortschrittler begrüßten die Vorlage trotz mancher Bedenken im einzelnen. So regte z. B. der Abg. Glagel (nat.) eine Reform des Fideikommissrechts an und Abg. Hoff (Sp.), dem der Entwurf nicht weit genug geht, wünschte die Verlegung des Großgrundbesitzes in Bauerngemeinden.

Belämpft wurde die Vorlage von dem polnischen Abg. Saff-Jaworski, der auf Grund der bisherigen Erfahrungen der Vereinfachung Ausdruck gab, daß die innere Kolonisation nur den deutschen, nicht aber auch den polnischen Staatsbürgern zugute kommen werde.

Dem Standpunkt unserer Genossen verließ Leinert in einer stündigen Rede Ausdruck, worin er sich mit den Maßnahmen zur Urbarmachung von Mooren und mit den Rekolonisationsarbeiten einverstanden erklärte, sich aber gegen die Beteiligung des Staates an Verbandsvereinigungen wandte und vor allem bestimmte Garantien für die Art der Verwendung der Gelder verlangte.

Der Entwurf wurde schließlich der verstärkten Agrarkommission überwiesen.

Am Mittwoch beginnt die Beratung des Kulturbudgets.

### Ein Steuerwiz Octavios.

Dem Freiherrn v. Jedlitz ist das Kunststück gelungen, dem Thema der Steuervorlagen eine heitere Seite abzugewinnen. Macht er doch den wahrhaft genialen Vorschlag, auch die Vermögen der Gewerkschaften zum Wehrbeiträge heranzuziehen, denn diese Arbeiterorganisationen hätten doch zweifellos ein besonders starkes Interesse an der Erhaltung des Friedens. Nun, gerade weil dies Interesse in der Tat vorliegt, haben die Gewerkschaften um so weniger Interesse an dem Wahnsinn des Wehrbeitrags, der den Frieden gefährdet. Aber war es nicht gerade das Leiborgan des braven Octavio, die „Post“, die im vorigen Jahre zum Kampfbereitschaft einen vernünftigen Sinn habe! Aber auch davon ganz abgesehen ist die Idee des freikonservativen Führers hochkomisch. Haben die Gewerkschaften doch gar kein Vermögen im steuerrechtlichen Sinne, sondern stellt das Vermögen, auf den Kopf der Gewerkschaftsmitglieder berechnet, nur eine höchst bescheidene Ersparnis dar, einen Verschönerungsbetrag, der bitter notwendig ist, um wenigstens der brutalsten Ausbeutung des Unternehmertums widerstehen zu können. Und diesen Spar- und Kampffonds der Kermis will Herr v. Jedlitz geplündert wissen, während er von der Erhöhung des prozentualen Wehrbeitrages für die Millionenäre kein Wort sagt!

### Rausgeschmissen mit dem Kronenorden.

Vor einigen Monaten meldete der offizielle Telegraph, daß der Kaiser bei der Tagung des Landwirtschaftsrates von seinem Väterchen eines Rabiner Wortes erzählt habe, daß er ihn habe „rausgeschmissen“ müssen, weil er nichts verstanden habe. Und am 1. April meldet derselbe Telegraph, daß dieser „rausgeschmissene“ Väterchen den Kronenorden IV. Klasse gekriegt habe! Trotzdem handelt sich's nicht

um einen Aprilscherz. Denn da der Bächter Soth nicht der Erste, sondern ein hervorragendes Mitglied des Bundes der Landwirte war und seine Standes- und Vöndlergenossen sich seiner sehr energiegelassen Annahmen, hat sich Wilhelm II. genötigt gesehen, den Bächter Fehler wieder gut zu machen. Die Auflösung des Bächterverbandes ist „auf Grund einer unter Zugziehung der Landwirtschaftskammer für Westpreußen zustande gekommenen beide Parteien befriedigenden Vereinbarung“ erfolgt. Zugleich wurde Herr Soth der Kronenorden vierter Güte verliehen. Herr v. Oldenburg-Januschau soll sich, wie die „Kreuz-Ztg.“ hervorhebt, als Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für Westpreußen um die Reparierung des Schadens besonders verdient gemacht haben. Er hat sich damit eigentlich auch einen Orden verdient, aber natürlich keinen Chausseewärter-Orden, wie er ihn für seinen Schutzbefohlenen erteilt hat!

### Der Reichstag

nimmt Mittwoch, den 2. April, seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung steht folgender fortschrittlicher Initiativantrag:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Errichtung und Erweiterung von Familienfideikommissen an Grund und Boden verboten und die Auflösung bestehender Familienfideikommissionen befördert wird.“

### Summ cuique.

Die ostpreussische Landwirtschaftskammer, die im wesentlichen die Interessen des Großgrundbesitzes vertritt, erhält im Jahre 1913 an Staatsbeihilfe die Summe von 715 063 M., an Beihilfen der Provinz und Kreise gehen ihr 94 470 M. zu. Der ostpreussische Grundbesitz selber trägt zu den Kosten der Landwirtschaftskammer nur die verhältnismäßig geringe Summe von 188 500 M., bei, denn es wird nur ein Prozentsatz von 0,85 Proz. des Grundsteuer-Reinertrags erhoben. Natürlich hat aber der Großgrundbesitz den weitaus größten Nutzen von den Maßnahmen der Landwirtschaftskammer. Für Förderung der Großviehzucht gibt zum Beispiel die Landwirtschaftskammer die Summe von 424 120 M. aus; darunter befinden sich 392 967 M. Staatsbeihilfen. Für die Förderung der Schweinezucht dagegen werden nur 5 400 M. und für die Förderung der Pflanzzucht 3 200 M. ausgegeben.

Man sieht daraus wieder, wie wunderschön die preussische Regierung den Wahlspruch „Summ cuique“ (Jedem das Seine) auszuliegen weiß.

### Zentrumsmemoral.

Dah die in München-Gladbach dreifachen Agitatoren der Zentrumspartei allerlei Lügen und Verdrehungen, die diese armen kritischen Schächer vielleicht selbst zum Teil für Wahrheit halten, als Handwerkszeug im Wahlkampf benutzen, ist nicht verwunderlich. Dah aber eine offizielle Broschüre der Partei mit Lügen, die sofort als solche zu erkennen sind, operiert, zeugt von einer fast ungläublichen politischen Gewissenlosigkeit und zugleich von selbstvertrauen, das die Dummheit der eigenen Wähler, denen man ungestraft das blödeste Zeug bieten zu dürfen glaubt.

Vom Sekretariat des Landesauschusses der preussischen Zentrumspartei ist eine Broschüre für die Landtagswahl herausgegeben worden (Das Zentrum und die preussischen Landtagswahlen. Verlag der Germania, Preis 40 Pf. Gleichen wir ein Beispiel heraus. Ueber die Annahme des Feuerbestattungsgesetzes heißt es dort:

„Das Zentrum stimmte geschlossen dagegen. . . Mit Hilfe der 6 Sozialdemokraten, die das Häuflein an der Wage bildeten, hat die Regierung die Vorlage unter Dach und Fach bekommen, die schließlich auch im Herrenhaus mit 6 Stimmen Mehrheit durchging.“

Die Leser erfahren kein Wort davon, daß die Vorlage nur deshalb durchging, weil acht Zentrumsleute in der entscheidenden Sitzung fehlten!

Am Tage nach der Abstimmung, am 21. Mai 1911, schrieb die „Königliche Volkszeitung“:

„Eine Erregung ging durch den Saal, wie selten bei einer Vorlage, als der Präsident verkündigte, daß nur eine Stimme Mehrheit für die Freunde der Vorlage aufgebracht war. Im Zentrum verwandelte sich diese Erregung in eine hochgradige Verwirrung über die fehlenden Abgeordneten. Obgleich der Vorsitzende der Präzision an alle Abgeordneten nochmals telegraphiert hatte, fehlten doch noch acht Herren.“

Die Vorlage wurde mit zwei Stimmen Mehrheit (nicht mit einer, wie die „K. V. Z.“ sagt) angenommen. Wenn die fünf Zentrumsabgeordneten, die nicht als krank entschuldigt waren: die Abgeordneten Frey, Tourneau, Mies, Peter und Schmedding, anwesend gewesen wären, hätte sich trotz der fünf Sozialdemokraten die Mehrheit für die Vorlage in eine Minderheit verwandelt.

Den fehlenden Abgeordneten wurden damals von der Zentrums- presse die heftigsten Vorwürfe gemacht.

In der Wahlagitatorik macht sich aber besser, wenn man die Schuld für die Annahme der Vorlage auf die Sozialdemokraten (die natürlich ihre Abstimmung mit guten Gründen verteidigen können) schieben kann. Deshalb lügt man ungeniert darauf los.

### Rebellion im Königsberger Freisinnslager.

Aus Königsberg wird uns geschrieben:

In Königsberg ist der freisinnige Landtagsabgeordnete Dr. Lichtenstein nicht wieder als Landtagskandidat aufgestellt worden. An seiner Stelle wird Landgerichtsdirektor a. D. Dr. Kanow-Berlin kandidieren. Justizrat Dr. Lichtenstein, der jahrzehnte hindurch der Führer der Königsberger Fortschrittler gewesen ist, soll aus dem Landtage verschwinden; er ist von seinen Parteifreunden in geradezu schmachtvoller Weise abgesetzt worden. Schon bei der Wahl, als er an Stelle des verstorbenen Ohlking aufgestellt wurde, machte sich gegen ihn heftigste Opposition geltend. Sie wurde schließlich überwunden. In der Zwischenzeit hat man jedoch so gegen ihn gewühlt, daß er fallen mußte. Die Gruppe, die ihn nicht als Landtagsabgeordneten mag, hat Arbeiter und Angehörigen freisinniger Chefs Mitgliedschaften des Wahlvereins der fortschrittlichen Volkspartei beschafft und dadurch in der entscheidenden Generalversammlung eine Mehrheit gegen Dr. Lichtenstein zustande gebracht. Ferner sind vom Verein liberaler Arbeiter und Bürger über 100 Mann zum Wahlverein der fortschrittlichen Volkspartei übergetreten zu dem Zwecke, Dr. Lichtenstein zu stürzen. Der fortschrittliche Wahlverein, der bis vor kurzem nur 400 Mitglieder zählte, hat infolge dieser Maßnahmen einen solchen Zuwachs erhalten, daß an der Wahlvereinsversammlung, in der Dr. Lichtenstein abgesetzt und Kanow aufgestellt wurde, gegen 800 Personen teilnahmen. Trotzdem hatte Kanow nur eine Majorität von 57 Stimmen. Zwei Rechtsanwälte haben öffentlich den Vorwurf der Wahlmogelei erhoben. Sie behaupten, es wären bei der Stimmgabe sowohl als bei der Zusammenkunft der Stimmentwerfer vorsätzliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Es sei sicher und werde unter Beweis gestellt werden, daß erstens in mehreren Fällen einzelne Personen mehrere Stim-

karten mit dem Namen eines Kandidaten versehen und abgegeben hätten, zweitens, daß ein Stimmkarteneinsammler mehrere Karten mit einer ausdrücklichen, hier nicht wiederzugegebenden Erklärung in die Tasche gesteckt hätte.

Unter den Anhängern Dr. Lichtensteins ist die Erregung infolge dessen eine außerordentlich große. Insbesondere sind sie darüber empört, daß seine Gegner zu den unlauteren Mitteln gegriffen haben, um ihn zu stürzen. Zu denen, die gegen Dr. Lichtenstein agitieren, gehören vornehmlich der Reichstagsabgeordnete Bartschat und Stadtrat Oske. Sie haben zu Herrn Kanow gegriffen, weil sie hoffen, mit ihm bei den Reichstagswahlen bessere Wohlgeheute zu machen; denn der Herr Landtagsabgeordnete soll auch zum Reichstage kandidieren, und als solchen Kandidaten können die „Fortschrittler“ nur jemanden gebrauchen, der sich auch in den Reihen der Nationalliberalen der größten Sympathien erfreut. Dr. Lichtenstein steht in dem falschen Glauben, besonders radikal zu sein. Er ist seiner Tugend und ein Schwager des Reichstagsabgeordneten Genossen Haase. Deshalb paßt er zahlreichen seiner eigenen Parteifreunde nicht. So lange er nicht kandidierte, sondern lediglich für die Partei agitierte, war er ihnen angenehm; jetzt muß er als Parlamentarier abgesetzt werden.

Die Epikureer beneideten aufs neue, wie sich der „Fortschritt“ immer mehr nach rechts entwickelt. Er stellt nicht Kandidaten auf, die ihm, sondern der Reaktion passen.

### Nationalliberale und Fortschrittler in Schleswig-Holstein.

Zu lebhaftem Auseinandergehen zwischen Fortschrittler und Nationalliberalen kam es dieser Tage in einer von national-liberaler Seite einberufenen Wählerversammlung in Kiel, in der der nationalliberale Kandidat für den Kieler Landtagswahlkreis seine Kandidatenrede hielt. In der letzten Sonnabendnummer des „Vorwärts“ ist schon berichtet worden, daß der fortschrittliche Parteisekretär für Schleswig-Holstein sich in der Presse bitter über die nach seiner Ansicht hinterhältige Taktik der Nationalliberalen bei den Verhandlungen mit den Freisinnigen beklagt hat. In der nationalliberalen Wählerversammlung erhoben nun der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Strube und der fortschrittliche Parteisekretär v. Kautentrang dieselben Vorwürfe, gleichzeitig aber ließen sie alle Mittel ihrer Beredsamkeit spielen, um die nationalliberalen Versammlungsbesucher von der Echtheit des nationalliberalen-konservativen Wahlbündnisses zu überzeugen. Sie fielen damit aber gründlich ab. Es wurde ihnen gesagt, die Nationalliberalen verhielten sich ein für allemal energisch alle guten Ratsschläge. Der nationalliberale Parteisekretär Wenten erklärte kurz und bündig, daß eine Einigung zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler für die nächste Zeit unmöglich sei, einmal, weil ihre Wege sich in der Frage der Schutzpolitik scheideten und weiter, weil die Nationalliberalen die Förderung des Reichstagswahlrechtes für Preußen nicht unterschreiben wollten. Es beständen große Differenzen zwischen den Weltanschauungen beider Parteien, und deshalb sei gut, daß sie sich in Schleswig-Holstein bekämpften.

Auf eine von fortschrittlicher Seite gemachte Andeutung erwiderte der in der Versammlung anwesende Parteisekretär des Verbandes der Konservativen Schleswig-Holsteins, er wolle es nicht ganz bestreiten, daß die Konservativen in Schleswig-Holstein beabsichtigten, auch bei den nächsten Reichstagswahlen mit den Nationalliberalen zusammenzugehen.

Die Fortschrittler sind durch die lebenswürdige Behandlung, die die Nationalliberalen ihnen bei den Verhandlungen um ein fortschrittlich-nationalliberales Wahlbündnis haben zuteil werden lassen, also nicht kurtiert worden. Umbettlung der Nationalliberalen bis zur Würdelosigkeit, aber nie unter das „laudimische Joch“ der Sozialdemokratie. Wer zweifelte noch daran, daß die Fortschrittler große politische Hecken sind?

### Gegen entsprechende Vergütung.

Das Zentrum präsentiert seine Rechnung! Dafür, daß es bei den Reichstagswahlen 200 000 Stimmen ins konservative Lager kommandierte und in Schlesien den Herren Heydebrand, Dertel, Graf Garner u. a. ins Parlament verholten hat, müssen die Konservativen jetzt schwer zahlen. Sie müssen in Breslau-Land-Reumarkt und in Jauer-Wollenhain je ein Mandat, das bisher in konservativem Besitz war, an die Zentrumspartei abtreten.

### Belgien.

#### Rundgebungen für den Generalstreik.

Unser Brüsseler Korrespondent meldet uns unter dem 31. März:

Die gestrige „erste Mobilisation“ der Arbeiter des Industriegebietes von Charleroi war nicht der „ersten Armee“ der belgischen Arbeiterschaft, wie Anrede in der Versammlung die dortigen Arbeiter nannte. Die bürgerliche Presse schätzte die Manifestanten auf 50 000. Dem Zug voran wurde eine riesige Banderole getragen mit der Aufschrift: „Soldaten, schießt nicht auf die friedlich-streichenden Arbeiter!“ (Zugleich eine Erinnerung an den Prozeß der „Jugendlichen“ in Gent, wo kürzlich die Redakteure des antimilitaristischen Blattes „La Caserne“ freigesprochen wurden.) Während des Aufmarsches spielten die Arbeiterkapellen, die Menge sang Wahlrechts- und Arbeiterlieder. Der Zug mit den unzähligen Fahnen bot ein grandioses Bild. Das Meeting unter heilem Himmel wurde mit einer Ansprache des Provinzialabgeordneten Vastur, der die Versammlung als eine „Truppenrevue vor der Schlacht“ charakterisierte, eröffnet. Am 14. April, sagte er, wird im Namen von Charleroi dem Ruf der Fabriksglocken und Sirenen das Schweigen antworten.

Ansele, als erster Redner, erinnerte daran, daß die Arbeiterschaft alles getan hat, um den Streik zu vermeiden. Die Regierung trogte allen Friedensversuchen, sie trotz der öffentlichen Meinung. Der Streik ist ein Akt der Würde der Arbeiterschaft.

Banderbelle erinnert gleichfalls an alle die Bemühungen der Führer, die durch Mittel der Diplomatie zum Wahlrecht zu gelangen hofften, um der Arbeiterschaft Leiden zu ersparen. Aber die Arbeiter antworten nun: Genug der Diplomatie; wir sind bereit, für unser Recht zu leiden. (Die Menge ruft: Ja, ja, und: Es lebe der Streik.) Der Redner sagt u. a.: Es gibt Leute, die einen gewalttätigen Streik wünschen, um ihn niederzuringen und das Wahlrecht und den Sozialismus einzufangen. Wir werden nicht in ihre Fallen gehen. Gegen einen gewalttätigen Streik vermag die Regierung alles, gegen einen friedlichen nichts.“

Ein Sturm des Beifalls folgte jeder der Reden. Das „erste Armeekorps“ der belgischen Arbeiterschaft hat in seiner glänzenden „ersten Mobilisation“ gezeigt, daß es für den 14. April bereit ist.

Ein großes Meeting war weiter in Herstal in der Provinz Lüttich, wo der Deputierte Royer über den Generalstreik sprach.

Im industriellen Verdiers besaßte sich eine Konferenz mit den Maßnahmen für den Streik. Wie überall wurde auch dort vor allem Wert darauf gelegt, allen Möglichkeiten von Kollisionen und Provokationen entgegenzuwirken. Vor allem: kein Alkohol, ausgenommen in Lokalen, wo Streikende verkehren.

Im Centre hat der Verwaltungsrat der Genossenschaft „Progrès“

besagt, daß während des Streiks alle seine Volkshäuser bereits um 8 Uhr abends geschlossen werden.

Im Vorinage sind die Kohlenwerkleitungen von der dortigen Föderation der Arbeiterpartei verständigt worden, daß am 14. April der Generalstreik beginnt.

Wie es heißt, sollen verschiedene Unternehmer im Centregebiet, um Konflikte zu vermeiden, die Absicht haben, ihre Establishments vom 12. April an zu schließen. Im „Centre“ hat man übrigens Angst, daß das Gas während des Streiks ausgehen wird. . . . Bei einem Geschäftsmann wurden 500 Lampen bestellt. . . .

Die Brüsseler Organisation der Buchdrucker und Schriftsetzer (die sich in einem Referendum mit einer allerdings geringen Majorität für den Generalstreik ausgesprochen hat) hat beschlossen, daß in Rücksicht auf die verschiedenen Umstände die bei der Tagespresse angestellten Typographen ihre Arbeit nicht einstellen, aber mit einer entsprechenden, von einem Kontrollkomitee festzusetzenden Tage belastet werden.

### England.

#### Die Beratung des Flottenetats.

London, 31. März (Unterhaus.) Im weiteren Verlauf seiner Rede führte Churchill aus, daß die Geschwader der ersten und zweiten Flotte dadurch weiter verhärtet werden sollten, daß ihre Schiffe während der Wintermonate ausgebessert würden, statt daß sie zu verschiedenen Zeiten des Jahres zurückgezogen würden, je nachdem es den Versten gepaßt habe. Churchill wandte sich dann der Behauptung zu, daß der Flotte zur vollen Bemannung 20 000 Mann fehlten. Der Minister erklärte: Es gibt keinen Grund, der hier in den chauvinistischen Gemütern des Auslandes wurzelt, als den, daß wir, wenn wir auch bauen können, die Schiffe niemals bemannen können oder das Volk niemals die Opfer bringen wird, die zur Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit notwendig sind. Dies ist eine der unsinnigsten und ertümlichsten Einbildungen, die gezeugt werden können. Die Behauptung von einem Mannschafsmangel ist vollständig unrichtig.

Churchill schilderte sodann an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials das Stärkeverhältnis der englischen und deutschen Flotte zueinander in den verschiedenen Zeitaltern und zeigte, daß ein Ueberschuß von 60 Proz. mehr als aufrechterhalten werden sei. Es habe immer die Auffassung geherrscht, daß dieser 60 Proz.-Standard der nächststarken Flottenmacht gegenüber auch eine gewisse Anzahl von Schiffen für den Auslandsdienst zu liefern habe. Die Admiralität sei vor einiger Zeit zu dem Entschluß gekommen, daß das Mindestverhältnis der in den heimischen Gewässern zu haltenden Dreadnoughts Deutschland gegenüber drei zu zwei betragen müsse, mit anderen Worten, daß ein Sechstel des Oprozentigen Ueberschusses als verfügbar für den allgemeinen Dienst des Reiches angesehen werden könne, außer dem schon bisher im Dienst gehaltenen Ueberschuß über den 60 Proz.-Standard.

Churchill gab sodann Einzelheiten über die Zahl der Schiffe, die verfügbar sein würden für den gesamten Reichsdienst auf der ganzen Erde. Die Zahl sei ganz ausreichend für 1915, aber mit Rücksicht auf die Verantwortlichkeiten des Reiches im Stillen Ozean und im Mitteländischen Meer, sowie insbesondere auf die neue Entwicklung der Kräfte im Mitteländischen Meer würde dieser Kräfteüberschuß nach dem ersten Viertel des Jahres 1916 nicht mehr ausreichen, sofern nicht weitere Schritte von den Dominionen oder von Großbritannien selbst unternommen würden. Von diesem Standpunkt aus könne das tatsächliche Bedürfnis nach kanadischen Schiffen wohl getrübt werden; sie würden eine wesentliche Rolle spielen bei der Verteidigung des Reiches. Churchill pries sodann den unschätzbaren Wert des in dem kanadischen Angebot liegenden Prinzips und gab schließlich eine ziffermäßige Darstellung über die Schiffe, die für den Reichsdienst verfügbar seien, und zwar mit Einschluß der kanadischen Schiffe. Er erklärte, seine Auffstellungen hätten nur Willkür, falls nicht weitere Entwicklungen im Mittelmeer und im Stillen Ozean eintreten. Sollten aber neue Entwicklungen solcher Art stattfinden, daß sie die Programme der Admiralität berührten, oder sollte aus den kanadischen Schiffen aus irgendeinem Grunde nichts werden, so müßte die Lage von neuem geprüft werden.

### Rußland.

#### Günstlingsherrschaft in der Armee und Verwaltung.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

In der Budgetkommission der Duma kam es dieser Tage zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Ministerpräsidenten und einigen Abgeordneten in einer Angelegenheit, die auf die ungläublichen Zustände an den höchsten Regierungsstellen grelle Schlaglichter werfen. Der Chef der Grenzwaache im Trans-Amurgebiet, General Martynow, hatte vor einiger Zeit gegen seinen Gehilfen, General Sawitsch, wegen Mißbräuche im Dienst Strafbefehl beantragt. Der Ministerpräsident Kolozjew mischte sich aber in die Untersuchung ein, erwirkte bei dem Jaren die Einstellung des Verfahrens gegen General Sawitsch und setzte es durch, daß General Martynow verfehlt und General Sawitsch an seiner Statt zum Chef des wichtigen Grenzgebietes am Amur ernannt wurde. In der Budgetkommission deswegen interpelliert, griff der Ministerpräsident den betreffenden Abgeordneten in heftiger Weise an und lehnte jede weitere Erklärung ab. Diese Haltung Kolozjews erweckt in den politischen Kreisen um so mehr Aufsehen, als aus den Veröffentlichungen in der Angelegenheit unzweideutig hervorgeht, daß die von ihm durchgeführte Erledigung der Angelegenheit ein Akt der größten Willkür ist, die nur in Rußland möglich erscheint. Wie aus der Verfügung des Untersuchungsrichters hervorgeht, wurden auf das Betreiben General Sawitschs in dem betreffenden Militärbezirk völlig untaugliche Vorräte geliefert, die bei den Soldaten Mangel und Krankheitsfälle und Nachtblindheit hervorriefen. General Martynow versuchte in der Tat, gegen diese Korruption anzulämpfen, er sah sich aber vor seiner Strafbefehlung in einem offiziellen Korpsbefehl zu dem Geständnis gezwungen, es sei ihm bei weitem nicht gelungen, die „wirtschaftlichen Verhältnisse zu bekämpfen, die sich in seinem Bezirk namentlich in den oberen Instanzen eingemischt hätten“. War nun seine Handlungweise berechtigt oder unrichtig, der Ministerpräsident Kolozjew war in keinem Falle befugt, die Untersuchung willkürlich niederzuschlagen und seinen Günstling Sawitsch als Chef des Militärbezirks einzusetzen. Erniedrigt erscheint dieses Vorgehen Kolozjews vielleicht nur aus seinem ständigen Mißvertrauen gegen Oppositionen. Er mag sich sagen, daß die Regierungskreditionen im heiligen Rußland doch zu seiner Beförderung der Zustände führen und der Öffentlichkeit nur die Möglichkeit geben, die abgrundtiefe Korruption in der Verwaltung kennen zu lernen. Dies suchte aber der Ministerpräsident, der es so meisterhaft versteht die westeuropäische Öffentlichkeit zu bluffen, namentlich in diesem Falle zu vermeiden, weil die Aufdeckung der Korruption in dem an China grenzenden Gebiet, nach seinen eigenen Worten „unser Ansehen in den Augen der Ausländer hätte beeinträchtigen können“. Es läßt sich demgegenüber nur sagen, daß selbst die eingehendste Revision keinen besseren Beweis für die herrschende Korruption hätte erbringen können, als das gefestigte, eigenmächtige Vorgehen Kolozjews zur Verteidigung der bestehenden Günstlingsherrschaft in der Verwaltung.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Ein Arbeitswilliger als Revolverheld.

Die Arbeitswilligen sind sich ihrer bürgerlichen und behördlichen Wertschätzung bewußt. Das beweist wieder einmal ein Vorgang, der sich am gestrigen Abend Ecke Uferdom- und Brunnenstraße zugetragen hat. In der Waufrischerei von Nabe, Uferdomstraße 31, haben die Arbeiter im Streit. Als nun gestern nach Arbeitschluss die dort beschäftigten Arbeitswilligen den Betrieb verlassen, kam es zu einem Aufruhr, wobei die Streikbrecher zeigten, daß sie wirklich keines behördlichen Schutzes bedürften, sondern sehr wohl verziehen, sich selbst wirksam zu schützen. Hierbei soll besonders ein arbeitswilliger Russe sich hervorgetan haben, der, als er seine Kollegen im Wortwechsel mit anderen Personen sah, sehr tatkräftig eingriff. Wie behauptet wird, soll er mit zwei geladenen Revolvern ausgerüstet gewesen sein, aus denen er, als die Umstehenden sie ihm abnehmen wollten, eine ganze Anzahl Schüsse abgegeben hat, durch die, wie verlautet, mehrere Personen verletzt worden sind. Nur mit großer Mühe konnte der Schiefhals unschädlich gemacht werden, wobei er allerdings erhebliche Verletzungen davongetragen haben soll. Am schwersten mitgenommen wurde der Schlosser Gustav Z., der an dem Streit völlig unbeteiligt ist und nur als Zuschauer sich unter der Menge befand. Er erhielt von einem Schuhmann zwei Säbelschläge, die den Hut glatt durchschlugen und schwere Schädellwunden bewirkten, so daß der Verletzte auf der Unfallstation verbunden werden mußte. Wie verlautet, soll auch der Schiefhals von Säbelschlägen getroffen worden sein.

Der Vorgang hatte eine große Verlesungsstunde und Menschenansammlung zur Folge.

**Achtung, Bauknechte!** Mit dem 1. April ist der neue Tarifvertrag in Kraft getreten. Es haben also die Kollegen darauf zu achten, daß § 3 des neu abgeschlossenen Vertrages eingehalten wird. Dieser Paragraph lautet:

a) Der Mindestlohn beträgt vom 1. April 1913 ab bis 1. April 1914 80 Pf., vom 1. April 1914 bis 1. April 1915 81 Pf. pro Stunde.

b) Jungangelegene erhalten im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit als Mindestlohn 60 Pf. pro Stunde, im zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit 62½ Pf. und im dritten Jahre 65 Pf. pro Stunde. Vom Beginn des vierten Jahres nach beendeter Lehrzeit ab erhalten sie den zu dieser Zeit nach den Bestimmungen unter a) geltenden Mindestlohn.

Wenn den Bestimmungen dieses Paragraphen nicht entsprochen wird, erziehen wir um umgehende Mitteilung.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

## Die Einführung des neuen Tarifvertrages in der Treibriemenbranche

ist nicht so glatt erfolgt, wie man hätte annehmen können. In verschiedenen Betrieben versuchen die Inhaber an den getroffenen Vereinbarungen hier und da etwas abzuhacken.

In einer Versammlung der Treibriemenarbeiter, die am Montag stattfand, referierte Schulze über die neuen Verhältnisse in den Betrieben und Einführung des Tarifvertrages. Im ganzen haben den Vertrag 10 Firmen mit insgesamt 160 Personen unterschrieben. Bei fünf Fabrikanten kam es zum Streit, an dem die betreffenden Arbeiter sich geschlossen beteiligten. In einem dieser Betriebe hatten die Arbeiter schon nach einem Tage den Erfolg zu verzeichnen, daß die Differenzen zu ihrer Friedfertigung beigelegt werden konnten. In einem anderen war nur ein Mann beschäftigt, so daß diese Werkstatt als gesperrt gilt. Bei den übrigen Unternehmern geht der Streit zurzeit noch weiter. Die Firma Prezel sucht sich mit einigen Arbeitswilligen durchzusetzen, die der Inhaber in seinem Fabrikat eigenhändig zusammengeholt hat. Da Herr Prezel auch Hausbesitzer ist und über leerstehende Wohnungen verfügt, so ist für beide Teile gefordert. Daß diese tapferen Hülftsmänner das alte eingearbeitete Personal nicht erziehen können, steht fest. In der Treibriemenfabrik „Union“ stellt sich der Herr zeitweise selbst an den Walzgang (allerdings nicht zu lange), die Streikbrecher dürfen Auto fahren, und unter ihnen befand sich ein Tag sogar ein richtiger — Krawaller!

Die Polizei greift auch sehr schnell ein, wodurch sich die Streikenden von der Ausübung ihres gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts nicht abhalten lassen.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten versendet an die Presse eine Erklärung über den Austritt des Herrn Lüdemann aus den Diensten des Bundes, die im wesentlichen eine Wiedergabe der Erklärungen ist, welche der Vorstand auf der Ortsabteilung des Bundes in dieser Sache abgab. Diese neue Erklärung gestattet die Sache immer sonderbarer. Eine solche Arbeitskraft, wie sie in derselben Herrn Lüdemann bezogen wird, läßt sich eine Organisation doch nicht so ohne weiteres entgegen? Um so unverständlicher ist es, daß der letzte Bundesrat nicht den geringsten Versuch unternommen hat, Herrn Lüdemann selbst zu hören. Das ist auffällig und gibt allerlei Vermutungen Raum. Seit steht doch, daß gerade Herr Lüdemann als der Vertreter und Repräsentant der gewerkschaftlichen Richtung im Bund anzusprechen ist; wenn er nun genötigt wurde, seine Entlassung zu fordern, und ein anderer Gewerkschaftler des Bundes, nämlich Herr Kranz, zu gleicher Zeit vom Bundesvorstande nicht wieder als beamtetes Vorstandsmitglied vorgeschlagen, sondern als Gauobmann nach Süddeutschland versetzt wird, dann muß solche Ausübung ziemlich nachdenklich stimmen, nicht zuletzt gerade bei den gewerkschaftlich gefinnenden Bundesmitgliedern.

Der Streit bei der Firma Brämer in der Köllendorffstraße zu Köpenick dauert unabgeändert fort. Das „Lichtenberger Tageblatt“ gibt unsere Darstellung der Vorgänge in der Köllendorffstraße wieder, weil sie nach seinem „Empfinden“ ungläubwürdig sei und es notwendig erscheine, sie nicht unkommentiert zu lassen. Es wäre wohl richtiger gewesen, wenn die Redaktion sich nicht auf ihr „Empfinden“ verlassen, sondern an Ort und Stelle eine Nachprüfung vorgenommen hätte. Von der Franzfurter Allee nach der Köllendorffstraße ist doch wirklich nicht so weit! Das „Lichtenberger Tageblatt“ hält es aber für wichtiger, ohne irgendwelche eigene Information die Streikenden die folgt anzuschuldigen:

„Daß sich die zielbewußten Genossen bei Streiks als „friedliche Arbeiter“ geben, ist nachgerade schon so oft durch geradezu rohe Ausschreitungen gegen die wahrhaft friedfertigen Arbeiter, die sich dem Streikzwang nicht willenslos unterwerfen wollen, von den Genossen selbst widerlegt worden, um noch im Ernst als der Wahrheit entsprechend angesehen zu werden. Es muß aber denn doch mit allem Nachdruck betont werden, daß es die Pflicht der für die öffentliche Ordnung verantwortlichen Behörden ist, dafür zu sorgen, daß auf der Straße jeder friedliche Bürger, der seiner Beschäftigung nachgehen will, vor rücksichtslosen Verletzungen notorischer Störenfriede sicher ist!“

Diese Pflicht der Behörden in allen Ehren. Aber sie gilt gleichmäßig gegen alle. Die Streikenden geben keine Veranlassung zu diesem Aufgebot von Polizei. Dagegen befinden sich in der Fabrik „notorische Störenfriede“ gegenüber jeder Tätigkeit der Arbeiter, die auf Verbesserung ihrer Lage oder auf Abwehr von Beschuldigungen gerichtet ist. Diese „wahrhaft friedfertigen Arbeiter“ arbeiten nur mit dem Revolver in der Tasche und nur da, wo anderen Solidarität und Arbeiterehre das Arbeiten nicht gestatten. Da arbeitet unter anderem ein gewisser Kuppert von der Adresse der goldenen Wagnar-Lente. Er brach unter anderem den Streik in der Waggonfabrik in Köpenick. In Burg bei Magdeburg erschloß er hinterhals einen an der Bewegung völlig unbeteiligten Familienvater. Das Gericht nahm Futalibotmeyer zu

seinen Gunsten an, sonst hätte er sehr nicht bei Brämer als Arbeitswilliger tätig sein. Wie er tragen auch andere seiner Kollegen den schußfertigen Revolver in der Tasche. Sind das „friedliche Arbeiter“, die den Schutz der Behörden verdienen oder auch nur seiner bedürftig?

Zu der Sache selbst sendet uns auch Herr Brämer eine Darstellung, in der es heißt:

„Es ist nicht richtig, daß ich den Arbeitern gestattet, eine Stunde täglich länger zu arbeiten, sondern das Gegenteil ist der Fall. Die Arbeiter mühten mir zu, ich sollte plötzlich die Hausdiener und ungelesenen Arbeitsburschen, welche nach Feierabend zum größten Teil mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt waren, tagtäglich eine Stunde früher, also mit allen gelehrten Arbeitern nach Hause gehen lassen, und dazu habe ich und hatte ich keine Berechtigung.“

Zur Information des Herrn Brämer über seinen eigenen Betrieb wollen wir ihm folgendes mitteilen: Herr Brämer hat 8 bis 10 Hausdiener und Arbeiter, die Auf- und Abbladen, Reinemachen usw. Daß diese Leute zwecks Reinigung des Betriebes und zum Aufräumen außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit tätig sind, dagegen hat niemand etwas. Herr Brämer hat, aber außerdem noch 30 Mann als Hausdiener und Arbeiter eingestellt, die in Wirklichkeit an den Maschinen Teilarbeit verrichten. Sie müssen die gelehrten Holzarbeiter ersetzen. Die Arbeiter verlangen nun, daß die Arbeit dieser Leute nicht länger dauern darf als die der Gelehrten. Mit diesem Verlangen haben sie durchaus recht. Die Beschäftigung dieser Leute zu schlechteren Löhnen und bei längerer Arbeitszeit verstoßt gegen den Tarif.

## Deutsches Reich.

### Die Verhandlungen im Malergewerbe.

Zwischen Vertretern beider Parteien unter Vorsitz von zwei Unparteiischen hat gestern abend eine Vorbesprechung stattgefunden. Die Parteien wurden sich einig, daß am 8. April die Verhandlungen wieder weitergeführt werden sollen.

### Zur Aussperrung im Malergewerbe.

Die Zahl der im Kampfe stehenden Mitglieder des Malerverbandes ist nach dessen sechsen zusammengeleiteten Ermittlungen vom 29. März auch in der vergangenen Woche in gleicher Zahl geblieben. Während die Ausgesperrtengiffer (einschließlich der Streikenden und Arbeitslosen) am 15. März 15 770 betrug, sank sie bis 22. März auf 13 501, und am 29. März betrug sie noch 14 905. Und dieser Rückgang um 508 seit dem 22. März ist eingetretten, obgleich der Malerverband selbst zahlreiche Vertriebe still legte und die Führer des Unternehmerverbandes verzweifelte Anstrengungen machten, mit dem schlimmsten Terrorismus auf nicht aussperrende Unternehmer einzuwirten.

Die einzelnen Gebiete sind gegenwärtig noch wie folgt beteiligt: Berlin, Provinz Brandenburg, Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zählen 3588 Ausgesperrte, Hessen-Kassel und Darmstadt 1970, Nordwestdeutschland 3537, Rheinland-Westfalen 1432, Königreich und Provinz Sachsen und Thüringen 2307, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen 1002 und Bayern weist 891 Ausgesperrte auf.

Der Unternehmerverband erläßt jetzt eine offizielle Erklärung, in der er von 36 150 Ausgesperrten fabuliert. Obwohl er nun die oben aufgeführten Zahlen des Malerverbandes als aus den Fingern gesogen bezeichnet, gibt er selbst zu, daß sich in seiner Zahl von 36 150 Ausgesperrten 8207 Gehilfen befinden, die angeblich den bekannten Reders unterschrieben haben. Abgesehen davon, daß die letzte Ziffer viel zu hoch gerufen ist, kann wohl kein vernünftiger Mensch die in den Betrieben ruhig weiter Arbeitenden als ausgesperrt bezeichnen, und die 11 800 Arbeitslosen bestehen natürlich auch nur in der Phantasie des Unternehmerverbandes, denn der Malerverband stellte nur rund 2000 fest, und der muß es doch wissen, weil er die Arbeitslosen mit Unterstützung, also diese sich bei ihm sämtlich melden. Danach müßten rund 6000 unorganisierte Arbeitslose vorhanden sein; das aber glaubt den Unternehmern kein Mensch. In Wahrheit sind die 11 800 Arbeitslosen des Unternehmerverbandes jene Gehilfen, die man geist mit ausgesperrt hätte, damit das hohe Ziel des Kampfes erreicht werde, nämlich: den Kampf des Malerverbandes aufzubringen. Doch viele Unternehmer irren sich, bei dem frivolen Kampfe mitzutun.

Rechnet man die vom Unternehmerverband aufgeführten Arbeitslosen und Reversarbeiter des Malerverbandes ab, so verbleiben 16 143 wirklich Ausgesperrte, also ungefähr genau so viel, wie die Gehilfenverbände auch angeben. Das Zahlenmännchen des Unternehmerverbandes ist danach einfach grober Unfug, der dazu dienen soll, die Öffentlichkeit ebenso wie die Malermeister täuschlich zu täuschen.

### Eine Niederlage der Gelben.

Bei der Erziehung zum Arbeiterauswahl der Kaiserl. Werk in Wilhelmshaven wurden sämtliche von den freien Gewerkschaften aufgestellte Vertreter mit überwiegender Majorität gewählt! Die Gelben machten wiederum große Anstrengungen, indem sie am Wahltag bei Beginn der Arbeitszeit vor den Werkstätten Flugblätter verteilten, worin sie zur Bestätigung ihrer Kandidaten aufforderten, doch fielen diese noch mehr ab als bei der letzten Wahl. Sie brachten es in den einzelnen Wahlkreisen nur auf einige Stimmen. — Diese Wahl hat wiederum gezeigt, daß unter der Verstarbeiterchaft Wilhelmshavens kein Boden ist für die gelbe Saat.

### Der Streik in der Binnenschifffahrt.

Einzelne Mitglieder des Unternehmerverbandes operieren in der Öffentlichkeit in sehr eigentümlicher Weise. Sie behaupten, daß eine Beilegung des Kampfes unmöglich sei, weil die Arbeiterorganisationen jede Verhandlung ablehnen. Das ist unrichtig, denn die Arbeiterorganisationen haben sich jederzeit zu Verhandlungen bereit erklärt. Unrichtig ist auch die Behauptung, daß die Arbeiterorganisationen von einer gesetzlichen Regelung der Nachtraher nichts wissen wollen. Es ist wiederholt von ihnen betont worden, daß, wenn die Mannschaften die Garantie erhalten, daß die Nachtraher in absehbarer Zeit eingeführt wird, dieser Differenzpunkt erledigt wäre. Diese falschen Darstellungen können also nur den Zweck haben, die Öffentlichkeit und insbesondere die Unternehmer in Handel und Industrie, die wegen Nichtbeförderung ihrer Güter unzufrieden sind, irre zu führen.

Die Firmen versuchen die Ausständigen mit Telegrammen und Briefen, in denen sie erklären, daß alles bewilligt sei. In diesen Schreiben heißt es gewöhnlich:

„Die Zulagen haben wir bewilligt, und mit der Ständigen Nachtraher sind wir auch einverstanden, die Wünsche Ihres Verbandes sind also erfüllt.“

Da die Mannschaften sehr zerstreut auf Dörfern wohnen, ist es schwierig, diesen Hausdienern rechtzeitig zu begegnen; trotzdem stehen die Mannschaften geschlossen im Kampf. — Auf der Oder sind fast sämtliche Streikbrecher mit Revolvern bewaffnet. Kommen Streikposten an die Fahrzeuge heran, so wird auf sie geschossen. Die Behörden sehen dem Treiben teilnahmslos zu. So wurde ein Streikbrecher, der geschossen hatte, trotzdem an Bord gelassen; den Revolver hatte er von der Gesellschaft erhalten!

Von den streikenden Mannschaften haben über 1000 Mann andere Beschäftigung angenommen, so daß nach Beendigung des Kampfes sich ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machen wird.

## Eine Lohnbewegung der Vergleite im Wurmrevier.

Die Christlichen haben sich jetzt das Wurmgebiet als Operationsfeld ihrer gewerkschaftlichen Strategie auserkoren. Am 24. März hatten sie ihre Vertrauensleute des Wurmreviers zusammenberufen und ließen von diesen beschließen, eine Lohnbewegung vorzubereiten. Um die Größe dieser Tat würdigen zu können, muß man wissen, daß die Gesamtbevölkerung in diesem Revier etwa 16 000 Mann beträgt. Der alte Bergarbeiterverband hat in diesem Revier etwa 1100 Mitglieder, während die Christlichen nach ihrer Abrechnung höchstens 3000 Mitglieder zählen.

Die Konferenz der christlichen Vertrauensleute hat aber auch gleich beschlossen, diese Bewegung mit dem Verbandsgeheimnis zu machen, wenn der Verband sich den von ihnen aufgestellten Bedingungen unterwerft. Diese Bedingungen gehen dahin, daß der Verband während der Bewegung die Christlichen nicht bekämpfen darf und daß er nach der Bewegung nur „anständig“ gegen die Christlichen kämpfen darf. Er darf an unorganisierte keine Streikunterstützung zahlen. Die Christlichen wollen die Vertreter des Verbandes in einem zu bildenden gemeinsamen Streikomitee bestimmen.

Zu dieser sonderbaren Einladung nahm eine Konferenz der Vertrauensleute des Verbandes, die von 61 Delegierten besucht war, am 30. März in Roden Stellung. Die Annahmungen der Christlichen wurden von allen Rednern zurückgewiesen. Es wurde aber auch bezeugt, daß die Christlichen überhaupt eine ernsthafte Lohnbewegung beabsichtigen. Sie würden jedenfalls wieder nur eine Komodie aufführen; eine solche könne und würde der Verband aber nicht mitmachen.

In einer längeren Resolution wurde dann der Standpunkt der Konferenz genau präzisiert. In dieser Resolution wird u. a. ausgesprochen, daß die Vertreter des Bergarbeiterverbandes es entschieden ablehnen müssen, sich Bedingungen zu unterwerfen, die nicht in einer gemeinschaftlichen Konferenz der beiderseitigen Organisationsleitungen vereinbart worden sind. Weiter müßten die Verbandsvertreter es entschieden beurteilen, daß die Bezirksleitung des Gewerbevereins der Öffentlichkeit und damit auch den Grubenbesitzern durch die Zentrumspresse Mitteilung mache von der beabsichtigten Lohnbewegung, ohne mit der Verbandsleitung irgendwelche Rücksprache zu nehmen.

Zur Sache selbst sprach sich die Konferenz dahin aus, daß es im Interesse der Bergarbeiter im höchsten Maße zu bedauern sei, wenn die Bezirksleitung des Gewerbevereins auf die am 25. Februar 1913 vom Verbandsvertreter Schöpfer an sie gerichtete Einladung zu einer gemeinsamen Aussprache wegen der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die hiesigen Bergarbeiter unbedingt ablehnend geantwortet habe. Im vorigen Frühjahr sei die Zeit zur erfolgreichen Durchführung einer Lohnbewegung außerordentlich günstig gewesen, da zu dieser Zeit sowohl in England und Belgien, wie auch im Ruhrrevier und fast allen deutschen Bergrevieren die Bergarbeiter ungewissenswillig waren, ihre Lage durch einen Lohnkampf aufzubessern. Damals hätten die Wurmbergleute nicht isoliert zu kämpfen brauchen. Es wird dann weiter darauf verwiesen, daß die geringe Lohnsteigerung, die übrigens diesmal durch Ueberhörschäden erzielt wurde, nur etwa 7-8 Proz. ausmache, während die Lebensmittelpreise im hiesigen Revier um 20-25 Proz. gestiegen sind. Diese lange Arbeitszeit und die fortgesetzte Antreiberei machten auch die außerordentlich hohe Krankenziffer unter den Wurmbergleuten begreiflich. Deshalb sei es selbstverständlich, daß die Vertreter des Bergarbeiterverbandes nicht nur eine den Tenorenverhältnissen angemessene Lohnaufbesserung, sondern auch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf ein die Gesundheit der Bergarbeiter weniger gefährdendes Maß für unbedingt notwendig erachten.

Weiter sagt dann die Resolution:

Trotz des einseitigen Vorgehens der Bezirksleitung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter spricht die Konferenz die Bereitschaft aus, sich an einer Lohnbewegung zu beteiligen. Allerdings unter der Voraussetzung, daß eine solche von der Bezirksleitung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter ernstlich beabsichtigt und nicht nur auf eine Täuschung der Kameraden berechnet ist. Das Verhalten der Gewerkschaftsleitung bei den letzten Lohnbewegungen und Kämpfen der Bergarbeiter gebietet den Verbandsvertretern jedoch, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, bis die Gewerkschaftsleitung ihren ersten Willen, die Bergarbeiterinteressen ebenfalls bis zur äußersten Konsequenz zu vertreten, zweifelslos dargelegt hat.

Da die Bezirksleitung des christlichen Gewerbevereins es nicht für notwendig hält, von vornherein die Verbandsleitung zu einer Besprechung über eine einzuleitende Lohnbewegung einzuladen, vielmehr auf eigene Faust schon Bedingungen formuliert und obendrein den Aktionsplan der Öffentlichkeit unterbreitete, erachtet die Konferenz in diesem Stadium eine gegenseitige persönliche Aussprache der beiderseitigen Organisationsvertreter für überflüssig. Sie beauftragt die Verbandsleitung, die weiteren Schritte des Gewerbevereins abzuwarten.

Zu welchem Ende aber auch die einseitig eingeleitete Lohnbewegung kommen wird, das bisherige Verhalten der Verbandsleitung bürgt dafür, daß die Verbandsmitglieder zu keinem Streikbruch kommandiert werden. In dieser Hinsicht kann die Gewerkschaftsleitung vollkommen beruhigt sein. Die Verbandsvertreter glauben der Gewerkschaftsleitung nicht mehr, können nicht glauben, daß sie ernsthaft die Interessen der Bergarbeiter vertreten will. Will sie uns vom Gegenteil überzeugen, dann mag sie Taten leben lassen und dann werden die Verbandsmitglieder zuverlässige Bundesgenossen sein und Solidarität üben.“

Es liegt nun an den Christlichen, zu zeigen, ob sie ernsthaft eine Lohnbewegung führen wollen.

## Letzte Nachrichten.

### England drängt zum energischen Vorgehen gegen Montenegro.

London, 1. April. (W. T. V.) Das Neuterliche Bureau erfährt, daß die vom Ausland telegraphisch eingelaufenen Nachrichten, wonach die Ansichten der Mächte über die Flottendemonstration gegen Montenegro auseinandergingen, in den Londoner amtlichen Kreisen Ueberraasung hervorgerufen hätten. Es wird erklärt, daß es die einmütige Meinung der Mächte sei, daß falls Montenegro ihren Wünschen nicht entspreche, eine Flottendemonstration notwendig werde, um die Wünsche der Mächte zur Geltung zu bringen. Unter diesen Umständen können solche Meldungen nur in der Absicht verbreitet worden sein, einen schlechten Eindruck hervorzurufen. Die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Regierungen behufs Ausführung ihres Entschlusses seien in diesem Augenblick dringend angefaßt des Ausbleibens einer Antwort Montenegros auf die in der letzten Woche von den Mächten unternommenen Kollektivschritte.

### Ein Protest Griechenlands gegen die Entscheidung der Mächte.

London, 1. April. (W. T. V.) Wie das Neuterliche Bureau erfährt, hat Griechenland den Mächten eine energische formelle Erklärung zugehen lassen, die die Ansprüche Griechenlands in Epirus zum Gegenstand hat. Während bekanntlich einige europäische Regierungen beabsichtigten, einen großen Teil des in Frage stehenden Gebietes dem neuen Albanien zuzuschlagen, schlägt Griechenland in seiner Erklärung vor, die Mächte sollen eine Kommission ernennen, die in der jetzt von Griechenland beanspruchten und vollständig von griechischen Truppen besetzten Gegend ein Plebiszit veranstalten soll.

Lépine's Abgang.

Paris, 30. März. (Fig. Per.)

Lépine geht also wirklich. Seit einigen Wochen schon hatte er seine Demission angeündigt und sie am Tage nach Brlands Sturz oben...

Lépine war recht lange sozusagen ein „populärer“ Polizeipräsident. Dem Pariser Spießer imponierte der kleine Mann, der mit einer zappelligen Geschäftigkeit die Vorsehung des Bürgerfriedens spielte...

In den letzten Jahren ist allerdings Lépine's Prestige auch bei seinen früheren Bewunderern stark ins Wanken gekommen. Der große Strategie erwies sich bei der Beherrschung der freilich immer schwierigeren Aufgaben stellenden Pariser Verkehrsverhältnisse...

Die Polizeidiktatur Lépine's endet mit einem vollen Mißerfolg. Sie hat zum Schluß in der Beamtenchaft der Polizeipräsidenten selbst einen Widerstand organisierter Kräfte hervorgerufen. Trotzdem geht Lépine mit einer großartigen Siegermiene ab...

Kleines Feuilleton.

Völkerschicksal. Wie monumental groß muß der Stolz sein, der sich dieses monumentale Denkmal errichtet hat! Einer Weltentart würdige Erinnerung könnte es sein.

Aber seine Tafel kennt nicht das Wort Friede. Nicht einmal von der einzig möglichen Großtat Europas, der Einigung seiner Völker, kann das Denkmal linden!

Und in Kiesenlettern steht noch der Satz: Gott mit uns! Mit wem? Mit uns Menschen! Nein, mit uns — um Leipzig herum!

Saget nicht, es sei die würdige Erinnerung einer großen Befreiung! Erlichen Dynastien wurde der Absolutismus gerettet. Wo aber ist das Denkmal für 1848?

Saget nicht, es sei der Tempel unserer Erlösungserwartung! Jesus von Nazareth, der wie Ihr saget, die ganze Welt erlöst hat, besitzt kein so hehres Denkmal und er rief: „Friede mit Euch!“

Was ist die christliche Demut all der christlichen Könige? Nur ihren Sieg vorant das Denkmal! Warum errichten sie sich herrlichere Siegesdenkmäler als Jesus von Nazareth, ihrem Gott, dem sie ihre Majestät zu danken glauben?

Das Volk gab Millionen für das Denkmal und wir wollen sie nicht vergelten nehmen: denn ein gewaltiges Werk unserer Zeit ist daraus geworden. Und das Volk gab wieder Millionen für Luftfahrzeuge, und wir wollen sie ein fruchtbares Opfer heißen: ein Opfer an das Tempo der Kultur.

Das Denkmal bei Leipzig ist ein ragendes Wahrzeichen einer Vergangenheit, die für uns keine Gegenwart mehr hat und ist ein Schmachmal unserer Unfähigkeit, den Weltfrieden, die Einigkeit der europäischen Völker zu erzwingen.

Sommerwärme. Nachdem schon der größte Teil des Monats März ungewöhnlich mild verlaufen war, hat die Temperatur während der letzten Tage eine ganz abnorme, bösig sommerliche Höhe erreicht.

politische Wissenschaften zum Mitglied gewählt hat. Mit allgemeinen sozialen Problemen er sich nie ernstlich abgegeben. Seine Gesellschaftsphilosophie erschöpfte sich in gelegentlichen wütenden Gesetzen gegen das autoritäre, glaubenlose Zeitalter, in einer reaktionären Tendenz, die selbst bei einem Würdenträger der bürgerlichen Demokratie in Erfassung liegen konnte.

Sein Nachfolger ist Herr Hennion, der bisher der Direktor der Sicherheitspolizei des Ministeriums des Innern war. Man sagt, daß er zu den Freunden Aristide Briands gehöre — Lépine war eher Briands gefährlichster Protektor.

Herr Lépine's Ruhe aber könnte und eines Tages noch interessante Memoiren beschreiben. Und am Ende wird ihr Autor selbst gar ein Vorbild für den radikalen Republikan gleich ihrem geistreichen Vorgänger Andrieux, der einst Dynamitattentate fabrizierte und jetzt im Namen der Warriladendämpfer von 1848 für das korruptierte Bezirkswahlrecht auf die Schanze steigt.

Aus Industrie und Handel.

Versicherungs-Beteiligungen der Sapag.

In der Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie am Montag wurde ein Antrag auf Statutenänderung angenommen, der besagt: Die Gesellschaft ist befugt, sich mit anderen Reedereien zu einer Gemeinschaft zu vereinigen, welche die Versicherung einzelner Schiffe der beteiligten Gesellschaften — sei es zum vollen Werte, sei es zu einem Teilbetrage — auf der Grundlage der Gegenseitigkeit übernimmt.

Ueber die gegenwärtige Geschäftslage teilte der Vorsitzende mit, daß das bisher verfloßene Geschäftsjahr im Vergleich zu der gleichen Periode des Vorjahres ein sehr günstiges gewesen ist und vergleichsweise für die ersten drei Monate einen nicht unwesentlichen Mehrertrag ergibt.

Montag noch. Breslau, Dresden und München hatten morgens schon 12, Berlin und Bromberg hatten 11 Grad Wärme, und mittags wurden in Berlin nicht weniger als 23 Grad Wärme erreicht. Das sind 13 Grad mehr als die normale Mittagstemperatur zu Ende März.

Der Statuenwald von Paris. Bei der immer wachsenden Zahl der Denkmäler und Bildsäulen, die sich in Paris erheben, tut der „Gaulois“ die nachdenkliche Frage, wie das weiter gehen soll, wenn man in demselben Maße allen bedeutenden Männern des Landes ferner Monumente errichten will.

Humor und Satire.

Der Reichstag hat das Wort.

Nun ist es da, das Steuerbündel, und die Begeisterung fort. Nun hat zum größten aller Schwindel Der Reichstag auch das Wort.

Der neue Bankrott.

Nach den letzten Bankberichten hatte man geglaubt, es sei im Bankwesen einigermaßen Ruhe eingekehrt. Da kommt aus Kärnten die Nachricht, daß das Bankhaus Wapke in die Brüche gegangen ist. Seit dem Jahre 1835 besteht die Firma, sie blüht also auf eine bald 80 Jahre lange Entwicklung zurück.

Kalaoring in Guayaquil.

Die der „Gordian“ in Hamburg melbet, hat sich in dem alten großen Kalaorinde Ceuador ein Ring der Kalaopflanzter gebildet. Der Sitz ist die Hauptausfuhrstadt Guayaquil. Die vereinigten Pflanzter haben durch die in Deutschland befindlichen Konsulate ein Rundschreiben verteilen lassen, wodurch sie versichern, daß sie durch die Spekulation gezwungen worden sind, sich zusammenzuschließen.

Die alten Kalaorländer in Amerika haben in Afrika einen sehr starken Konkurrenten in den letzten Jahren bekommen. Es kamen folgende Mengen Kalaos aus Amerika und Afrika:

Table with 3 columns: Year, from America, from Africa. Data points for 1900, 1905, 1910, 1912.

Hiernach ist der Ertrag in Amerika seit 1900 um 53 000 Tonnen oder 65 Proz. gestiegen. Dagegen ist der Ertrag in Afrika in derselben Zeit um 69 000 Tonnen oder 350 Proz. gestiegen.

Vom Morganschen Stahltrast.

Zur gleichen Zeit, in der Morgans in Rom erfolgter Tod bekannt ward, dringt auch die Kunde über den Abbruch des letzten Jahres aus einer der Morganschen Schöpfung, des Stahltrasts, nach Europa. Danach hat der Trast im Jahre 1912 die Produktionsziffern aller Jahre überboten.

Die Versicherungsmilliarden. In der Begründung des Entwurfes zu einem Gesetz wegen Aenderung des Reichssteuermessengesetzes werden bemerkenswerte Schätzungen der Versicherungswerte für das Jahr 1913 aufgestellt.

Wagt er auch diesmal nicht zu mucken?

Wird er, weil er's gewöhnt, Auch diese Tollheit untergeschanden, Die seiner Rechte höhnt?

Das wird im Wallot-Jirkus geben Ein groß Spektakulum? Wo wird die Kiesenbantele haben? So fragt das Publikum.

Härtwahr, das ist 'ne bide Nummer, Die selbst die Champignons scheut! Doch wer wird Cloton — das ist mein Nummer — Wer du m mer Aug u st sein?

Michel.

Notizen.

Das Kartell der Freien Volksbühnen. Am 31. März vereinigten sich unter Vorsitz Bruno Wille's die Verwaltungsvorstände der Freien Freien und der Freien Volksbühne zur konstituierenden Sitzung des von ihnen begründeten Volksbühnenkartells.

Die Igl. Bühnen als Pflegstätten deutscher Kunst. Der unsägliche Tiefstand unserer Igl. Bühnen konnte durch nichts empörender gekennzeichnet werden als durch das böllige Stillstehen, mit der sie die Gedanken Otto Ludwigs und Friedrich Hebbels beengten.

Parissal-Aufführung in Zürich. Die erste Aufführung von Wagners „Parisal“ im Züricher Stadttheater — und damit die erste öffentliche Aufführung des Werkes in Europa außerhalb Bayreuths überhaupt — ist auf Sonntag, den 13. April angelegt worden.

15 Milliarden Mark, für die Transport- und Seeverficherung ein solcher von 12 Milliarden Mark angenommen. Die Lebensversicherung soll nach der Schätzung im Jahre 1913 rund 770 Millionen Mark Tarifprämieinnahmen haben, die Unfall- und Haftpflichtversicherung eine solche von 118 Millionen Mark, die übrigen Versicherungen eine solche von 5,4 Millionen Mark.

**Dividenden von Farbenfabriken.** Ebenso wie die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation erhöhen auch die mit ihr durch Interessengemeinschaft verbundenen (Werkfelder) Farbenfabriken vormals Friedr. Bayer u. Co. in Leverkusen ihre Dividende von 25 auf 28 Proz. Auch die Badischen Anilin- und Soda-fabriken in Ludwigshafen verteilen an ihre Aktionäre 28 statt 25 Proz.

**Der Reichskriegsschatz.** In der gestrigen Notiz findet sich ein fälschlicherweise Druckfehler. Es muß im letzten Absatz heißen: „Aber es kommt noch hinzu, daß die durch Ausgabe der Reichsschatzscheine entzogenen Metallvorräte zum größeren Teil wieder der Reichsbank entnommen werden. Die neuen Scheine werden Reichsbanknoten ersetzen und damit auch den Geldvorrat der Bank, der zur Deckung der Noten vorgeschrieben ist, verringern. Nur zum kleinen Teil wird die Kriegsgoldreserve der Goldzirkulation im Warenverkehr entstammen.“

### Deutscher Kongress für alkoholfreie Jugendziehung.

Zu unserem Bericht erhalten wir folgende Zuschrift des Genossen Kagenstein:

Zu Ihrem im ganzen dankenswerten Bericht über den Kongress für alkoholfreie Jugendziehung bitte ich Sie, nachfolgende Bemerkungen aufzunehmen:

1. Ich habe nicht das Verbot nur des Branntweinverkaufs, sondern der Abgabe alkoholhaltiger Getränke und Genussmittel jeder Art an Jugendliche gefordert — dies in Übereinstimmung mit der Resolution von Essen und dem Beschlusse des Magdeburger Parteitag.

2. Ich konnte nicht sagen, „für das Proletariat schwinde mit seinem Aufstieg die Alkoholfrage. Als ein Ausschnitt der großen sozialen Frage werde sie mit dieser leicht gelöst,“ wie in dem Bericht gesagt ist. Die Tätigkeit des Arbeiter-Abstinenzbundes beruht gerade auf der Erkenntnis, daß der Alkoholismus nicht allein aus sozialen Umständen, sondern auch aus falscher Erkenntnis und eingewurzelten Trunksitten zu verstehen ist. Daher ist, wie die Verhältnisse in höheren Schichten beweisen, neben der sozialen Hebung der Arbeiterklasse eine besondere Bekämpfung der Alkoholvorurteile und -neigungen notwendig und, wie z. B. die Erfahrungen in Skandinavien und mit unserem Branntweinboykott (dort, wo er wirklich ernsthaft zur Anwendung gelangt ist) beweisen, auch in ziemlich weitem Maße erfolgreich.

3. Nebenbei: Ich habe nicht dem Präsidium, sondern als einer der Schriftführer dem Bureau des Kongresses angehört. Mit bestem Gruß  
Kagenstein.

## Soziales.

**Die Zentralkrank- und Begräbniskasse der Frauen und Mädchen in Deutschland** (E. H. S. Offenbach) hielt vom 21. bis 28. März in Braunschweig ihre 9. Generalversammlung ab, zu der 34 Frauen und 12 Herren (Vorstands- und Ausschussmitglieder sowie Beiräte) erschienen waren. Nach dem Bericht des Vorstandes gab die Kasse am Schlusse des Jahres 1912 rund 10 000 Mitglieder in 77 Verwaltungsteilen, die sich über ganz Deutschland verteilten. In Groß-Berlin sind etwa 2000 Kassenmitglieder vorhanden. Im Jahre 1912 sind im Hause verpflegt 4332 Mitglieder an 97 489 Tagen sowie 279 Wöchnerinnen. 8844 Mitglieder waren arbeitsfähig krank. Gestorben sind 183 Mitglieder. An Beiträgen sind 1912 Einnahmen 240 821 M. Dagegen sind verausgabt (in runden Summen) für Krankengeld 112 000 M., für Arznei 38 000 M., für ärztliche Behandlung 45 000 M., für Arztkosten in Anstalten 15 000 M., für Begräbniskosten 8400 M. und für Wöchnerinnenunterstützung 2500 M. Die gesamten Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 272 000 M. Dem Reservefonds konnten in den letzten drei Jahren über 27 000 M. zugeführt werden. Er beträgt rund 224 000 M. Daneben sind 11 000 M. Kassenbestand vorhanden. In der Berichtszeit hat die Kasse ihren Vorsitzenden Rudolf Schulte-Offenbach verloren, der 28 Jahre lang die Kasse leitete. Auch der zweite Vorsitzende Joh. O. S. Offenbach ist gestorben. Die Geschäfte des Vorstandes werden durch die Herren Donges (Vorsitzender) und Hauser (Hauptkassierer), beide in Offenbach, geleitet. Die Braunschweiger Generalversammlung hatte neben den regelmäßigen Berichten und Neuwahlen die besonders wichtige Aufgabe, die Kasse den neuen Gesetzen im Krankenversicherungswesen anzupassen. Nach langen Erörterungen beschloß die Kasse die Umwandlung in eine Zuschußkasse ohne Arzt und Arznei mit 19 gegen 15 Stimmen. Die Umwandlung in eine Erbschaftkasse oder eine Zuschußkasse mit Arzt und Arznei, die besonders die Berliner Delegierten wünschten, wurde abgelehnt. Der Rinderpest wurde immerhin insoweit Rechnung getragen, als für Arzt, Arznei und Heilbäder den erwerbsfähigen Kranken eine geringe Entschädigung bis zu 10 M. jährlich gewährt werden soll, die jedoch den tatsächlichen Aufwand nicht übersteigen darf. Mit Rücksicht auf die Reduzierung der Beiträge wurden die Beiträge um je 5 Pf. die Woche erhöht. Sie sollen fortan betragen 35, 45 und 55 Pf. wöchentlich. Das Krankengeld, das bisher 3,30, 5, 6 und 7 M. in den einzelnen Klassen betrug, ist auf 6,80, 8,70 und 10,80 M. erhöht und wird regelmäßig auf die Dauer von 26 Wochen gezahlt nach einer Wartzeit von 6 Wochen. Im ersten Jahre der Mitgliedschaft sollen jedoch nur 13 Wochen Krankengeld gezahlt werden. Die Beerdigungsgelder sind von 40, 60, 85 und 70 M. auf 45, 60 und 75 M. erhöht. Die neuen Satzungen sollen mit dem 1. Januar 1914 in Kraft treten. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Ein Antrag, den der Aufsichtsrat von Braunschweig nach Frankfurt a. M. zu verlegen, wurde mit 15 gegen 16 Stimmen abgelehnt und mit dem gleichen Stimmenverhältnis der langjährige Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Gustav Niebling wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung soll 1916 in Ravensburg stattfinden.

### Nahregelungsfontore in der Landwirtschaft.

Wie die Junter die Landarbeiter dauernd in wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischer Anarchität erhalten wollen, haben wir erst kürzlich wieder an einem pommerischen Landarbeiterkontrakt gezeigt. Aber mit diesen Mitteln begnügt sich der Terrorismus pommerischer Agrarier nicht, die Kreistage unterziehen ja ihrem Einfluß und mit deren Hilfe können die Landflaven noch mehr gefaselt werden. So liegt den pommerischen Kreistagen jetzt ein Antrag auf Errichtung landwirtschaftlicher Arbeitsnachweise vor, mit dem sich als erster der Kösliner Kreistag vorige Woche beschäftigte. Man umhüllte allerdings die reaktionäre Absicht mit einem harmlosen Gewand. Der Antrag besagte:

„Um die Schäden des gewerkschaftlichen Stellenvermittlers besser bekämpfen und um überhaupt die Verhältnisse auf dem ländlichen Arbeitsmarkt in günstiger Weise beeinflussen zu können, beabsichtigt die Landwirtschaftskammer im Verein mit der Handels- und Handwerkskammer in der Provinz Pommern eine Anzahl gemeinnütziger kommunaler Arbeitsnachweise einzurichten. Die Bedeutung, die einer derartigen Arbeitsnachweisorganisation auch für die Bekämpfung der Landflucht zukommt, ist noch neuerdings auf der 1. Konferenz der preussischen Landwirtschaftskammern in Anwesenheit der Vertreter des Herrn Landwirtschaftsministers unter einmütiger Zustimmung aller Beteiligten ausdrücklich betont worden. Außer der allgemeinen Vermittlung landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeiter soll eine

solche Organisation im Rahmen der landwirtschaftlichen Vermittlung nicht nur Arbeiter neu zu vermitteln haben, sondern sie soll vielmehr ihr Augenmerk auch auf das Festhalten der ländlichen Arbeiterschaft und ihres Nachwuchses auf dem Lande richten.“

Daß man diese letzteren Ziele nicht mit legalen Mitteln erreichen kann und will, wird in den Ausführungsbestimmungen zu diesem Antrag offenkundig zum Ausdruck gebracht. Es wird darin gesagt, daß die landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise nach Lösung eines Vertrages an der Verfolgung etwaiger Kontraktbrüche mitwirken und bei ordnungsmäßiger Vertragslösung den Arbeiter bewegen sollen, eine andere Landarbeiterstelle anzunehmen. Außerdem sollen diese Arbeitsnachweise der Landflucht entgegenwirken u. a. durch Beeinflussung der Presse, Ueberwachung der gewerkschaftlichen Stellenvermittler und durch Ueberwachung der sozialistischen Agitation unter den Landarbeitern. Schließlich sollen zur Durchführung dieses sauberen Planens die Arbeitgeber durch öftere Arbeitsgeberversammlungen interessiert werden, während die Arbeiter — natürlich „nig to seggen“ haben. Einer Hauptnachweisstelle sollen Nebenstellen in den Städten der angeschlossenen Kreise errichtet werden, die Kreisverwaltungen kommen für die Kosten des Unternehmers auf und die Kreistage haben allein über die Tätigkeit der Arbeitsnachweise zu entscheiden.

Ein sauberes Planchen von geradezu genialer Junterfreude! Während die industriellen Scharmacher ihre Nahregelungskontore weitestens auf eigene Kosten einrichten, verfügen die pommerischen Junter frech und dreist über die Steuergrößen der Allgemeinheit, von denen sie die wenigsten zugesteuert haben. Denn auch in Pommern entfällt der Löwenanteil der Kreissteuern auf die Bewohner der Kreisstädte und mit deren Geld soll nun eine Einrichtung geschaffen werden, die ihnen schadet, die Landarbeiter knecht und nur dem Junter nützt. Denn wenn die Arbeitsvermittlungsstellen auch den Nachwuchs des Landarbeiters auf dem Lande festhalten sollen, so müssen sie zu verhindern trachten, daß sein Sohn in der Kreisstadt ein Handwerk lernt, die Tochter dort dient. So muß der Handwerksmeister der Kreisstadt sein Geld geben, daß ihm durch den agrarischen Arbeitsnachweis die benötigten Beibringe genommen werden! Und bei der bekannten Brutalität der pommerischen Junter kann als sicher angenommen werden, daß ihre Handlanger in den Arbeitsvermittlungsstellen die Landarbeiter mit der Hungerpeitsche zwingen, ihre Söhne und Töchter der gutsherrenlichen Ausbeutung zu überliefern. Auf dem Umweg über die moderne Institution des Arbeitsnachweises wird die mittelalterliche Hörigkeit der Landarbeiterfamilien neu rehabilitiert!

Daß bei solcher Gewalttätigkeit die pommerischen Junter zugleich die sozialistische Aufklärungsarbeit unter ihren Sklaven fürchten müssen und sich vor dieser scheuen wollen, kann man ihnen nachfühlen. Daß aber die staatlichen Verwaltungsbehörden diesem Treiben Vorschub leisten und den junterlichen Terrorismus durch die Gewährung öffentlicher Mittel ermöglichen, ist selbst im junterlichen Preußen ein Skandal. Formell möchte man sich freilich salvenieren, denn als im Kösliner Kreistag ein liberaler Abgeordneter die Ueberwachung der sozialistischen Agitation unter den Landarbeitern als nicht zur Aufgabe eines Arbeitsnachweises gehörig bezeichnet und dagegen protestierte, daß auf Umwegen ein Ausnahmegesetz geschaffen und öffentliche Mittel dafür ausgegeben werden, zog der Landrat zwar diesen Passus zurück, erklärte aber gleich darauf einem Agrarier, dem dieser Rückzug nicht behagte: „Wenn das auch nicht direkt in der Vorlage steht, gehandelt wird es eben so!“

Es ist gut, daß noch kurz vor den Landtagswahlen offenkundig wird, wie im junterlichen Preußen öffentliche Mittel unter staatlicher Sanktion aufgewendet werden, um das in der Reichsverfassung garantierte Recht der Freizügigkeit und politischen Selbstbestimmung den Landarbeitern zu rauben! Es erinnert dies die Landtagswähler daran, daß es ihre wichtigste Aufgabe ist, eine möglichst große Preisse in die preußische Junterfeste zu schlagen!

## Aus der Frauenbewegung.

### Der Mutterchutz der Reichsversicherungsordnung.

Kein Zweifel, daß die dürftigen Verbesserungen der neuen Reichsversicherungsordnung auf dem Gebiete des Mutterchutzes nicht viel mehr wert sind als das berühmte Messer ohne Feste und Klinge. Acht Wochen lang, wovon 2 Wochen vor der Entbindung liegen können, soll die Mutter nach dem neuen Gesetz pausieren. Die obligatorische Wöchnerinnenunterstützung sieht aber nur für 6 Wochen die Zahlung von Krankengeld vor. Mit Recht empfindet die große Masse der Wöchnerinnen und Schwangeren die Härte, die darin liegt, daß man sie für 8 Wochen zum Feiern zwingt; ihnen in dieser Zeit gewaltig gesteigerter Ausgaben aber nicht den vollen Tageslohn als Unterstützung zubilligt, sondern nur das übliche Krankengeld, und auch dieses nicht einmal für die ganze Dauer der Arbeitsunterbrechung, sondern man muß ihnen zu 2 Wochen lang von der Luft zu leben. In den letzten Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten wimmelt es denn auch von festgestellten Uebertretungen des Gesetzes, und zwar nicht so sehr Uebertretungen der Unternehmer, als vielmehr der Arbeiterinnen. Wiederholt heißt es: Die Wöchnerinnen würden die achtwöchige Pause freudig begrüßen, wenn ihnen die Wochenhilfe ebenso lange gewährt würde. So aber versuchen sie es auf alle Weise, die Arbeit schon nach sechs Wochen wieder aufzunehmen. Vor allem wird von der Möglichkeit, die Arbeit schon einige Zeit vor der Entbindung aufzusetzen, fast gar kein Gebrauch gemacht.

Im allgemeinen — so heißt es in dem badischen Bericht — bleiben die Schwangeren, selbst wenn ihnen vom Arbeitgeber nahegelegt wird, zu Hause zu bleiben, bis zum äußersten Termin, ja bis zum letzten Tage, bei der Arbeit, da sie eben gerade um diese Zeit Verdienst am nötigsten haben. Eine Spinnerarbeiterin blieb bis drei Stunden vor der Niederkunft an ihrer Strickmaschine. Ihr Kind starb einige Wochen nach der Geburt. Nach Annahme des Arztes war es nicht lebensfähig, weil sich die Frau bis zur letzten Stunde der anstrengenden Arbeit in der Fabrik und zu Hause und den Strapazen des weiten Weges unterzogen, den sie besonders in der Mittagspause in der größten Eile zurücklegen mußte. — Ähnliches berichtet der Aufsichtsbeamte für Chemnitz, der noch bemerkt: Zuwiderhandlungen der Arbeiterinnen gegen die Schutzvorschriften liegen sich schwer feststellen, da namentlich die Unberührten oft nicht auf ihre alte Arbeitsstätte zurückkehren.

So sieht der Mutterchutz der Reichsversicherungsordnung in der Praxis aus. Willarde auf Willarde opfert das Deutsche Reich dem unerfülllichen Koloch des Militarismus für Zwecke der Menschenernichtung. Die Mittel aber, die das Reich für die Erhaltung von Leben durch Bekämpfung der Mütter- und Säuglingsherblichkeit aufwendet, sind so unzulänglich, daß arme Frauen gezwungen sind, aus bitterer Not die zu ihrem Reiten erlassenen gesetzlichen Schutzbestimmungen listig zu umgehen. So wird das Dichterwort wahr: „Barmherzig wird Unfug, Wohlthat Plage.“

Das neue Heim des Bundes für Mutterchutz, für hilfsbedürftige werdende Mütter, eventuell auch Mütter mit ihrem Kinde, befindet

sich jetzt in Wilmsdorf, Sigmaringerstraße 25 I. Oben-ort ist auch die Zentralauskunftsstelle, in der von der Oberin täglich von 9—1 und Dienstag und Freitag auch von 7 bis 9 Uhr abends Rat und Auskunft über Unterkunft, Rechtschutz, Vermittlung von Pflegestellen, Arbeitsnachweise usw.) erteilt wird. Außerdem wird an folgenden Stellen Auskunft gegeben: SO., Mariannenstr. 2, Dr. med. Heinz Stabel (Sprechst. 2—4), N. 88, Schönhauser Allee 164, Frau Vesheim (Sprechst. 2—8), Regensburger Str. 12, Frau Köller (Sprechst. 10—11 $\frac{1}{2}$ ), W. 88, Hügelstr. 75, Frau Horwig (Sprechst. 4—5). Rat und Auskunft unentgeltlich.

## Gerichts-Zeitung.

### Spielerprozeß Stallmann.

#### 5. Verhandlungstag.

Auch gestern gelangten eine Reihe von Fällen zur Verhandlung, die das leichsinrige Leben derer, die da haben, ohne gearbeitet zu haben, illustrieren.

Ein Zeuge fand hat folgendes Spielabenteuer gehabt: Im Jahre 1908 lernte er in Lugano einen Herrn Paul kennen, der sich als Minenbesitzer aus Südafrika vorstellte. Der Zeuge war zum ersten Male außerhalb Deutschlands, und es war ihm ganz angenehm, Anschluss zu finden. Auf der Straße sah Paul plötzlich einen Mann stehen, den er kannte, begrüßte und als Herrn v. Cramer vorstellte. Nach zehntägigem Zusammensein mochte man einen Ausflug nach Como. Auf dem Schiff gestellte sich ein anderer hinzu, der als ein Regierungsrat aus Köln vorgestellt wurde. Dann kam wieder die alte Geschichte: in Como wurde ein Spielchen gemacht; man spielte „Häufeln“, und in ganz kurzer Zeit wurde der Zeuge, der in der Meinung sich an dem Spiel beteiligt hatte, daß er einige hundert Lire verlieren könnte, um 8000 Frank erleichtert, die er an den angeblichen Regierungsrat aus Köln verloren hatte. Er akzeptierte einen Wechsel, der später teils von einer holländischen Bank und dann später von der Einziehungszentrale Flandrer geltend gemacht wurde. Der Zeuge war während des Spiels einmal ängstlich geworden, der fremde Herr beruhigte ihn aber, indem er sagte: wir spielen ja doch, bis einer quitt ist. Bei dem ganzen Spiel ist dem Zeugen keinerlei Verdacht aufgefallen.

Der nächste Zeuge, ein Hauptmann a. D. jetziger Rittgutsbesitzer Freiherr v. Fürstenberg aus Westfalen, hat sich auf Grund seiner Erlebnisse mit Cramer dem Kriminalkommissar von Mantuffel zur Verfügung gestellt, als die jetzige Anklagesache in Fluß kam. Nach seiner Rückkehr aus Südafrika weilte er 1908 in Rom und logierte im Hotel Sokler, in welchem auch ein Herr v. Cramer wohnte. Als er eines Tages an den Portier die Frage richtete, wie man am besten zum Rennen komme, da ertönte von der oberen Treppe die Stimme des Herrn Cramer, der herunter rief: Ach, ich habe einen Wagen zum Rennen, da könnten Sie ja mitfahren. Herr v. Fürstenberg dankte aber. Als er nach acht Tagen im Begriff war, den Zug nach Florenz zu besteigen, wor auch Cramer im Begriff, mit demselben Zuge nach Florenz zu fahren. Er bot den Zeugen um Entschuldigung, daß er ihm vor acht Tagen ohne Verzeihung seinen Wagen angeboten habe. Beide Herren nahmen in demselben Abteil Platz. Als sich der Zug gerade in Bewegung setzte, kam im letzten Augenblick noch ein Herr in das Abteil, der gestürzt, warf sein Gepäck in das Netz, und als er hörte, daß die beiden anderen Deutsche waren, stellte er sich als „Kunsthandwerker“ vor. Baron von Fürstenberg stellte sich gleichfalls vor, ebenso Cramer, der durchaus nicht so tat, als ob der „Kunsthandwerker“ ein alter Bekannter von ihm war. In Florenz stieg man in demselben Hotel ab; die beiden Herren waren sehr liebenswürdig gegen den Baron; man ging abends gemeinsam in ein hübscheres Lokal, wo Waringer „ganz zufällig“ auf Paul stieß, von dem er dem Baron erzählte, daß er ein alter Afrikaner, ein Minenbesitzer sei, der Herrn von Fürstenberg als solcher interessieren würde. Paul wohnte in einem größeren Hotel mit internationalem Verkehr. Auf Aufforderung Pauls gingen die Herren am nächsten Tage in dessen Hotel, man trank dort eine Flasche Sekt, und bei dieser Gelegenheit ging Paul plötzlich an seinen Ueberrod, holte ein Spiel Karten aus der Tasche dieses Rods und erbot sich, den Herren einmal ein in Afrika bestichtes Spiel, das „Häufeln“, zu zeigen. Aus dem Spiel mit Streichhölzern wurde dann ein Spiel mit immer höher steigenden Einsätzen. Nach anderthalbstündigem Spiel hand Herr v. F. zu seinem Erstaunen auf 16 000 Lire Verlust. Waringer erklärte sich bereit, die Sache zu arrangieren und stellte zunächst einen Scheck aus. Am nächsten Morgen kam Waringer an den Kaffeetisch des Herrn v. F. und sagte: Wir leben und sterben, unterschreiben Sie doch dies Akzept über 13 000 M. Dies geschah. Als dann Zeuge v. F. in Wiesbaden weilte, erzählte er anderen Offizieren sein Spielchen, und diese Kameraden waren der Ansicht, daß er Leuten in die Hände gefallen sei, die ihn betrogen hätten. Der eine erzählte von einem ähnlichen Abenteuer, das er in Neapel gehabt, der andere von einem Abenteuer in Palermo, ein dritter von einer Spielaffäre, bei welcher ein Minenbesitzer eine Rolle gespielt habe. Man befestigte sich in Herrn v. F. mehr und mehr die Ueberzeugung, daß er es mit Häufelnspielern zu tun gehabt habe. Er erinnerte sich auch, daß ihm nach dem Genuß einer ihm offerierten Zigarre und nach dem genossenen Weine ganz sonderbar zumute geworden sei; er sei am nächsten Tage außerordentlich schlapp, müde und laput gewesen. Unter diesen Umständen habe er den Wechsel nicht bezahlt. Während des Spiels selbst ist dem Zeugen nichts aufgefallen; er hat es als vollständig fair betrachtet. — Angekl. Cramer wehrt sich gegen den Verdacht, daß beabsichtigt gewesen sei, Herrn v. Fürstenberg einzuführen. „Wogu in die Ferne schmeißen!“ Wenn man Herrn v. F. hätte rupfen wollen, so wäre doch in Rom sehr bequeme Gelegenheit gewesen; dazu hätte man sich nicht erst auf die Reise begeben dürfen.

Auch der nächste Zeuge, ein Offizier aus einem thüringischen Regiment, war als 20jähriger junger Leutnant im Juni 1910 nach Brüssel zur Weltausstellung gefahren. Dort hätte er einen Mann kennen gelernt, der sich als Agab, Sohn eines Kunsthandwerkers in Frankfurt a. M. vorstellte. Diesen hat er später in Ostende wieder gesehen. Zufällig kam Cramer hinzu, der sich als „von Silber“ vorstellte. Bei einem Ausflug nach Montenberg kam es nach einem Essen, bei welchem französischer Weißwein getrunken wurde, zum Spiel, das für den Zeugen mit einem Verlust von 9000 M. endete. Der Zeuge erklärt, daß er bei diesem Spielaffäre ziemlich betrunken gewesen sei. Nachdem seien ihm allerlei Bedenken gekommen. Er habe sich sofort ins Bett legen müssen und Erbsen gegessen, mußte sich Tee bestellen, den er auch nicht bei sich behalten konnte. Auf Grund seines immer härter werdenden Verdachts habe er sich an einen ihm bekannten Kriminalkommissar gewandt; dieser hat ihn zu Herrn von Mantuffel geführt, und diesem hat der Zeuge die ganze Sache dargelegt. — Cramer hält dem Zeugen vor, daß er an jenem Tage noch tranker war, als er es dargelegt, und zwar infolge des von ihm genommenen Seebades und darauffolgendes Frühstücks und Selbstgenußes. — Rechtsanwält Dr. Jul. Meyer: Es ist dies eine typische Krankheit, die „Ostendaise“, die einem nach den ersten Wädern in Ostende befallt.

Ein Fall, der den aus Cetererreich kommenden Gutsherrn Max Seurl betrifft, ist zur Charakterisierung des Angeklagten Cramer herangezogen worden. Es ist dies eine desolate Geschichte, die darin gipfelt, daß Herr Seurl mit einem „Verhältnis“ des Cramer, einer noch recht jugendlichen Anna Rosl, im Sommer 1907 sehr intime Beziehungen angeknüpft hat, daß er in den Glauben getrieben worden sei, die Rosl sei die in London angeheiratete Frau des Cramer und daß Cramer daraufhin Erpressungsversuche gegen Seurl unternommen habe. Letzterer hat größere Summen hergegeben, um die Rosl für die Zukunft sicherzustellen. Diese ganze Sache ist und bleibt wenig geklärt. Daß Cramer ihn durch irgendwelche Drohung zur Zahlung einer Summe gezwungen habe, vermag der Zeuge nicht zu behaupten.

Die Aussage des auf Antrag der Verteidigung vorgeladenen ehemaligen französischen Offiziers und jetzigen Kaufmanns Gaston de Bommervault aus Paris betrifft den Fall v. Dippe. Stallmann

hat in diesem Fall einen Wechsel über 80 000 M., den Herr v. Dippe bei Abschluß eines Spieles im „Fürstentum“ an Buies zur Begleichung seiner Spielschuld gegeben hat, in seinem Besitz gehabt und will nun feststellen, daß es sich dabei nicht um eine Sachebung gehandelt, er vielmehr den Wechsel in Gegenwart des Zeugen von Buies gekauft gegen Spielschulden verbrochen hat. Der Zeuge Baron de Commerbault bekundet: Er sei seit seiner Jugend mit Hrn. Remoino, die von Herrn v. König geheiratet wurde, bekannt; diese verkehrte in seiner Familie. Er habe Herrn v. König häufiger in Rizza gesehen, man sah ihn jedoch nur selten im Spielraum. In Paris habe er öfter im Klub mit v. König gespielt, er habe geringe Beträge verloren, aber einmal selbst von ihm 35 000 Frs. gewonnen, die am nächsten Tage bar bezahlt worden seien in französischen Banknoten. Im Juli 1910 sei er zugegen gewesen, als Stallmann (v. König) einem anderen Herrn einen Wechsel von 80 000 M. diktiert und die Kassa in Scheck und Gold ausgezahlt habe. Der ihm unbekannt Herr hatte ziemlich erhebliche Verluste gehabt, Zeuge hat gesehen, daß der Herr an Stallmann einen Wechsel über 80 000 M. gab und letzterer einen hohen Betrag dafür auszahlte. Der Zeuge erinnert sich noch, daß er dem Stallmann gesagt habe: es sei doch ein bißchen unorthodox von ihm, so im Handumdrehen eine solche Wechselsumme auszugeben. Ob Stallmann bei dieser Gelegenheit auch gesagt habe, er habe ja nur 50 000 M. gezahlt und es handle sich um eine Berechnung eines Spielverlustes. — Rechtsanwalt Dr. Meuser: Kann der Zeuge vielleicht sagen, wie der Mann, der doch wohl Buies gewesen sein muß, aussah? — Der Zeuge kann sich, wie er nach längerem Besinnen bekundet, nur noch erinnern, daß er viel „mit den Händen sprach“ und recht aufgeregter war. — Staatsanwalt: Das tun doch recht viele! (Weiter.) Darauf wird Buies aus dem Gefängnis in den Saal geführt. Der Zeuge de Commerbault mußte den Zeugen Buies und erklärt, ihn nicht wieder zu erkennen. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weismann: Der ganze Habitus des Herrn Buies ist doch ein solcher, daß man ihn nicht so leicht vergißt. Und wenn der Herr Zeuge sich so genau der Kleinigkeiten über den Wechsel usw. besinnt, so fällt es doch auf, daß er sich auf eine so markante Persönlichkeit nicht besinnt. — Zeuge: Ich kann doch als Zeuge nur sagen was ich weiß, aber nicht, was ich nicht weiß. Ich habe den Betreffenden doch nur in einem großen Saal und bei anderer Beleuchtung gesehen. — Zeuge Buies: Um was handelt es sich hier überhaupt? Ich muß das wissen! Ich will das wissen! — Vorsitzender: Seien Sie still! — Stallmann: Herr Buies steht, wie ich feststelle, jetzt wesentlich anders aus, als früher. Damals war er viel corpulenter! — Buies (sehr lebhaft): Hab' ich doch 23 kilos verloren, seitdem ich schmachte im Gefängnis, ungesund! — Vorsitzender (unterbrechend): Sie warten, bis wir zu Ihrer Vernehmung kommen werden! — Buies: Bon! — Nachdem Buies die Frage des Staatsanwalts, ob er denn den Zeugen de Commerbault kenne, verneint hat, wird er wieder abgeführt.

Der vom Staatsanwalt vorgeladene Flugtechniker Franz Schneider von der Luftverkehrs-Gesellschaft Johannisthal kennt den Angeklagten Niemela von Paris her. Der Zeuge war damals bei der Rieuport-Gesellschaft tätig. Bei den Flugversuchen im Lager von Chalons erschien Niemela häufig im eigenen Automobil mit goldbetriebenem Chauffeur und es kam im Anschluß an das Mittagsessen öfter zu einem Jeu (Spiel). Die Leute waren sich nicht klar, was man aus Niemela machen solle und ob er nicht etwa ein höherer Beamter sei, der von Deutschland geschickt worden. Der Zeuge weiß, daß ein amerikanischer und ein italienischer Offizier, die die Fliegerschule besuchten, sich geweiigert hätten, mit ihm weiter zu verkehren. — Niemela: Das Automobil gehörte einem mir befreundeten griechischen Herrn. In Chalons zur Wärme wird jeden Nachmittag gespielt, weil man erst gegen 6 oder 7 Uhr zu fliegen pflegt und man sich bis dahin die Zeit vertreiben will. Ich habe damals auf meinem Flugplatz auch nur einen Pfennig gewonnen.

Es werden dann einige Zeugen zu den Behauptungen Stallmanns über seine Vermögenslage vernommen. Der Kaufmann Hertzer aus Kassebaude bei Dresden hat in Afrika Minen besessen. Bei verschiedenen finanziellen Transaktionen und bei der Schaffung einer Aktiengesellschaft habe sich auch Stallmann als Interessent und Aktionär beteiligt und dem Zeugen sind einige Tausend Pfund Stallmannsches Kapital durch die Hände gegangen. — Stallmann erklärt hierzu, er habe an den Minen 350 000 M. verdient, denn er habe seine Aktien zu guter Zeit unter den günstigsten Bedingungen verkauft. — Die Zeugin Frau Müller, deren verstorbener Mann — ein Stiefbruder Stallmanns — Hotelbesitzer in Breslau gewesen ist, bezeugt, daß Stallmann seinem Stiefbruder im Jahre 1906 zinslos 80 000 M. geliehen habe; das Geld ist nicht zurückgegeben worden, denn nach dem Tode des Ehemannes brach der Konkurs aus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr.

#### Unter der Gefährdung.

Das Untertanenverhältnis der gutsgewöhnlichen Bauern zu der Gutsherrschaft, wie es im alten preussischen Ständestaat bestand, ist wieder aufgelebt in den verschiedensten Gestaltungsformen. Nur sind heute nicht mehr die Bauern dem Gutsherrn, sondern die Diensthöfen den Bauern und Gutsherrn untertänig. Dieses Untertänigkeitsverhältnis, das die Gefährdung festlegt — auch die schleswig-holsteinische —, verleitet viele sogenannte Herrschaften zu den größten Ausschreitungen gegen ihre Diensthöfen. Ein besonders drastischer Fall dieser Art wurde dieser Tage vor dem Schöffengericht des Städtchens Burg auf der Ostseeinsel Rømø behandelt.

Vor Gericht stand die Ehefrau Raach aus dem Dorfe Riendorf auf Rømø, angeklagt des Delikts der Körperverletzung und der Beamtenbestechung. Sie hatte ihr 15-jähriges schwächliches Dienstmädchen in der brutalsten Weise mißhandelt und dann den Versuch gemacht, den Gendarm zu bestechen, damit er von einer Anzeige absehe. Die Ursache der Mißhandlung scheint die Tatsache gewesen zu sein, daß der Kollermeister darüber geklagt hatte, daß die Milch, die dem Hofe der Angeklagten gekommen sei, verdirbt war. Die Angeklagte und ihr Mann suchten die Verwässerung der Milch auf das Mädchen abzuführen, das bestritt aber entschieden die ihm vorgeworfene Tat. Es ist auch wirklich nicht einzusehen, was das Mädchen dazu bewegen haben sollte, die Milch zu verfälschen.

Die Zeugenaussagen ergaben über die Mißhandlung folgendes: Am 18. Januar wurde das Mädchen morgens 4 Uhr geweckt, weil eine Kuh krank war. Das Mädchen konnte sich dann bald wieder, aber mit dem Zeuge auf dem Weibe, niederlegen. Um 5 Uhr kam die Angeklagte dann leise in die Kammer, sagte das Mädchen von hinten, daß es aus dem Bett und schliefte es dann durch die Kammer, die Ruhe und nach zirka 30 Meter auf den Hof hinaus. Bei dieser Prozedur schleifte das Gesicht des Mädchens auf dem Erdboden. Das Mädchen hat bei dieser grausamen Behandlung die Bekleidung verloren. Der Arzt, der fünf Stunden nach dem Vorfall das mißhandelte Mädchen untersuchte, hat festgestellt, daß das rechte Auge blutunterlaufen war, die Bindehaut war entzündet, an der Nase war eine zirka 1 1/2 Zentimeter breite Wunde, die Oberlippe war blutig, auch das Zahnfleisch; am Halse befanden sich zwei 2 Zentimeter voneinander entfernte Ringe. Der Vormund des Mädchens sagte aus, es habe früher gut hören können, aber nach der Mißhandlung könne es fast gar nicht mehr hören. Ein früherer Lehrer des Mädchens, bei dem es vier Jahre in die Schule gegangen ist, bekundete, daß er nie gemerkt habe, daß das Mädchen schwer höre. Der medizinische Sachverständige erklärte, das Mädchen leide an beiden Ohren an Mittelohrentzündung. Das Ohrenleid rühre nicht von der Mißhandlung her, es sei aber wahrscheinlich, daß es dadurch schlimmer geworden sei. Der Gendarmverwalter bezeugte, daß der Vormund des Mädchens ihm den Vorfall gemeldet habe mit dem Bemerkten, er möge keine Anzeige erstatten. Er habe sich aber verpflichtet gefühlt, die Sache anzuzeigen. Als er Frau Raach

von der Abficht, Anzeige zu erstatten, Mitteilung gemacht, habe sie gesagt, er möge das nicht tun, es käme auf einen Blauen nicht an. Die Angeklagte mühte die Verhütung der Mißhandlungen zugeben, wollte ihre Handlungsweise aber damit entschuldigen, daß das Mädchen so schwer aussähen könne. Sie habe das Mädchen deshalb schon mehrmals mit kaltem Wasser begossen. Die 100 M., die sie dem Gendarmen angeboten habe, seien nicht für diesen, sondern für das Mädchen bestimmt gewesen. Dr. Reinecke — das ist der Arzt, der das Mädchen untersucht hat — habe zu ihr gesagt, sie solle sehen, daß sie die Sache aus der Welt schafft.

Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen Mißhandlung zu 12 Monaten und wegen Beamtenbestechung zu 2 Monaten, insgesamt zu 13 Monaten Gefängnis und erkannte auf sofortige Verhaftung.

#### Schadenstyan eines in einer Fabrik arbeitenden Maurers.

Nach § 2 des Reichshaftpflichtgesetzes haftet der Unternehmer eines Fabrikbetriebes, wenn ein Bevollmächtigter oder eine zur Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder der Arbeiter angenommene Person durch ein Verschulden in Ausführung der Dienstverrichtungen den Tod oder die Körperverletzung eines Menschen herbeigeführt hat, für den dadurch entstandenen Schaden. Ist der Verletzte eine nach dem Gewerbeunfallversicherungsgesetz versicherungspflichtige Person, so kann er den Betriebsunternehmer nach § 135 dieses Gesetzes nur dann auf Schadenstyan in Anspruch nehmen, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, daß der in Anspruch Genommene den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Wenn in einer Fabrik ein nicht zum Fabrikpersonal gehöriger, in Ausübung seines Gewerbes aber dort tätiger Arbeiter verletzt worden ist, so fragt es sich, ob der Fabrikbesitzer als Betriebsunternehmer im Sinne des § 135 anzusehen ist. In dem nachstehend mitgeteilten Rechtsfalle ist das vom Reichsgericht verneint worden:

Der Arbeiter B. hatte am 14. Juni 1911 im Auftrage seiner Arbeitgeberin, der Firma S. u. Sohn, Baugelände in Bantow, eine Maurerarbeit in den Fabrikräumen der Firma S. u. R. in Spandau auszuführen. Er stand in einem Räume auf einer Leiter, um ein Loch in die Wand zu stemmen. In einer Entfernung von fünf Metern befand sich ein Autoklav, ein Kessel, in dem Seifenleime in heißem Wasser aufgelöst waren. Aus dem Mannloch des Autoklavs strömten plötzlich explosionsartig heiße Dämpfe, durch die B. Verbrühungen im Gesicht erlitt; er sprang, um weiteren Verbrennungen zu entgehen, von der Leiter herab, verstauchte sich aber dabei beide Beine so unglücklich, daß er noch seiner Behauptung dauernd erwerbsunfähig ist. Für den ihm entstandenen Schaden nimmt B. die Firma S. u. R. in Anspruch; er verlangt auch ein Schmerzensgeld von 3000 M.

Vom Landgericht III in Berlin ist die Klage abgewiesen worden. Dagegen hat das Kammergericht den Klagenanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. In seinen Entscheidungsgründen führt das Kammergericht aus: Der Kläger hat den Unfall bei Ausübung seines Gewerbes erlitten, als Maurer der Firma S. u. Sohn, also bei Ausübung einer Tätigkeit, die zu dem versicherungspflichtigen Betrieb dieser Firma gehört. Die Beklagte ist deshalb nicht als Betriebsunternehmerin im Sinne des § 135 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes, sondern als Dritte anzusehen. Daß sich der Unfall im Fabrikgebäude der Beklagten ereignete, vermag daran nichts zu ändern. — Nach dem Gutachten des Sachverständigen und den Zeugenaussagen ist erwiesen, daß der Unfall auf einem Verschulden des Betriebsleiters und seines Angestellten, sowie des zur Beaufsichtigung der Arbeiter bestellten Vorarbeiters beruht. Bei einem ordnungsmäßigen Betriebe des Autoklavs muß das Mannloch geschlossen sein, wenn Dampf zur Erhitzung der Flüssigkeit eingelassen wird. Die Beklagte macht ja auch selbst geltend, daß nach ihrer Betriebsanweisung nur bei geschlossenem Mannloch die Flüssigkeit erhitzt werden darf. Diese Anweisung ist aber häufig nicht befolgt worden. Seitens der Betriebsleitung wurde offenbar auf Befolgung der Anweisung wenig Wert gelegt. Der Schadenanspruch des Klägers ist deshalb nach § 2 des Haftpflichtgesetzes begründet. Aus der Anspruch auf Schmerzensgeld ist nach den §§ 823, 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches gerechtfertigt. Die Beklagte trifft ein Verschulden, weil sie ihre allgemeine Aufsichtspflicht verletzt und es unterlassen hat, sich von der Tüchtigkeit ihrer Angestellten auch noch deren Anstellung zu überzeugen.

Das Reichsgericht hat am 29. v. M. die Revision der Beklagten zurückgewiesen. Zur Begründung wurde kurz bemerkt: Die Beklagte ist mit Recht nicht als Betriebsunternehmerin angesehen worden. Der Kläger stand zur Beklagten in keinem Abhängigkeitsverhältnis; seine Tätigkeit galt nicht dem Fabrikbetrieb der Beklagten, sondern er hat den Unfall in Ausübung seines Gewerbes als Maurer erlitten. Auch die Verantwortlichkeit der Beklagten sowohl nach dem Reichshaftpflichtgesetz, als nach den §§ 823, 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist ohne Rechtsirrtum bejaht worden. Es hat hier offensichtlich an der nötigen Kontrolle und Instruktion gefehlt.

### Aus aller Welt.

#### Militaristische Ausschreitungen in Rußland.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Die Vorgänge der letzten Tage haben mit einem Schlage das allgemeine Interesse auf die Beziehungen zwischen dem Offizierskorps und der Gesellschaft gerichtet. Infolge ständiger Konflikte zwischen den Offizieren und den Studierenden der Militärmedizinischen Akademie, denen ein Allerhöchster Befehl das Salutieren vor allen Offizierschargen anbefahl, ist es in der letzten Zeit zu blutigen Mißhandlungen der Studenten durch die Offiziere gekommen, die schließlich zu einem Protest der Studenten, zur Schließung der Militärmedizinischen Akademie und zu eintägigen Sympathiestreiks auf zahlreichen Hochschulen geführt haben.

Es wäre verfehlt, die Vorgänge isoliert zu betrachten. Hier handelt es sich weniger um den Protest dieser oder jener Schicht der Studierenden, als um das spontane Aufbegehren der öffentlichen Meinung gegen die unerträglichen Ausschreitungen der Offizierschargen, die in den letzten Jahren immer argere Formen angenommen haben. Im Bewußtsein ihrer völligen Straflosigkeit begehen die uniformierten Kaufbolde aus dem russischen Offizierskorps täglich die förmlichsten Willkürakte gegen die Zivilbevölkerung, und die Regierung fördert bewußt diese Ausschreitungen, um die Kluft zwischen der Bevölkerung und dem Offizierskorps immer mehr zu vertiefen. Mit welcher ungläublichen Acrologia die Offiziere auf das Bürgerpud herabsehen, zeigt beispielsweise ein Buch von Kulitschikoff „Katschläge an den jungen Offizier“, das den Absolventen der Offizierschulen als Leitfaden empfohlen wird, für den Fall von Zusammenstößen mit der Zivilbevölkerung: „Stred den Kerl auf der Stelle zu Boden, und unbedingt mit einem Schläge. Zuerst den Lebenden, denn der Tote ist auch vor Gericht unschädlich. Ein Verwundener oder ein Krüppel ist eine Last, den man insolge Beschusses der Experten und des Gerichts als arbeitsunfähig sein belausen unterhalten muß.“ Bei einem Mord jedoch, den der Offizier zum Schutz seiner beleidigten Ehre begangen habe, komme er leichter davon. In der Praxis wurden bisher alle ähnlichen Angelegenheiten vom Kriegsgericht oder noch früher von der vorgesetzten Behörde der Gnade des Monarchen überwiesen, und die Strafe wurde entweder völlig aufgehoben oder bedeutend gemildert.“ Diese kurzen Auszüge aus den offiziellen Katschlägen an die jungen Offiziere genügen zur Kennzeichnung des Geistes, den die Regierung vollkommen bewußt in die Reihen des Offizierskorps hineinträgt.

Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Maßnahmen der Regierung in einem gewissen Sinne Erfolg gehabt haben. Die militärischen

Kräfte des Landes selbständigen sich immer mehr, d. h. die höheren und niederen Befehlshaber in der Armee treten immer selbstbewußter auf und vertiefen nicht nur die Kluft zwischen dem Offizierskorps und der Bevölkerung, sondern schären auch durch ihre Gewaltthätigkeit, durch ihren Absolutismus in der Armee den schwellenden Haß des gemeinen Mannes zum Offizier immer höher an. Aber trotzdem scheint die Zahl der Offiziere in der Armee zuzunehmen, die in den heutigen militärischen Ausschreitungen Anzeichen einer gefährlichen Entwicklung sehen. In dieser Beziehung haben die letzten Vorgänge in der Militärmedizinischen Akademie recht wertvolle Beiträge geliefert. Sah sich doch selbst die offiziöse „Kossija“ zu dem Geständnis gezwungen, daß auch die Offiziere mit der Brutalisierung der Studenten unzufrieden seien. Und die Abfindung einer von sieben Offizieren unterschriebenen Sympathieerklärung für den Studenten Marlowin an die Redaktion des sozialdemokratischen Arbeiterblattes „Lutsch“ (den die Redaktion aus begrifflichen Gründen nicht veröffentlichte) stellte die Oeffentlichkeit vor die verblüffende Tatsache, daß der sozialdemokratische Basillus selbst in die Reihen des gehässigten russischen Offizierskorps Eingang gefunden hat.

### Volksnahrung.

Unserem herrlichen Wirtschaftssystem sind im Solinger Bezirk zahlreiche Arbeiterfamilien zum Opfer gefallen. Nach dem Genuß von Fleisch, das von einem notgeschlachteten Pferde stammt, erkrankten in Solingen und mehreren umliegenden Ortschaften über hundert Personen unter schweren Vergiftungsercheinungen. Ein Fabrikarbeiter aus Gräfrath ist sofort nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus gestorben, mehrere Erkrankte befinden sich noch in Lebensgefahr. In Solingen selbst liegen etwa 50 Erkrankte daneben, die übrigen Vergiftungsfälle verteilen sich auf die Ortschaften Nörscheid, Gräfrath, Wald und Dhlitz.

Der Landwirtschaft muß geholfen werden! Das ist die stereotypische Phrase der ministeriellen Sachwalter des Agrarismus. Um der „Landwirtschaft“, das heißt einigen tausend Großagrariern, zu helfen, werden die Grenzen gegen die Vieheinfuhr abgesperrt, so daß der einheimische Arbeiter in immer höherem Maße Pferdefleisch — zumeist alte abgeraderte Gänse — genießt. Die hundert Opfer im Solinger Bezirk illustrieren mit ihrem vergifteten Körper, wie glänzend sich das agrarische Regime demährt. Ist eine aufreizendere Tatsache denkbar, als die, daß arme Arbeiter, um nur den notwendigen Fleischgenuß zu haben, zum Genuß von Pferdefleisch greifen müssen? Doch noch brutaler wirkt die Vergiftungsaffäre, wenn man daran denkt, wie die agrarischen Redner in den Parlamenten sich besorgt zeigen, die deutschen Arbeiter vor dem Genuß ausländischen Rind- und Schweinefleisches zu bewahren mit der Begründung, daß das Vieh vielfach krank und gesundheits-schädlich sei. Lieber mag der Arbeiter am franken inländischen Pferdefleisch verrotten, ehe er in den Genuß ausländischen Fleisches kommt!

### Wetten Sie? — Yes!

Im Fremdenalon eines fashionablen New Yorker Hauses der Foulenger — irrtümlich Palasthotel genannt — sitzen auf weichen Fauteuils zwei smarte Gentleman — ein älterer und ein jüngerer — und gähnen. . . . Das Leben wird einem bißchen langweilig, wenn die einzige Beschäftigung in ständigem Schwermüdigkeit besteht. Da fragt der ältere Mister den jüngeren: „Wissen Sie nicht, lieber Gentleman, wieviel die Uhr ist?“ „Yes! — antwortet der Befragte — wollen wir aber wetten!“ In der Welt der oberen paar Tausend wird bei jeder Gelegenheit gewettet. Mütter wetten mit Kindern, alles wetten, nur nicht Sänglinge mit ihren Ammen. Ein smarter Gentleman wettet zweimal stündlich und macht hierin im Laufe des Tages horrende Umsätze. Es wird nun auf 10 Dollar gewettet, ob die Uhr nach oder vor soviel und soviel ist, und der Jüngere gewinnt. Da betritt den Saal eine überaus elegante und hübsche junge Dame. Mit leichtem Blick streift sie die Gentleman und vertieft sich in ein illustriertes Sportblatt. Die beiden Herren zwinkern einander zu: die ist aber vertieft schon! Da sagt der jüngere: „Wetten?“ „Yes! — sagt der andere — auf 100 Dollar! Aber was soll es denn sein?“ — „No! — sagt der jüngere — auf 200 Dollar! Nach 30 Minuten ist diese Dame in mich verliebt und nach 60 Minuten ist sie meine offizielle Braut!“ — „Good by! 200 Dollar!“ Und entläßt von diesen originellen Unternehmungen verläßt der ältere Mister schleunigst den Saal. — Nach 20<sup>10</sup> Minuten kehrt er zurück. . . . und greift in die Tasche, um die Wette zu bezahlen: der junge smarte Gentleman kommt ihm mit der jungen Miß entgegen und stellt sie ihm als seine Braut vor. In den nächsten 30 Minuten fallen Braut und Bräutigam verschiedene Telegramme an Eltern, Großeltern und Tanten über das glückliche Ereignis ab, besteigen dann ein Auto, in das ihnen die Hotelbedienten in aller Eile ihre Koffer gebracht, und dampfen ab — in ein anderes Palasthotel, wo sie zum zten Male denselben Trick wieder durchzuführen. . .

### Kleine Notizen.

**Raubmord an einem Landwirt.** In dem braunschweigischen Dorfe Regenborn ist in der Nacht zum Dienstag der Landwirt Heinrich Eilers ermordet und beraubt worden. Die Täter — scheinbar zwei Personen — haben ihr Opfer erdürgt und sind unerkannt entkommen.

**Der Schutzmannsrevolver.** In dem Kölner Vorort Braunsfeld erschien in der Nacht zum Dienstag ein Schutzmann in der Rothweide den vielfach verbestrauten und als gewalttätigen Pflanzens bekannnten Tagelöhner Peter Schmitz. Schmitz hatte mit einem Gewehr einen Arbeiter aufgelauret, um ihn zu erschlagen. Der Schutzmann hatte ihm das Gewehr abgenommen, worauf Schmitz den Schutzmann zu Boden warf und mißhandelte.

**Wieder verschwunden.** Der Bürgermeister der Stadt Ujedom namens Troemel, der, wie erinnerlich, bereits vor längerer Zeit spurlos verschwunden war, dann aber von Paris nach Weidom zurückkehrte, wo er nach Einleitung eines Verfahrens wieder ins Amt eingesetzt wurde, wird seit Freitag vergangener Woche wieder vermißt. Am genannten Tage nahm er noch in Swinemünde an der Sitzung des Kreisrates teil und fuhr von dort nach Berlin. Seitdem ist er nicht wieder zurückgekehrt und hat auch keine Nachricht gegeben. Der Magistrat von Ujedom hat nunmehr der Kreisbehörde in Swinemünde von dem unaußgeklärten Fernbleiben des Bürgermeisters Mitteilung gemacht.

**Arbeit für den Radfahrer.** Am Dienstag früh wurde im Hofe des neuen Justizgebäudes in Hanau der Fabrikarbeiter Koch aus Bergen hingerichtet, der am Pfingstdienstag des vergangenen Jahres im Frankfurter Stadtwald seine Tochter ermordet hatte.

**Ein englischer Postdampfer in Genoa.** Wie aus Langer gemeldet wird, ist der englische Postdampfer „Agadir“, der den Dienst zwischen England, den marokkanischen Küsten und den kanarischen Inseln versieht, mit 150 Reisenden bei Magasan gestrandet und befindet sich in einer schwierigen Lage. Der französische Kreuzer „Arctant“ ist zur Hilfeleistung abgegangen.

**Automobilunglück.** Ein mit Ausflüglern besetzter Kraftwagen rannte bei Luensdorf (Rheinland) gegen ein Baum und wurde zertrümmert. Die vier Insassen wurden schwer verletzt.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714

Donnerstag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Boche, Baumshulenweg, Baumshulenstr. 67:

## Mitglieder-Versammlung für Baumshulenweg.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5:

## Gemeinsame Versammlung der in den Brauereien Berlins und Umgegend beschäftigten Metallarbeiter aller Branchen

(Schlosser, Schmiede, Dreher, Rohrleger, Klempner, Elektromonteur und deren Hilfsarbeiter).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Sieving über: „Koalitionsrecht und Arbeitswilligenschutz“.
  2. Bericht der Agitationskommission.
- Das vollständige und pünktliche Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich. Die Ortsverwaltung.

## Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Grenadierstraße 37, Hof geradezu, 1 Treppe.

Lehrplan für das 2. Quartal 1913.

Donnerstag: **Geschichte.** (Die deutsche Politik im Zeitalter Wilhelms II.)

Kurzer Rückblick auf die deutsche Geschichte von 1871 bis 1888. — Alter Kurs und neuer Kurs. Der Fall des Sozialistengesetzes. — Die Aera Caprivi. Zollkämpfe. — Umsturzvorläufe, Septemberkurs und Zuchtbaugesetz. — Die Aera Hohenlohe. — Bülow und das Einlenken in die „Weltpolitik“. — Die Zolltarifkämpfe von 1902. — Die Wandlungen im Zentrum und im Liberalismus. — Die Blockpolitik und das Ende der Aera Bülow. — Die Kämpfe um das preußische Wahlrecht. — Der Imperialismus.

Vortragender: Konrad Hänisch.

Freitag: **Gewerkschaftswesen.** (Wichtige Probleme und neuere Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung.)

Geschichtliche Einführung. — Arbeitsvertrag und Arbeitsrecht. — Entwicklung, Wesen und Wirkung der Kartelle und Unternehmerverbände. — Konzentrationsbestrebungen der freien Gewerkschaften. — Neuere Taktik bei unseren Lohnkämpfen. — Die gegnerischen Gewerkschaften. — Der Syndikalismus. — Entwicklungstendenzen der Gewerkschaftsbewegung.

Vortragender: Emil Dittmer.

Sonntag: **Die politischen Parteien Deutschlands.**

Begriff der Partei. — Parteien und Klassen. — Die ökonomischen Grundlagen der Parteibildung und Parteienentwicklung. — Die Geschichte der konservativen Parteien. — Das Wesen des Liberalismus. — Die Geschichte des deutschen Liberalismus bis zur Gründung der nationalliberalen Partei. — Die Nationalliberalen. — Die linksliberalen Gruppen. — Der konfessionelle Charakter des Zentrums. — Innere Entwicklung des Zentrums. — Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien.

Vortragender: Emil Eichhorn.

Sonntag: **Nationalökonomie.** (Einführung in Marx' „Kapital“.)

Die Nationalökonomie als selbständige Wissenschaft. — Marx' Stellung in der Geschichte der Nationalökonomie. — Die Geschichte des Werkes „Das Kapital“. — Die Methode und das System des „Kapital“ und seine Grundbegriffe. — Der ökonomische Marxismus und die bürgerliche Nationalökonomie. — Der ökonomische Marxismus und seine Fortbildung.

Vortragender: Max Grünwald.

Sonntag: **Rednerschule** (mit mündlichen und schriftlichen Übungen).

Der Ausdruck in Wort und Schrift. — Die Technik und Disposition der Rede und des schriftlichen Berichts. — Hilfsmittel der öffentlichen Tätigkeit: die Registratur, die Handbibliothek, das Vereins- und Versammlungswesen, die Geschäftsordnung und anderes. — Praktische Übungen.

Vortragender: Max Grünwald.

Montag: **Preussische Zustände** (5 Vorträge).

Die Einnahmequellen des preussischen Staates. — Die Steuern, direkte und indirekte. — Die Staatseisenbahnen; Lage der Beamten und Arbeiter. — Forsten, Domänen und staatliche Bergwerke. — Fiskus und Kohlsyndikat.

Aus der Verwaltung des preussischen Staates. — Polizei und Landräte. — Landwirtschaft. — Öffentliche Arbeiten. — Rechtspflege.

Kulturaufgaben des preussischen Staates. — Die Schule in Preußen. — Handel und Gewerbe; Mittelstandsfragen. — Die preussische Polenpolitik.

Vortragender: Julian Borchardt.

Für diesen Kursus wird ein Schulgeld von nur 50 Pf. erhoben.

### Beginn des Unterrichts

Donnerstag, den 3. April: **Geschichte.**

Freitag, den 4. April: **Gewerkschaftswesen.**

Sonntag, den 5. April: **Die politischen Parteien Deutschlands.**

Sonntag, den 6. April: **Nationalökonomie (9 Uhr) und Rednerschule (11 1/2 Uhr).**

Montag, den 7. April: **Preussische Zustände.**

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende resp. Sonntagsvormittage. Abends Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr. Sonntagsvormittags Beginn 9 Uhr resp. 11 1/2 Uhr; Schluss 10 1/2 resp. 1 Uhr.

Die reichhaltige **Bibliothek** ist an den Unterrichtsabenden von 7 1/2-8 1/2 Uhr, Sonntags von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf., das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark. Es ist spätestens in der zweiten Unterrichtsstunde zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstr. 40a; **Reul**, Barnimstraße 42; **Vogel**, Lortzingstr. 37; **W. Kaczorowski**, Ravenstraße 6; **Horsch**, Engelauer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lamme**, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 25 I., Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Hasenheide 56, zu richten. **Der Vorstand.**

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Räderstraße 9. Fernsprecher: Amt Npl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 6708

## Mittwoch, den 2. April, abends 8 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide: Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Unsere Lohnbewegung.
2. Weitere Maßnahmen.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch oder Streikkarte legitimiert.

Kollegen! Erscheint Mann für Mann, da sehr wichtige Beschlüsse zu fassen sind.

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Kutscher und verwandten Berufsgenossen (E. G. N. 82) zu Berlin. Allen Kassennmitgliedern zur Nachricht, daß eine außerordentliche

### General-Versammlung

am Mittwoch, den 7. Mai 1913, abends 8 1/2 Uhr,

im Restaurant August Urban, bier, Stralauer Brücke 2a (Kaltküche, wozu sämtliche Mitglieder hiermit eingeladen werden).

Tagesordnung:

1. Auflösung der Kasse.
2. Diskussion.

Der Kassen-Vorstand.

J. N. 2225 Paul Bormann, Rentant, Köpenicker Weg 3.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

### Kamm-, Haarschmuck-, Kragenstäbchen-Arbeiter und -Arbeiterinnen.

Donnerstag, den 3. April 1913, abends pünktlich 8 Uhr, bei Werfowski Nachf., Andreasstraße 26.

Tagesordnung:

1. Vortrag.
2. Diskussion.
3. Verbands- u. Branchenangelegenheiten.

### Möbelpolierer!

Donnerstag, den 3. April 1913, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Weiskülen, Andreasstraße 21.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tarifverhandlung und welche Lehre ziehen wir daraus.
  2. Diskussion.
  3. Verbands- u. Branchenangelegenheiten.
- In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

### Sargtischler

abends 8 Uhr bei Werfmann, Große Franzfurter Straße 16. Die Ortsverwaltung.

## Tod u. Teufel

Reichel's Fluid „Radikal“ tötet die Wanzen auf der Stelle und ist absolut nicht bedenklich. 31. 50 Pf., 1., 2., 3., Liter 5 M., Sprühapparate 50 u. 1.50.	Reichel's Spezialpulver „Poudre Martial“, unschlagbar sicher zur Schwaben-Ausrottung. 31. 50 Pf., 1., 2., 3., 4., 5., 10., 20., 50 u. 75 Pf.
---	--

Totale restlose Vernichtung der Brut.

Reichel's Motten-Spezialpulver, unvergänglich. Stein Seife 50 Pf., 1., 2., 3., 4., 5., 10., 20., 50 u. 75 Pf.

Reichel's Vertilgungssenz, wahrlichend. Stein Seife, Glasje 75 Pf., 1.50, und 2.50

Reichel's Spezialmittel sind von ungeheurer Stärke u. übermächtiger Wirkungskraft.

Zur Garantie: Mankaufe in den Drogerien nur Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4. Fernspr. Mpl. 4751-53.

Original-Packungen, die einzig echt mit Marke Tod und Teufel sind.

Alleiniger Fabrikant Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4. Fernspr. Mpl. 4751-53.

Anerkennungen aus aller Welt.

Für Erwachsene ist Kufeke in Milch, Kakao, Suppen oder Gemüsen die bestgeeignete, leicht verdauliche u. nahrhafte Krankenkost.

**Juno**  
28 Cigarette

Josef

## Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Melchiorstr. 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachw.: Räderstr. 9. Fernspr.: Amt Nordpl. 4787. Fernspr.: Amt Norden 6708

### Donnerstag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr: Sektions-Versammlung der Lackierer

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Tagesordnung:

1. Die Aussperrung im Malerberuf.
  2. Die Erhebung eines Extrabeitrages.
  3. Verbandsangelegenheiten.
- Wir erwarten, daß die Vertrauensleute sowie die Mitglieder vollständig erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Sektionsleitung.

### Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. M. Gahisch, Uckerstr. 174.  
 W. G. Schmidt, Kirchbuckstr. 14.  
 O. R. Gabelbusch, Weierburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenicker Str. 82. H. Wenzel, Gr. Franzfurter Str. 120.  
 NO. E. Juch, Sannhellerstr. 12. J. Reul, Barnimstr. 42.  
 N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. G. Fischer, Sanktstr. 6.  
 S. Vogel, Griebenberger Str. 22. J. Gähisch, Müllerstr. 34a.  
 G. Vogel, Lortzingstr. 37. M. Tieg, Invalidenstr. 124.  
 E. Dehamb, Kuebelpflichter 24.  
 NW. Salomon Joseph, Salzweberstr. 8.  
 SW. G. Werner, Gensienauer 72. Tschu, Hagenberger Str. 27.  
 S. E. Fritz, Pringstr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.  
 SO. Paul Böhm, Langhager Platz 14/15. V. Horich, Engelauer 15.  
 Adlershof, Karl Schwarzsche, Bismarckstr. 50.  
 Baumschulenweg, G. Hornig, Kottbuser Damm 8.  
 Borsigwalde, Paul Kienast, Kottbuser Str. 10.  
 Charlottenburg, Gustav Schwarzb., Eisenheimer Str. 1.  
 Friedrichshagen, Ernst Werfmann, Köpenicker Str. 18.  
 Grünau, Franz Klein, Reichstr. 10.  
 Johannisthal, Max Gensler, Genslerstr. 6.  
 Karlshorst, Richard Ritter, Köpenicker Str. 9. II.  
 Köpenick, Emil Wichter, Köpenicker Str. 6, Laden.  
 Lichtenberg, Otto Seiffel, Bartenberger Str. 1.  
 Nieder-Schöneweide, Wilh. Hurup, Weidenstr. 10.  
 Nowawes, Wilhelm Jappe, Lutherstr. 2.  
 Ober-Schöneweide, Alfred Sader, Wilhelmminenhofstr. 17, Laden.  
 Pankow, Otto Rihmann, Mühlentstr. 30.  
 Reinickendorf, V. Gursch, Brodowitzer Str. 56, Laden.  
 Neukölln, W. Gensch, Reddenstr. 2. Conrad, Hermannstr. 56.  
 G. Rohr, Steglitzer Str. 26/29.  
 Rummelsburg, H. Rosenkrantz, Alt-Fogelstr. 56.  
 Schöneberg, Wilhelm Däumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.  
 Spandau, Köppen, Breitenstr. 64.  
 Steglitz, G. Bernice, Wittenstr. 5.  
 Tempelhof, Joh. Krohn, Dorffstr. 62.  
 Treptow, Robert Gramenz, Kiebolzstr. 412, Laden.  
 Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 103. Schiller, Berliner Allee 253.  
 Wilmersdorf, Paul Schuber, Wilhelmstraße 27.

## Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots Mtr. 4.—, 6.—, 8.— M. etc. Damen-Kostümsstoffe, Damenuche „Neuheiten“ Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M. etc. Loden f. Pelermine Mtr. 1.50, 2.50 M. etc. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadellos u. schick verarbeiten, weisen wir nach, Arbeitslohn nebst Zutaten zirka 25.—, 30.— M. etc.  
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

## Möbel

gibt alte, gutrenommierete Möbelfabrik auf

### Teilzahlung

unter strengster Diskretion mit Kassapreisen u. Zinsvergütung

Postlagerkarte „115“ Berlin N. 37

### Beste Bettenfüllung

sind die demütigsten, besten, sehr elastischen, sehr hygienischen

## Monopol-Daunen

besonders geschäftig Pfund 2.65 M. 2-4 Pfund gemühen zu großen Oberbetten, Bestand geg. Nachn. Versand frei.

Prinzenstrasse 46  
**Gustav Lustig**  
 Berlin 200  
 Größtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Zum Kampfe um die Jugend!

An die Arbeitereltern!

Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen fällt es dem Arbeiter außerordentlich schwer, sich und seiner Familie eine auskömmliche Existenz zu verschaffen. Da kommt es denn häufig, leider allzu häufig, vor, daß die Arbeiterkinder schon in ihrem frühesten Lebensalter herangezogen werden zur harten Arbeit, zum Mitverdienen, daß ihnen die beste und schönste Zeit ihres Lebens, die Kinderzeit, vergällt wird.

Die Kinder der besser situierten Schichten haben es besser, unbekümmert können sie ihrem kindlichen Spiel, ihren unschuldigen Vergnügungen nachgehen; zärtlich gehegt und gepflegt dürfen sie sich entfalten und entwickeln. Und nun, nachdem die Zeit der Schulentlassung herangekommen ist, da erlauben es die Mittel wohlhabender Eltern, ihre Kinder auf Hochschulen und später Universitäten zu schicken, um etwas „Besseres“ daraus werden zu lassen. Als wenn es auf das Geld anlämte, um den Menschen zu etwas „Besserem“ zu gestalten.

Und die Proletarierkinder? Verrauscht ist der kurze und meist bittere Kindertraum; die ernste, harte Wirklichkeit des Lebens tritt an sie heran. Wie gern hätten doch auch unsere Arbeitereltern etwas getan für ihre Kinder, hätten ihnen das Lichtarme Kindesdasein verschönt, hätten ihnen für das Leben etwas mehr mitgegeben als die dürftigen Früchte des Schulunterrichts, hätten ihnen den Weg zur Bildung, zur geistigen Entfaltung erschlossen — wenn eben nicht Not und Sorge ständige Gäste im Familienleben des Proletariats wären. Jürwohr, eine herrliche Ordnung, unter der wir leben! Wie viel hoffnungsvolle Intelligenzen müssen zugrunde gehen, wie viel glänzende Fähigkeiten verkümmern, weil die Mittel fehlen, um sie zur Entfaltung, zur Anerkennung zu bringen! Es wäre die erste und vornehmste Aufgabe eines Staates, der doch ein Gemeinwesen sein soll, dafür zu sorgen, daß seine Bildungsmittel allen Schichten der Bevölkerung zugänglich sind, daß nicht Geld und Besitz, sondern einzig und allein die Befähigung des Schülers für den Besuch dieser Bildungstätten maßgebend ist. Unsere herrschenden Klassen freilich wollen hiervon nichts wissen; ihnen erscheint der mit religiösem Formalismus und patriotischen Lobhudeleien überreichlich durchstränkte Unterrichtsplan der Volksschule in Verbindung mit dem Wahrsagen ehrpreudlicher Staatsweisheit, dem Stolz, als das einzig richtige und ausreichende Erziehungsmittel für die Kinder des arbeitenden Volkes. Auch hierin noch zeigt sich der Klassenstaat in seiner wahren Gestalt: auf den Kopf des Volksschülers entfällt ein Schulkosten ein bedeutend geringerer Betrag als auf den Kopf des „höheren“ Schülers. Für Stützungszwecke werden Millionen und Abermillionen ausgeworfen, aber für die Bildung der Kinder des Volkes ist — abgesehen von dem Allernotwendigsten — nichts übrig. Als Refugium, als willensloses Werkzeug in den Händen der herrschenden Klassen, ist der junge Arbeiter willkommen, dazu braucht man ihn und richtet seine Erziehung danach ein — als selbständiger, denkender, charakterfester Mensch erscheint er ihnen gefährlich.

Darum muß es allen Arbeitereltern eine ernste Pflicht sein, dafür zu sorgen, daß unsere Jugend zu aufgeklärten, willenskräftigen Menschen erzogen wird. Die herrschenden Klassen bieten die gesamten Machtmittel des Staates an, um uns unsere Jugend zu entreißen. Heute bemühen sich nicht nur bürgerliche Jugendvereine, um die arbeitende Jugend zu fördern, auch der Staat begünstigt sich nicht mehr damit, Gelder für den Jugendfang zu bewilligen, er stellt sich und seine Organe selbst in den Dienst dieser verwerflichen Sache. Vor allem wird in den Volks- und Fortbildungsschulen in der raffiniertesten Weise gearbeitet, um die Arbeiterjugend zu fangen; es wird darin die wildeste Agitation für die Jungendenschaftvereine entfaltet. Der Staat, dessen Behörden die proletarische Jugendbewegung so oft als politisch hinzustellen suchen und drangsalieren, scheut sich selbst nicht, den Jugendfang in der reaktionärsten Weise zu propagieren und zu betreiben.

Die bürgerliche und staatliche Jugendpflege verfolgt im Grunde genommen keinen anderen Zweck, als die Jugend für das Soldatenleben vorzubereiten und zu konigstreuem, blindgehörigen Rekruten zu erziehen. Darum erschöpft sich die „bildende“ Tätigkeit all der gegnerischen Vereine fast vollständig im Veranlassen von Kriegsspielen und Geländespielen, darum bemühen sich die höchsten Offiziere um die „Erziehung“ der Jugend, darum wird in der Vorbereitung des Krieges das Erdenschicksale geleistet. Von einer Erziehung zu sittlich und moralisch hochstehenden Menschen, von einer wirklichen Bildung des Verstandes und Gemüts kann unter diesen Umständen keine Rede sein.

Darum, Arbeitereltern, gebt acht! Es gilt, den gegnerischen Bemühungen einen festen Damm entgegenzusetzen! Die proletarische Jugendbewegung allein, so stark und gefestigt sie auch ist, so sehr sie auch getragen wird von den Idealen einer aufstrebenden und ringenden Klasse, reicht nicht aus, um diesen festen Damm zu bilden. Die Arbeiterklasse selbst muß das Ihre tun im Kampfe um die Jugend; alle Arbeitereltern sollten so viel Verantwortungsbewußtsein in sich tragen, um sich selbst über das Tun ihrer Jugend zu unterrichten. Jetzt zur Osterzeit, zu der wieder viele Tausend Arbeiterkinder in das Erwerbsleben eintreten, bietet sich die beste Gelegenheit, eure Pflichten gegenüber Euren Kindern zu erfüllen. Ihr selbst müßt für eure Söhne und Töchter die „Arbeiterjugend“, die stärkste Waffe im Kampfe gegen die bürgerliche und staatliche Jugendpflege, abonnieren! An Euch liegt es, eure Kinder den Veranlassungen der freien Jugendbewegung zuzuführen, denn nur hier finden sie, was sie brauchen: gute und gleichgesinnte Freunde, edle Geselligkeit und Unterhaltung, ernste und hilfsbereite Berater.

Die freie Jugendbewegung ist unablässig bemüht, die Jugend für den Kampf ums Dasein mit dem notwendigsten geistigen Rüstzeug zu versehen; in der freien Jugendbewegung wird der gesunde Sport in einwandfreier und vernünftiger Weise gepflegt; die freie Jugendbewegung bekämpft die Schundliteratur und den Alkoholismus in der wirksamsten Weise.

Darum, Arbeitereltern! Unterstützt jederzeit tatkräftig die Bestrebungen der freien Jugendbewegung und tragt dazu bei, daß die eifrigen Bemühungen der herrschenden Klassen, Euch eure Jugend abspensig zu machen, zu schanden werden, daß die arbeitende Jugend sich vollständig dort zusammenfindet, wo sie hingehört: in der freien Jugendbewegung.

R. W.

Abgeordnetenhaus.

154. Sitzung, Dienstag, den 1. April 1913, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: Hr. v. Schorlemer.

Präsident Graf v. Schwerin-Lowitz begrüßt die Abgeordneten nach der Osterpause. Er gedenkt der Ermordung des Königs Georg

von Griechenland (die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen) und teilt mit, daß er im Namen des Hauses an den neuen König Konstantin ein Beileidetelegramm gerichtet habe.

Darauf ehrt das Haus das Andenken des verstorbenen Abg. Klotze (3.) in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht das Gesetz betr. die Vereinstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation.

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer: Das Gesetz ist bei der Interpellation über die Fleischsteuerung durch den Herrn Ministerpräsidenten angekündigt worden. Es handelt sich bei der Vorlage vor allem um die Förderung der heimischen Viehproduktion und Fleischherzeugung und daneben um die Förderung der inneren Kolonisation. Zwei Millionen sind ausgeworfen für die Urbarmachung staatlicher Moore in Ostpreußen und Schleswig-Holstein; drei Millionen zur Ausführung von Meliorationen auf Domänenböden und anderen Domänengrundstücken. Ferner werden zehn Millionen ausgeworfen zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen An siedelungs gesellschaften. Durch diese Gesellschaften sind in den letzten sieben Jahren jährlich durchschnittlich 1205 Hektar, die 13 186 Hektar umfassen, gegründet worden. Man kann also nicht behaupten, daß auf dem Gebiete der inneren Kolonisation nicht genug geschehen sei, zumal auch reichlich staatliche Domänen für diese Zwecke hergegeben worden sind. Man muß bedenken, daß die Bildung von Arbeiterrentengütern besonderen Schwierigkeiten begegnet. Entgegengetreten möchte ich der Anschauung, als wenn es besser wäre, wenn der Staat selbst direkt die innere Kolonisation in die Hand nehmen würde und wenn noch weit größere Mittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden könnten. Das Ziel der inneren Kolonisation darf auch nicht etwa die Zertrümmerung des Großgrundbesitzes sein. (Bravo! rechts.) Eine Ueberstärkung kann es auch auf dem Gebiete der inneren Kolonisation nicht geben. Ich betrachte es als ein gutes Omen, daß die Einbringung dieser Vorlage am Geburtstag des unvergesslichen Alt-Reichstagspräsidenten erfolgt, der schon 1885 im Reichstag auf die Bedeutung des ländlichen Besitzes für die Staatsregierung und die Monarchie hingewiesen hat. (Bravo! rechts.)

Abg. Hr. v. Wahrenholz (1.): Wir stimmen der Vorlage zu, versehen wir nicht, weshalb man in der Begründung auf die Fleischsteuerung hingewiesen hat, die doch nur eine vorübergehende Erscheinung

ist. Wir legen mehr Wert auf die Förderung der inneren Kolonisation, wie das ja auch der Minister getan hat. Redner beantragt Ueberweisung der Vorlage an die Agrarkommission.

Abg. v. d. Hagen (3.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Abg. Wabel (natl.): Wir setzen in der Vorlage den ersten Schritt zu einer großzügigen Inangriffnahme der inneren Kolonisation. Auf der anderen Seite muß aber auch der Aufbau von Bauernstellen durch die Fideikommissbildung entgegengetreten werden. Im Gegensatz zu der Haltung des konservativen Redners hier hat im Deutschen Landwirtschaftsrat ein hervorragendes Mitglied der konservativen Partei über die innere Kolonisation nur ironisch gesprochen. Dringend notwendig ist die Schaffung einer Zentralkasse für die ganzen Bestrebungen auf dem Gebiete der inneren Kolonisation.

Abg. Dr. Ickerhoff (1.) wünscht, daß neben der Kultivierung der Moore ihre Befriedigung betrieben würde.

Abg. Hoff (Sp.): Auch wir stehen der Vorlage im allgemeinen sympathisch gegenüber, doch geht sie uns insbesondere in bezug auf die innere Kolonisation lange nicht weit genug; sie bedeutet nur einen ersten, sehr bescheidenen Schritt auf diesem Wege. Die Besiedelung der Moore halten auch wir neben ihrer Urbarmachung für das wichtigste. Von einer Vereinstellung der Fleischsteuerung durch die 10 Millionen für innere Kolonisation kann natürlich keine Rede sein, dazu ist notwendig die Aufhebung der Futtermittelzölle und die Einschränkung des Einfuhrschutzes. Aber die Fleischsteuerung ist gar nicht notwendig zur Begründung der inneren Kolonisation, diese ist vielmehr auch so eine der allerwichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Preußen ist auf diesem Gebiete geradezu unglücklich rückständig. (Sehr richtig! links.) Prof. Sehring hat nachgewiesen, daß alle anderen Länder, auch England, schon lange planmäßig mit der Ansiedelung von Bauern vorgegangen sind. Mit großzügigen Maßnahmen, die nicht 10 Millionen, sondern 200 Millionen beanspruchen, geht man jetzt in England dazu über, Irland den Bauern zurückzugeben. Auch Rußland treibt eine Bauernpolitik, die, wie Sehring sagt, geradezu bewundernswürdig ist. 1901—1910 sind 3,72 Millionen Hektar Domänenland an Bauern verpachtet worden. Bei uns aber ist der ganze Osten sozusagen verödet. In Skandinavien ist der Großgrundbesitz so gut wie unbekannt. Es geht also auch so: Einzelne konservative Mogen für die innere Kolonisation sein, aber die konservative Partei als solche hat sich stets als das größte Hindernis für die innere Kolonisation erwiesen. Aber schließlich der Großgrundbesitz stürt und sagt, er will innere Kolonisation, bewegt sich in unlöslichen Widersprüchen. Für uns ist das Ziel der inneren Kolonisation Aufteilung des Großgrundbesitzes an leistungsfähige Bauern. (Bravo! links.)

Abg. v. Sajo-Jaworski (Pol.): Wir würden der Vorlage zustimmen können, wenn wir nicht überzeugt wären, daß auch sie wieder gegen die Polen angewandt werden wird.

Abg. Reinert (Soz.):

Die Vorlage beweist, daß die Landwirtschaft gegenwärtig unfähig ist, das Volk mit genügend Fleisch zu versorgen. Auffallend ist die lange Verzögerung der Einbringung der Vorlage, die schon im Herbst angekündigt wurde und zwar genau in dem Umfang, wie sie jetzt vorliegt. Die Regierung verlangt hier ein Vertrauensvotum. Wir sollen ihr einfach 25 Millionen bewilligen, ohne daß irgendwieweg gesagt wird, wie das Geld verausgabt werden soll. Dagegen haben wir die größten Bedenken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Statistik beweist einen steten Rückgang des Rindviehbestandes in den letzten Jahren und auch der Schweinebestand ist in letzter Zeit gesunken. Das ist außerordentlich bedauerlich. Die Defnung der Grenzen für Vieh und die Vereinstellung der Futtermittelzölle wäre demgegenüber dringend geboten. Hier will man einen anderen Weg geben. Der Urbarmachung der Döderlandereien können wir uns gewiß zustimmen. Der Beweis aber, daß die 3 Millionen zur Ausführung von Meliorationen auf Domänen wirklich zur Vermehrung des Viehbestandes dienen werden, ist nirgends erbracht. Das richtige wäre die Eigenbewirtschaftung der Domänen durch den Staat. Die heutige billige Verpachtung der Domänen ist ein direktes Geschenk an die Pächter.

Wenn die Domänen vom Staat bewirtschaftet würden, so könnten die 3 Millionen für Meliorationen wirklich mitbringend für das Volk verwandt werden. Daher sollten zum mindesten die 3 Millionen nur an Domänen gegeben werden, die demnach pachtlos werden und dann in Eigenbewirtschaftung genommen werden können. — Ähnlich steht es mit den Ansiedelungs gesellschaften, die vielmehr im Interesse der Großgrundbesitzer zu wirtschaften scheinen, die aufgeteilt werden, als der kleinen Ansiedler. Eine Sanierung verträglich Großgrundbesitzer mit staatlichen Mitteln machen wir nicht mit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ebenwenig sind wir einverstanden mit der heutigen Art der Beschäftigung der Arbeiter und den Zwecken, zu denen sie erfolgt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir können nur für eine innere Kolonisation eintreten, die den Ansiedlern alle Freiheiten garantiert, keine Einschränkung ihrer staatsbürgerlichen Rechte mit sich bringt und keine Ausbeutung ihrer Arbeiterkraft im Interesse des Groß-

grundbesitzes zur Folge hat. Heute ist bekanntlich das Gegenteil der Fall. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man kolonisiert lediglich, um Arbeiter zu haben, die zu dem Nachbar auf Arbeit gehen, wie Herr Krech auf einer Konferenz über die innere Kolonisation im Juni 1900 ausdrücklich gesagt hat. Man will durchaus nicht etwa, daß die Ansiedler von der Arbeit auf ihrem Lande leben können. Es liegt den Agrariern lediglich daran, abhängige Arbeiter zu bekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein anderer Redner sagte: Wenn die Leute sich ganz selbständig machen, hören Sie auf, Landarbeiter zu sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt den Agrariern auch nicht etwa daran, Bauern anzusiedeln. Im agrarischen Handbuch von 1903 heißt es ausdrücklich, es sei verlorene Liebesmüh, neue Bauern zu schaffen, die unter der gegenwärtigen Konjunktur von vornherein dem Untergange geweiht seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier wird zugleich offen zugegeben, daß von dem Jollaris von 1902 die Bauern keinerlei Vorteil zu erwarten hatten. — Die innere Kolonisation könnte der Staat weit besser selbst in die Hand nehmen, als daß er die Ansiedelungs gesellschaften unterstützt, die nur im Interesse der Großgrundbesitzer arbeiten; sitzen doch auch im Aufsichtsrat dieser Gesellschaften Großgrundbesitzer, die natürlich ein Interesse an hohen Bäuertpreisen haben. Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der Ansiedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergewaltigung an Nationalvermögen. Gewiß es wird saniert. Aber nicht unermüdete Ansiedler werden saniert, sondern verschuldet und verkracht Bäuertgutbesitzer. Uns erscheint die Enteignung des Großgrundbesitzes durchaus erwünscht. Heute wird von der Enteignung nur Gebrauch gemacht, um eine Nation niederzujagen. Wir verlangen, daß dieses Mittel angewendet wird, um dem ganzen Volke Nutzen zu verschaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich sind wir auch für die Kultivierung der Moore. Aber die Kultivierung nur der fiskalischen Moorflächen geht uns lange nicht weit genug. Die 16 000 Hektar staatlicher Moorflächen sind nur ein Bruchteil der gesamten Moorfläche im Hannover. Deshalb wünschen wir auch die Kultivierung der Privatmoore. Schon vor Jahrzehnten haben wir darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Regierung sei, im eigenen Lande zu kolonisieren und daß wir nicht nach Afrika zu gehen brauchen. Gegebenenfalls müssen Zwangsmassnahmen gegen die Besitzer der Privatmoore angewendet werden. Wenn im Osten aus nationalen Gründen enteignet werden kann, dann kann hier erst recht enteignet werden, wo es sich um öffentliche Interessen handelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Finanzielle Bedenken gegen eine gründliche Kolonisation dürfen nicht ins Feld geführt werden. Wenn die angeforderten Millionen nicht ausreichen, müssen eben mehr bewilligt werden. Hierfür muß Geld da sein. Die Redner der Rechten und auch der Landwirtschaftsminister sind heute für eine „gesunde Mischung“ des Groß-, Mittel- und Kleinbesitzes eingetreten. Dieses Wort hören wir ja seit Jahren. Aber noch niemand hat uns gesagt, was er sich unter dieser „gesunden Mischung“ eigentlich denkt. Solange das nicht geschieht, setzen wir hierin nichts als ein Schlagwort. Wir sehen die beste Kolonisation in großer staatlicher Eigenbetriebe, die Musterbetriebe sein müssen. Der Großbetrieb kann allein nur wirtschaftlich arbeiten unter Ausnützung aller technischen Erfindungen. — Wenn Gefangene bei der Kultivierung der Moore verwendet werden, so müssen sie auf jeden Fall auskömmliche Löhne erhalten, im Interesse ihrer Familien. — Wir hoffen, daß die Verhandlungen in der Kommission dazu führen, vor allem den ersten Teil der Vorlage, die Kultivierung der Moore, mehr auszugestalten. An der inneren Besiedelung hat nur der Großgrundbesitzer ein Interesse, er soll sie auch bezahlen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Gesetz geht an die verstärkte Agrarkommission. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Kultusetat.)

Abg. Dirck (Soz., zur Geschäftsordnung): In dem Beschlusseplan des Kultusetats ist diesmal im Gegensatz zu fröher eine allgemeine Besprechung über den gesamten Kultusetat vorgesehen. Das ist ein ganz neues Verfahren, das auch sachlich durch nichts begründet ist. Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, die bei den einzelnen Punkten des Beschlussesplanen nicht erörtert werden können. Daher liegt eine Beschränkung der Redezeit darin, wenn Sie beschließen sollten, von einer Generaldebatte überhaupt abzusehen. Dazu kommt, daß uns dieses Wort erst im Laufe dieses Tages zugefällt worden ist. Im übrigen glaube ich auch nicht, daß die Abfertigung der Debatten durch diese Art des Vorgehens erreicht wird.

Präsident Graf Schwerin: Nach der Geschäftsordnung ist die Unterfertigung einer allgemeinen Besprechung möglich, aber sie soll ja bei den einzelnen Teilen des Stats stattfinden. Das ist der Sinn der Verabredung. Wenn Minister gehalten werden, so eine umhüllende Zeitveränderung, sie soll aber keineswegs abgelehnt werden. Von diesem Plan habe ich Herrn Dirck in Kenntnis gesetzt.

Abg. Dirck (Soz.): Gewiß, aber die anderen Parteien wüßten das erheblich früher. In dem ursprünglichen Beschlusseplan vom 28. März war von der Aenderung gegenüber keine Rede, die darin besteht, um nicht mehr beim Ministertisch die allgemeine Besprechung zu führen.

Abg. Campe (natl.): Gewiß ist dieses Verfahren etwas Neues und eine Abweichung von dem bisher geübten Brauche. (Aber also! bei den Sozialdemokraten.) Aber sie soll unsere Wünsche fördern, von einer Ueberumpelung ist keine Rede.

Präsident Graf Schwerin stellt fest, daß dieses neue Modus erst heute vor Beginn der Sitzung verabredet worden ist.

Abg. Dirck (Soz.): Soeben hat der Präsident vor der Vorlage eines Beschlusses vom 26. März gesprochen — wir haben ihn aber gar nicht gesehen.

Präsident: Das war nur ein Vorschlag des Bureau an den Präsidenten, welcher Vorschlag aber nicht verteilt wurde.

Bei der Abstimmung akzeptierten Zentrum und Rechts gegen die Sozialdemokraten, Polen und Fortschrittler den Beschlusse des Präsidenten, wonach also beim Titel Ministergehalt eine allgemeine Besprechung nicht mehr stattfindet.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Ein Genankener.

Aus Paris wird und geschrieben: Vor einigen Tagen ist hier ein Mann verhaftet worden, der in der russischen Revolution vorübergehend eine große Rolle gespielt hat. Die revolutionäre Welle von 1905 hatte den bis dahin ziemlich unbekanntem Rechtsanwält Krustalew plötzlich in die Höhe geworfen. Er wurde sozialdemokratischer Abgeordneter und — was weit mehr war — Vorsitzender des Petersburger Arbeiterdeputiertenrats. Die siegreiche Revolution trieb ihn ins Ausland, nach Paris, wo er bald jeden sittlichen Halt verlor. Im Anfang versuchte er sich noch als Schriftsteller durchzubringen und schrieb namentlich die Geschichte der von ihm geleiteten verübten Agitation. Dann glitt der noch junge Mann, dem die Kraft der Gesinnung wie die tierere Kenntnis der sozialistischen Gedankenwelt abging, auf abschüssige Bahnen, wo es bald keine Rettung mehr für ihn gab. Von den Genossen getragenen preisgegeben, spielte er eine Rolle mit dem revolutionären Syndikalismus, für den er unter den Emigranten eine intrigante und eigennützige Propaganda machte. Schon damals scheute er sich nicht, Revolutionsgelder zu veruntreuen. Seine ganze Existenz war seit mehreren Jahren auf schwindelhaften Pump und

auf gemeine Betrügerei gegründet, die schließlich seine Verhaftung herbeiführten.

Ein Fachblatt über eine sozialistische Stadtverwaltung.  
Die „National Municipal Review“, das führende kommunalpolitische Organ der Vereinigten Staaten, schreibt über die Stadt Butte in Montana: „Butte ist wie viele andere Städte unter Wirtschaft und Schwindel, bis die Bürger eine sozialistische Verwaltung wählten. Diese hat, wie berichtet wird, die Stadt physisch und moralisch gesäubert. Zum erstenmal in der Geschichte der Stadt sind die Straßen rein und gesund. Kindersterblichkeit, als Folge ungesunder Bedingungen, ist fast verschwunden. Der Handel wurde geregelt, gleichmäßiger Polizeischutz beschafft, die städtischen Beamten zur Arbeit angehalten. Das Ergebnis einer guten, ehrlichen Verwaltung auf allen Gebieten ist, daß die Stadt von einem bankrotten Zustand auf eine Position guten Credits erhoben worden ist.“

Unsern langjährigen Genossen,  
dem Glanzmeister  
**Karl Scholz**  
Strangellstraße 110  
zu seinem 25-jähr. Geschäftsjubiläum die besten Glückwünsche.  
**Gen. Paul Weisser.**

**Todes-Anzeigen**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

**Wilhelm Arndt**  
am 20. März im Alter von 66 Jahren verstorben ist.

**Robert Domsen**  
am 31. März im Alter von 26 Jahren verstorben ist.

**Max Stange**  
am 31. März im Alter von 49 Jahren verstorben ist.

**Frida Ryber**  
verstorben ist.

**Wilhelm Horn**  
verstorben ist.

**Fritz Speer**  
im 65. Lebensjahre verstorben ist.

**Verband der Arbeiter-Porteullenler.**  
Crischewitz-Strasse Berlin.

**Dr. Zadek**  
S., Dresdener Str. 109.

**Schwarze Kleidung**  
Fertig am Lager:

**Baer Sohn**  
Kleider-Werke Berlin, Geogr. 1901.

**Centralverband der Steinsetzer, Pflasterer u. Gerüstg. Deutschlands**

**Dr. Zadek**  
S., Dresdener Str. 109.

**Verband der Kürschner-Verhand.**  
Filiale Berlin.

**Dr. Zadek**  
S., Dresdener Str. 109.

**Verband der Holzarbeiter-Verhand.**  
Zahlstelle Berlin.

**Dr. Zadek**  
S., Dresdener Str. 109.

**Verband der Arbeiter-Porteullenler.**  
Crischewitz-Strasse Berlin.

**Dr. Zadek**  
S., Dresdener Str. 109.

**Verband der Kürschner-Verhand.**  
Filiale Berlin.

**Dr. Zadek**  
S., Dresdener Str. 109.

**Verband der Holzarbeiter-Verhand.**  
Zahlstelle Berlin.

**Dr. Zadek**  
S., Dresdener Str. 109.

Diese Erfahrungen decken sich mit den auch bei uns in vielen Krankenkassen usw. gemachten.

**Marktpreise von Berlin am 31. März 1913.** nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,76 bis 19,96, mittel 19,49-19,62, geringe 19,20-19,34 Roggen, gute Sorte 16,04-16,08, mittel 16,02-16,03, geringe 16,00-16,01 (ab Bahn), Futtergerste, gute Sorte 16,20-16,50, mittel 16,60-16,10, geringe 15,00-15,50, Hafer, gute Sorte 17,40-19,70, mittel 18,30-17,30 (frei Wagen und ab Bahn), Weizen (mixed), gute Sorte 14,45-14,80, Weizen (runder), gute Sorte 15,20-15,60, Roggenstroh 0,00, Heu 0,00-0,00.  
**Marktpreise** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-30,00, Spießbohnen, weiße 35,00-30,00, Bohnen 35,00-30,00, Kartoffeln (Kleinbl.) 5,00-10,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80-2,40, Rindfleisch, Baufleisch 1,30-1,50, Schweinefleisch 1,60-2,00, Rindfleisch 1,40-2,40, Hammelfleisch 1,50-2,40, Butter 2,40-3,00, 60 Stück Eier 3,40-5,40, 1 Kilogramm Karotten 1,20-2,40, Kala 1,60-3,20, Bänder 1,40-3,60, Hechte 1,40-2,60, Barsche 1,20-2,40, Schlei 1,00-3,20, Hele 0,80-1,60, 60 Stück Krebse 3,00-30,00.

**Witterungsübersicht vom 1. April 1913.**

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. G. u. G.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. G. u. G.
Emmendingen	757	SE	1	wolkig	10	Hagen	762	Still	1	bedeckt	1
Darmstadt	757	SE	1	wolkig	11	Petersburg	760	SE	1	halb bb.	1
Berlin	758	G	2	bedeckt	11	St. Petersburg	768	SE	1	wollosig	7
Frankfurt	760	SE	2	bedeckt	9	Algerien	755	SE	3	wolkig	4
München	760	SE	2	bedeckt	10	Paris	759	SE	2	bedeckt	7
Wien	762	SE	2	halb bb.	8						

**Wetterprognose für Mittwoch, den 2. April 1913.**  
Etwas kühler, zunächst ziemlich trübe mit leichtem Regen und mäßigen westlichen Winden; später wieder aufklarend.  
Berliner Wetterbureau.

**Dankfagung.**  
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme am Grabe unserer Tochter  
**Margarete Henke**  
sagen hiermit allen Freunden, Bekannten und Verwandten sowie dem Nachbargemeinschaft „Solidarität“, Ortsgruppe Neutölln, den Kolleginnen der Firma Bosse & Co. und den Kolleginnen der Firma C. Lorenz unseren herzlichsten Dank.  
**Franz Henke und Frau.**

**Dankfagung.**  
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beisetzung meines lieben Mannes, guten Vaters  
**Otto Birst**  
sagen wir allen Beteiligten, den Genossen des 3. Wahlkreises, dem Verband der freien Haus- und Schankwirte, den Sängern, den Angestellten der Firma Industria und insbesondere dem Genossen Hintorf für seine trostreichen Worte unseren herzlichsten Dank.  
**Berta Birst nebst Tochter.**

Herzlichen Dank allen denen, welche meiner lieben Tochter, Schwester und Braut die letzte Ehre erwiesen. Dank dem Bahnbereich für die Kranzspende, den Sängern und dem Redner sowie den Genossen und Genossinnen.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**C. Behne,**  
Nominatener Str. 10.

Von der Reise zurück: 100/16  
**Dr. Mainzer.**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

**Stoffe**  
Deutsch-englische Neuheiten für Herren und Damen. Einzelverkauf zu selten billigen Preisen.  
Tuchagentur, Yorekstr. 75 pt.

**Ohne Anzahlung**  
Möbel auf Kredit  
bei Zahlung einer Monatsrate mit Veranlassung und bequemster Abzahlung komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen, Portieren, Gardinen, Lein- und Bettwische, Stoppdecken, Teppiche, in modernster Ausführung. - Ferner Garderobe für Herren, Damen u. Kinder.  
Größte Auswahl neuester Fassons.  
**S. DORN, Weinmeisterstraße 9**  
Ecke Alte Schönhauser Straße.

**Reinigt Euer Blut im Frühjahr!**  
Reichel's Wacholderextrakt „Medico“  
ein vollkommen natürliches Blutreinigungsmittel und allerprobiertes, reelles Hausmittel laut den vielen glänzenden Erfolgsberichten von hoher Wirkungskraft bei Rheumatismus, Mieder- und Nervenschmerzen, Gichtleiden und asthmatisch-schweren, Magen- und Darmstörungen, Hautausschlägen, Stoffwechsellstörungen, vor allem auch bei Frauenleiden und Beschwerden der Wechseljahre von Bedeutung. Vermöge seiner abtötenden, lösenden, spez. harntreibenden, Unreinigkeiten aussehendenden Eigenschaften wirkt er - die Natur unterstützend - nur günstig und heilend auf die inneren Organe und nach vielen Richtungen hin in sehr wohlthätiger, erweiternder Weise ein und kann nur Gutes wirken, niemals schaden.  
Herzlich verordnetes Mittel.  
Garantiert rein und frisch nur in Originalpackungen à R. 1.50, 2.50 und große Packung (sehr vorteilhaft) R. 6.- in den meisten Drogerien und Apotheken erhältlich. Wo nicht, wende man sich an  
**Otto Reichel,** Berlin 13, Fernspr.-Anschlüsse  
Eisenbahnstr. 4. Tel. 4751, 4752, 4753.  
Man achte aber scharf auf Firma und Marke **Medico** die allein für Echtheit und Güte bürgt.

**WESTMANN**  
Mohrenstr. 37a. Gr. Frankfurterstr. 115.  
**Kostüme**  
kein Stapel- oder Massengenre, einfache bis hochelegante Ausführungen  
15.-, 18.-, 25.-, 33.- bis 250.-  
**Mäntel**  
Tuch, Alpaka, Seide etc.  
15.-, 18.-, 22.-, 26.- bis 330.-  
**Tagesgespräch!**  
Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.



**Was wissen Sie**  
von der neuen Waschmethode? Versuchen Sie Persil u. Sie brauchen nie mehr ein anderes Waschmittel, denn Sie stehen sich besser mit Persil und sparen viel Ärger, Zeit, Arbeit und Geld!  
Überall erhältlich, hier lose, nur in Original-Paketen.  
**Persil**  
das selbsttätige Waschmittel  
Der grosse Erfolg!  
**HENKEL & Co., DÜSSELDORF.** Henkel's Bleich-Soda.  
Auch Fabrikanen der allseitigen



**Total-Ausverkauf**  
wegen **Geschäftsaufgabe**  
Das Lager ist bestens sortiert und umfasst einen Verkaufswert von fast 1/2 Million Mark.  
Für den **Umzug**  
Gardinen  
Teppiche  
Tischdecken  
Bettvorleger  
Bettdecken  
Haushaltartikel  
Glas u. Porzellan  
Kinder- u. Sportwagen  
Leinen- u. Baumwollwaren  
fertige Betten etc.  
**J. Fraenkel,**  
Brunnenstr., Ecke Veteranenstr.,  
in den bisherigen Geschäftsräumen des Warenhauses  
**H. Greiffenhagen Nachf.**

**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69 (Laden).  
Neuerscheinungen:  
Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung.  
Herausgegeben von **Max Grünwald**  
Heft 4 u. 5:  
Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland  
von **Wilhelm Schröder.**  
Preis 75 Pf.  
Heft 6:  
Schiller und die Arbeiter  
von **Konrad Haensch.**  
Preis 40 Pf.

**Westmanns Truermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.)  
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).  
Sehrgr. Ausw. fort. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schieler etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genre z. außerst niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung: **Maschinenfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

# Achtung Problem-Raucher!

Es werden in letzter Zeit minderwertige Nachahmungen meiner seit Jahren bekannten Problem-Cigaretten in Verkehr gebracht, die als Ersatz für meine Fabrikate angeboten werden. Man wolle daher beim Ankauf genau auf das Wortzeichen „Problem“ auf jeder Cigarette und Packung achten.

# Cigarettenfabrik Problem

## Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 2. April 1913.  
Anfang 4 Uhr.

Urania. Ufa Waterhorn!  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Nababe  
Butterfly.

Königl. Schauspielhaus. Ariadne  
auf Naxos.

Deutsches. Der lebende Leinwand.  
Deutsches Schauspielhaus. Alt-  
Heidelberg.

Jirkus Busch. Gala-Vorstellung.  
Jirkus Albert Schumann. Gala-  
vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. „Hohenzollern“-Fahrten.  
Nimmerwieder. Mein Freund Teddy.  
Veffing. Hohe Bernd.

Königsgräber Straße. Die fünf  
Frankfurter.

Theater des Westens. Die beiden  
Gularen.

Berliner. Filmzauber.

Residenz. Professor Bernhardt.  
Kursachsenoper. Der ruhige  
Deutsches Opernhaus. Der Frei-  
schütz.

Schiller O. Gyges und sein Ring.  
Schiller - Charlottenburg. Der  
Indes.

Groß-Beilin. Das Harmermädchen.  
Metropol. Die Aino-Königin.  
Trianon. Wenn Frauen reisen.

Theater am Nollendorplatz.  
Extragang nach Nizza.

Sonnab. 5. April, 8 Uhr: Erste Auff.  
der Opernschule d. Sternschen Konjers.

Montis Operetten-Theater  
(fr. Neues Theater). Umf. Norden 1141.  
Abends 8 Uhr:

Der Zigeunerprimas.

Residenz-Theater.  
Anfang 8 Uhr.

Die Frau Präsidentin.  
(Madama la Présidente).  
Schwanz in 3 Akten  
von R. Gannequin u. B. Weber.  
Morgen und folgende Tage:  
Die Frau Präsidentin.

Luisen-Theater  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Vor 100 Jahren  
oder: Napoleons Sieg und Fall.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Vor 100 Jahren  
oder: Napoleons Sieg und Fall.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Vor 100 Jahren  
oder: Napoleons Sieg und Fall.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Die Segg.  
Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Nix in  
St. Moritz.

Berliner Eisballett. Lebende Eis-  
skulpturen.

Sternwarte, Invalidenstr. 57-52.

Theater des Westens.  
Heute 8 Uhr: Die beiden Gularen.  
Donnerstag: Der liebe Augustin.  
Sonnt. 3/4, Uhr: Der Frauenreißer.

Schiller-Theater O. Wallner.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:

Gyges und sein Ring.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Klein Dorrit.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Klein Dorrit.

Schiller-Theater Charlotten-  
burg.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Der Andere.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Cyran von Bergerac.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Wolkenkratzer.

Deutsches Schauspielhaus  
8 Uhr: Gastspiel Harry Walden.  
Alt-Heidelberg.

Berliner Theater.  
8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königsgräber Straße  
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Theater am Nollendorplatz  
An allen Tagen der Woche 8 Uhr:  
Extragang nach Nizza.  
Sonnab. 5. April, 8 Uhr: Erste Auff.  
der Opernschule d. Sternschen Konjers.

Montis Operetten-Theater  
(fr. Neues Theater). Umf. Norden 1141.  
Abends 8 Uhr:

Der Zigeunerprimas.

Residenz-Theater.  
Anfang 8 Uhr.

Die Frau Präsidentin.  
(Madama la Présidente).  
Schwanz in 3 Akten  
von R. Gannequin u. B. Weber.  
Morgen und folgende Tage:  
Die Frau Präsidentin.

Luisen-Theater  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Vor 100 Jahren  
oder: Napoleons Sieg und Fall.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Vor 100 Jahren  
oder: Napoleons Sieg und Fall.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Vor 100 Jahren  
oder: Napoleons Sieg und Fall.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Die Segg.  
Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Nix in  
St. Moritz.

Berliner Eisballett. Lebende Eis-  
skulpturen.

Sternwarte, Invalidenstr. 57-52.

Theater des Westens.  
Heute 8 Uhr: Die beiden Gularen.  
Donnerstag: Der liebe Augustin.  
Sonnt. 3/4, Uhr: Der Frauenreißer.

Residenz-Theater.  
Anfang 8 Uhr.

Die Frau Präsidentin.  
(Madama la Présidente).  
Schwanz in 3 Akten  
von R. Gannequin u. B. Weber.  
Morgen und folgende Tage:  
Die Frau Präsidentin.

Luisen-Theater  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Vor 100 Jahren  
oder: Napoleons Sieg und Fall.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Vor 100 Jahren  
oder: Napoleons Sieg und Fall.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Vor 100 Jahren  
oder: Napoleons Sieg und Fall.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Die Segg.  
Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Nix in  
St. Moritz.

Berliner Eisballett. Lebende Eis-  
skulpturen.

Sternwarte, Invalidenstr. 57-52.

Theater des Westens.  
Heute 8 Uhr: Die beiden Gularen.  
Donnerstag: Der liebe Augustin.  
Sonnt. 3/4, Uhr: Der Frauenreißer.

Urania.  
Taubenstraße 48/49.  
Wissenschaftliches Theater.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Aufs Wasserhorn!  
Abends 8 Uhr:  
„Hohenzollern“-Fahrten.

Metropol-Theater.  
Anfang 8 Uhr.

Die Kino-Königin.  
Operette in 3 Akten von Jul. Freund  
und G. Olfenowsky.  
Musik von Jean Gilbert.  
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.  
Karl Bachmann J. Giampietro  
G. Thielscher V. Norbert  
H. Ballot J. Russka Ly Winter

Passage-Panoptikum  
DER LEBENDE  
LEICHNAM  
Das Wunder atavistischen Ver-  
schlebens. LEBEND!  
FUSSKÜNSTLER SARTONI  
Der armlose  
PAGANINI  
Alles lebend!  
Alles ohne Extra-Entree!

Folies Caprice.  
Des Löwen Erwachen.  
Poffe von Bernhard Haffel.  
Der Reihbock.  
Poffe mit Gelang von Theo Haffel.  
Floh's Seitenprünge.  
Poffe von Haffel und Tauffig.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::  
Konzerthaus  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
Großes Doppel-Konzert.  
Gastspiel des Philharmonischen Blasorchester  
aus Mailand. Dirigent: Maestro Loreto Tesoro.  
Musik: 2. Garde-Regiments u. F. Dirig.: Oberm. Graf.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert  
bei freiem Eintritt.

Germania-Prachtsäle  
N. Chausseest. 119. K. Richter.  
Deutsches Mittwoch:  
Paul  
Mantheys  
lustige  
Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Nachdem Freitags.  
— Sonntagsarten gelten. —  
Morgen Donnerstag:  
Großes Militär-Frei-Konzert.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Meysel und  
Britton.  
Anfang  
8 Uhr.

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Herrnfeld  
Theater  
Schonzeit-  
Jäger.  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.  
Liebesprobe.  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1 Dame, 2 Herren.  
Die Söhne des Himmels,  
geheimnisvolle Zauberer und  
Gaulker aus dem Reiche der  
Mitte.  
Am Zopf durch die Zirkuskuppel.  
Teufels-Rotation,  
ausgeführt am 15 m hohen  
Luftapparat ohne Netz.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

Nur noch kurze Zeit!  
Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Mittwoch, den 2. April,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuesten Creationen.  
Reiterfamilie Powell,  
1



# Flugblattverbreitung

## findet am Freitagabend von den bekannten Stellen aus statt.

### Ein Schulkostenstreit zwischen Neukölln (Rixdorf) und Berlin vor dem Oberverwaltungsgericht.

Eine der Streitsachen aus § 53 des Kommunal-Abgabengesetzes, die zwischen Neukölln (Rixdorf) und Berlin (Stehen), nämlich die für das Jahr 1898, beschlossene gestern (Dienstag) endlich das Oberverwaltungsgericht, nachdem sie zwölf Jahre lang beim Bezirksauschuss als Beschlussbehörde und dann noch einige Zeit bei derselben Behörde als dem Verwaltungsgericht erster Instanz anhängig war.

Nachdem seinerzeit die Stadtgemeinde Berlin es abgelehnt hatte, auf den am 26. März 1899 bei ihr angemeldeten Anspruch Neuköllns — damals Rixdorf — einzugehen, meldete Neukölln beim Bezirksauschuss als Beschlussbehörde ihren Anspruch an. Es wurden durch Neukölln 80 000 M. als Schulkostenbeitrag für 1898 von Berlin verlangt unter Berufung auf § 53 des Kommunal-Abgabengesetzes, dessen entscheidende Stelle in der hier maßgebenden älteren Fassung lautet:

„Wenn einer Gemeinde, welcher ein Besteuerungsrecht nach § 35 nicht zusteht, durch den in einer anderen Gemeinde stattfindenden Betrieb von Berg-, Hütten- oder Salzwerken, Fabriken oder Eisenbahnen nachweisbar Mehrausgaben für Zwecke des öffentlichen Volkschulwesens oder der öffentlichen Armenpflege erwachsen, welche im Verhältnis zu den ohne diese Betriebe für die erwähnten Zwecke notwendigen Gemeindegeldern einen erheblichen Umfang erreichen und eine Ueberbürdung der Steuerpflichtigen herbeiführen geeignet sind, so ist eine solche Gemeinde berechtigt, von der Betriebsgemeinde einen angemessenen Zuschuss zu verlangen. Bei der Bemessung desselben sind neben der Höhe der Mehrausgaben auch die nachweisbar der Gemeinde erwachsenden Vorteile zu berücksichtigen.“

In der Vorinstanz wurde zunächst viel darüber gestritten, wieviel Kinder von in Neukölln wohnenden, in Berlin in Betrieben gemäß § 33 tätigen Arbeitern in Frage kämen.

Der Bezirksauschuss nahm bei seiner Beschlussfassung am 7. Juni 1911 auf Grund der umfangreichen langwierigen Feststellungen, unter Zuhilfenahme von ergänzenden Schätzungsbeweisen, an, daß dies im Jahre 1898 1700 Kinder gewesen seien. Nach Berechnung der durch das Wohnen der fraglichen Arbeiter in Neukölln dieser Gemeinde erwachsenden Vorteile kam der Bezirksauschuss dazu, durch den Beschluss vom 7. Juni 1911 auszusprechen, daß Berlin verpflichtet sei, an Neukölln für 1898 einen Schulkostenbeitrag von 82 690 M. zu leisten.

Der Bezirksauschuss als Verwaltungsgericht ermächtigte später, nachdem bei ihm mündliche Verhandlung beantragt worden war, die Summe auf 40 442 M. Er ging in dieser Entscheidung wieder von 1700 in Betracht kommenden Arbeiterkindern aus, sowie davon, daß hierdurch Neukölln (Rixdorf) im Jahre 1898 Mehrausgaben in Höhe von 65 604 M. erwachsen seien. Bei Berechnung der Neukölln durch die fraglichen Arbeiter erwachsenden Vorteile kam der Bezirksauschuss in dem Urteil zu einem anderen Resultat als in seinem früheren Beschluss, woraus sich die Ermäßigung des Neukölln zugesprochenen Schulkostenbeitrags erklärt. Der Bezirksauschuss rechnete für Neukölln an indirekten Vorteilen 22 720 M. und an direkten Vorteilen 2442 M., zusammen also 25 162 M. heraus. Nach Abzug dieser Summe von 65 604 M. Mehrausgaben verblieben 40 442 M., die, wie schon gesagt, Neukölln zugesprochen wurden.

Mit dem Urteil war weder Berlin noch Neukölln zufrieden. Beide legten Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein.

Nach längerer Verhandlung und Beratung entschied der 7. Senat des Oberverwaltungsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Strug am Dienstag dahin, daß die Vorentscheidung aufzuheben und die Sache zu anderweiter Verhandlung an den Bezirksauschuss zurückzuverweisen sei.

Aus der sehr ausführlichen Begründung ist hervorzuhellen:

Zunächst sei zurückzuweisen der Einwand Berlins, daß § 53 auf Verhältnisse, wie sie zwischen Neukölln und Berlin obwalteten, überhaupt nicht anwendbar wäre. Der Senat verkenne es ja nicht, daß für Verhältnisse, wie sie zwischen Berlin und seinen Vororten beständen, die Anwendung des § 53 des Kommunal-Abgabengesetzes besondere Schwierigkeiten verursache. Es möge auch anerkannt werden, daß § 53 für derartige Verhältnisse nicht glücklich gefaßt sei. Aber auf der anderen Seite fehle es an jeder Grundlage für die Vermutung, der § 53 könne und solle nach der Absicht des Gesetzgebers auf derartige Verhältnisse nicht angewendet werden. Er sei an sich anwendbar. Dann habe Berlin angeregt, ob überhaupt von einer Ueberbürdung Neuköllns (Rixdorfs) bei einer Belastung mit nur 100 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer die Rede sein könne. Auch der Einwand sei verfehlt. Ein Zuschlag von nur 100 Proz. zur Einkommensteuer schlicke durchaus nicht die Annahme einer Ueberbürdung aus, sondern es sei nach den lokalen Verhältnissen Neuköllns die Ueberbürdung anzunehmen. Sehr wesentlich komme in Betracht, wie sich die Einkommensteuerpflichtigen auf die verschiedenen Stufen vertheilen. Das sei aber im damaligen Rixdorf 1897 und 1898 sehr ungünstig gewesen. Ferner komme es auch sehr wesentlich darauf an, wie hoch die Belastung mit Realsteuern sei, und zwar um so mehr, als sie den Bruttoertrag und das Bruttovermögen zur Grundlage hätten, so daß wesentlich mitspreche die Höhe der Verschuldung des Grundbesitzes. Auch in der Beziehung hätten 1898 die Verhältnisse Neuköllns sehr ungünstig gelegen, und das wäre wahrscheinlich auch jetzt noch der Fall. Berlin sage ferner, die jetzige Entwicklung Neuköllns spreche gegen eine Ueberbürdung. Darauf sei zu sagen, daß die spätere Entwicklung eines Ortes durchaus nicht ausschlaggebend sei für die Beurteilung. Aber es sei auch darauf hinzuweisen, daß einer Ueberbürdung der Steuerpflichtigen durchaus nicht entgegenstehe eine Entwicklung der Gemeinde in ihren äußeren Einrichtungen, die man als ein Aufblühen der Gemeinde bezeichnen könnte. Trotz des nur 100-Pros.-Zuschlages zur Staatseinkommensteuer sei mit Recht eine Ueberbürdung anzunehmen. — Auf der anderen Seite habe nun Neukölln Vergünstigungen gefordert. Davon könne indessen keine Rede sein. Nun seien hier in der Berufungsinstanz noch neue Anführungen gemacht worden, die nicht unberücksichtigt bleiben könnten. Der Senat halte es für geboten, deshalb die Sache an den Bezirksauschuss zurückzuverweisen, der den Verhältnissen näher sei als die höchste Instanz. Das sei nicht zu umgehen, so bedauerlich es sei, daß der nun seit 14 Jahren schwebende Streit noch nicht zu Ende gebracht sei. Was nun die neue Verhandlung angehe, so müsse der Bezirksauschuss die Zahl der in Betracht kommenden Kinder noch einmal feststellen, da seine Feststellung einige Mängel aufweise. Auf der anderen Seite müsse der Bezirksauschuss bei dieser Nachprüfung untersuchen, ob Berlin mit der Behauptung recht habe, daß die Väter einer Anzahl der von Neukölln in seiner Liste genannten Kinder gar nicht in Betrieben im Sinne des § 53 alter Fassung im Jahre 1898 beschäftigt gewesen seien. Je nach dem Ergebnis seien dann die Schulmehrausgaben für 1898 zu berechnen, wobei es darauf ankomme, wieviel Schul-

klassen mehr erforderlich gewesen seien, als es ohne die fraglichen Kinder der Fall gewesen wäre. Dann komme die Frage der Erheblichkeit und darauf die Berechnung der Vorteile Neuköllns. Bei der Frage der Erheblichkeit der Mehrausgaben sei, was der Bezirksauschuss verkannt habe, zu beachten, daß die Mehrausgaben in Vergleich zu stellen seien mit den ohne sie erwachsenden Ausgaben und daß die Erheblichkeit zu bejahen sei nach der Judikatur, wenn die Mehrausgaben 10 Proz. der ohne sie erwachsenden Schulausgaben erreichten. — Als direkte Vorteile seien die Steuern der in Neukölln wohnhaften Väter der Kinder anzurechnen, soweit sie in den in Betracht kommenden Betrieben Berlins tätig waren. Es sei jedoch nur die Quote anzurechnen, die dem Verhältnis der Schulausgaben zu den aus Steuermitteln auszubringenden Gesamtausgaben Neuköllns entspreche. Als indirekte Vorteile Neuköllns seien zu berücksichtigen die Beiträge, um die die Steuerkraft der übrigen Einwohner Rixdorfs im fraglichen Jahre durch die Anwesenheit jener in Betracht kommenden Arbeiter und Angestellten in Neukölln (Rixdorf) gestiegen sei. Die Anrechnung der indirekten Vorteile setze aber voraus, daß die Vorteile von der Betriebsgemeinde (Berlin hier) nachgewiesen würden. Wenn das nicht möglich sei, wie hier wohl der Fall, dann müsse die Betriebsgemeinde (Berlin) zuverlässige und ausreichende Unterlagen für eine Schätzung der Vorteile beibringen. Der Bezirksauschuss werde also auch nachprüfen müssen, ob dies Berlin bereits getan habe bzw. ob es dies im neuen Verfahren noch tue. — Zum Schluss betonte der Vorsitzende noch einmal, daß es bedauerlich sei, daß die Sache noch kein Ende finden könne und nochmal den Bezirksauschuss beschäftigen müsse. Es würde, so bemerke er, mit großer Benützung zu begrüßen sein, wenn die Parteien dies durch einen Vergleich unnötig machen würden. Es handele sich hier um eine Streitsache, die wie nur irgendeine zum Vergleiche dränge, namentlich weil es sich um zwei Gemeinden handele, die nach ihrer örtlichen Lage und ihren wirtschaftlichen Beziehungen aufeinander angewiesen seien.

### Ein Platz für ein Denkmal.

Seit Jahr und Tag sind die Reichsbehörden auf der Suche nach einem Denkmalsplatz. Bekanntlich soll aus Reichsmitteln ein sogenanntes Kolonialkriegerdenkmal errichtet werden. Zunächst war an verschiedene Vororte gedacht, die man mit dem Denkmal beglücken wollte. Jedenfalls ging man bei diesem Gedanken von der Meinung aus, daß Berlin schon ohnehin mit Denkmälern reichlich gesegnet sei. Die Verwüder, das Denkmal in Schöneberg oder in Wilmersdorf unterzubringen, scheiterten und das Reichsamt des Innern ist nun wieder auf Berlin zurückgekommen. In der Meinung, daß der kaiserliche Tiergarten für ein neues Denkmal keinen rechten Platz mehr bietet, hat das Reichsamt sich mit den städtischen Behörden Berlins in Verbindung gesetzt um Ueberlassung eines Platzes. Die städtischen Behörden haben ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, einen solchen Platz zur Verfügung zu stellen. Es sind auch eine Reihe solcher Plätze, die noch ohne Denkmal sind, vorgeschlagen worden und es haben verschiedentlich Besichtigungen stattgefunden. Ganz einig ist man sich nicht, wo das Denkmal hinkommt. Zunächst war man auf den Gedanken gekommen, das Denkmal im Treptower Park aufzustellen, aber hier wirkte es wieder nicht monumental genug, war die Meinung der Denkmalsplatzsucher. Dann kam man darauf, einen Platz im Afrkanischen Viertel unten in der Müllerstraße in Aussicht zu nehmen. Das Afrkanische Viertel erinnere an „unsere teuren“ Kolonien, weil wir da eine Kamerun, eine Togo- und eine Windhukstraße haben. Da passe das Denkmal gut hin, meinten die einen; die anderen waren der Ansicht, daß hier nicht genug Volk vorbeikomme. Schließlich kam man zu der Meinung, einen Platz in der Gegend des Kottbuser Tores vorzuschlagen, wo viel Volk vorbeikomme und endlich ist noch ein zweiter Platz in einer anderen verkehrsreichen Gegend als wünschbar zur Aufnahme des Kolonialkrieger-Denkmalts besunden worden. In Kürze soll nun die Entscheidung über den Platz fallen, auf dem das Denkmal aufgestellt werden soll. Da wir schon eine Denkmalsallee haben, könnte für dieses Denkmal schließlich auch noch in der Siegesallee ein Plätzchen frei gemacht werden. Die Berliner Bevölkerung hat keine Neigung, durch Kriegerdenkmäler seine schönen Plätze sich verunzieren zu lassen. Man sollte die städtischen Plätze lieber mit einem schönen Kunstwerke schmücken, wenn man mit einer gepflegten Park- und Erholungsanlage allein sich nicht genügen lassen will.

### Partei-Angelegenheiten.

**Neukölln.** Heute Mittwoch, den 2. April, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Partsch, Hermannstr. 59, die Versammlung der Jugendsektion statt. Tagesordnung: 1. Die Psyche der Jugend. Referent: Genosse Emil Dohm. 2. Diskussion. 3. Aussprache über Sektionsangelegenheiten.

Es ist Pflicht aller jungen Genossen und Genossinnen, zu erscheinen und Freunde und Bekannte mitzubringen.

**Schöneberg.** Der dritte Kursus über die Technik der Landtagswahl findet am heutigen Mittwoch, den 2. April, abends 8 1/2 Uhr, im Tunnel in den Neuen Rathhäusern, Reiningersstr. 8, statt.

**Johannisthal.** Am Freitag, den 4. April, von den bekannten Stellen aus: Wichtige Flugblattverbreitung. Besonders zu beachten ist, daß die öffentliche Versammlung am Sonntag, den 6. April, in Johannisthal nicht um 2 Uhr, sondern umständehalber, schon um 12 Uhr stattfindet.

**Kaulsdorf (Ostbahn).** Freitag, den 4. April, abends von 6 Uhr ab, vom Lokal des Herrn Voß aus: Flugblattverbreitung.

**Friedrichshagen.** Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Verde, Friedrichstr. 112: Generalsversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassensbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Anträge. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

**Birkenwerder, Hahnenwerder und Bergfelde.** Donnerstag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gesellschaftshaus, in Birkenwerder, Hauptstr. 99, ein Vortrag statt. Tagesordnung: „Die Technik bei den preussischen Landtagswahlen.“ Referent: Genosse Emil Lehmann. Insbesondere sind sämtliche Funktionäre verpflichtet, zu erscheinen.

**Potsdam.** Die Wahlvereinsversammlung findet am Mittwoch nächster Woche statt. Erscheine Sonntag jeder zur Protokollversammlung!

### Berliner Nachrichten.

#### Erklärung.

Zur Angelegenheit des Genossen Julian Vorchardt nahm der Zentralvorstand mit den Funktionären des Zentralwahlvereins von Teltow-Beeskow-Charlottenburg in seiner Sitzung vom 31. März er. Stellung und kam auf Grund des umfangreichen Material zu folgendem Ergebnis:

Zentralvorstand und Funktionäre erkennen die Berechtigung der öffentlich bekannt gegebenen Entschuldigungsgründe des Genossen Vorchardt für sein Verhalten bei der Landtagswahlwahl sehr bedingt an. Sein Verhalten ist als korrekt nicht zu bezeichnen aus dem Grunde: da dem Genossen Julian Vorchardt in seiner Eigenschaft als Abgeordneter des Landtages und Leiter von Kursen über die Technik des Landtagswahlgesetzes hätte bekannt sein müssen, daß im Landtagswahlkreis Teltow-Beeskow-Wilmersdorf (zu dem auch sein Wohnort Groß-Lichterfelde gehört) eine Landtagswahlwahl stattfindet. In seiner hervorragenden Stellung in der Öffentlichkeit und in der Partei und bei seinem Intellekt muß verlangt werden, daß er sich über seine Partei- und Staatsbürgerpflichten genügend und rechtzeitig informiert. Dazu gehört, auch seinerseits festzustellen, ob der Wahlbezirk, in welchem er wohnt, zur Wahl steht. Das ist nicht geschehen. Aus diesem mangelnden Pflichtbewußtsein ist dem Genossen Vorchardt zweifellos ein Vorwurf zu machen. Erschwerend kommt noch für den Genossen Vorchardt in Betracht, daß er sich überhaupt um die Wahlangelegenheit nicht bekümmert hat, sondern erst im letzten Augenblick auf seine Pflichten aufmerksam gemacht werden mußte.

Zentralvorstand und Funktionäre bedauern, daß auf Grund unzureichender Berichterstattung weitergehende Schlussfolgerungen an das Verhalten des Genossen Vorchardt geknüpft und weitere Kreise dadurch irritiert wurden.

#### Der neue Lehrplan der Arbeiter-Bildungsschule.

Die Schule hat auch in dem neuen Lehrplan, wie wir sehen, wieder ganz bewußt auf die Bildung in den aktuellen Fragen des Tages Rücksicht genommen.

Sie beginnt am Donnerstag dieser Woche mit einem Kursus in Geschichte, in dem Genosse Dänisch die deutsche Politik im Zeitalter Wilhelms II. behandelt. Dieser Kursus wird sicherlich gutes Material für die Jubiläumsfeier anlässlich der 25-jährigen Regierungszeit Wilhelms II. bringen.

Am Freitag beginnt der Kursus des Genossen Dittmer im Gewerkschaftswesen. Auch dieser Kursus widmet sich ausschließlich gegenwärtigen Problemen der Gewerkschaftsbewegung und wird im besonderen die Frage des Syndikalismus berücksichtigen.

Am Sonnabend folgt der Kursus des Genossen Eichhorn über die politischen Parteien Deutschlands, ein Thema, das seine aktuelle Bedeutung zu jeder Zeit in sich trägt.

Am Sonntag hält der Genosse Brunwald seine zwei Kurse ab, von denen der eine, die Rednerschule, ebenfalls zu jeder Zeit für jeden Arbeiter Bedeutung hat, während der zweite in Rationalökonomie diesmal anschließt an den dreißigsten Todestag von Marx, durch den „Das Kapital“ in den freien buchhändlerischen Verkehr kommt. Der Kursus in Rationalökonomie gibt deshalb diesmal eine Einführung in das System und in die Methode dieses Wertes.

Am Montag wird die Reihenfolge der Kurse geschlossen durch den Genossen Vorchardt über besondere Fragen der preussischen Zustände. In dem jetzt beginnenden Wahlrechtskampf sind diese Vorträge gewiß von besonderem Gegenwertswerte.

Wir glauben, daß die Schule mit diesem Programm sich wieder ein gutes Verdienst um die Bildungsmöglichkeit der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen erwirbt, und daß es eine einfache Pflicht für alle ist, die in dem harten Kampf der Zeit durch Bildung und Erkenntnis vorwärts kommen wollen, die Schule nach Kräften zu unterstützen.

Wir erwarten gerade jetzt einen besonders starken Besuch der Schule.

#### Die Kunst beim Umzug.

Es dürften an wenigen Tagen des Jahres — soviel Kägel in die Hände geschlagen werden, wie am 1. April und am 1. Oktober, den beiden üblichsten Umzugstagen. Nachdem die Möbel gestellt sind, geht man überall an das Wiederhängen. Ist es übertrieben, wenn wir 50 Proz. der dabei eingeschlagenen Kägel als Nieten berechnen? Man hat mit Geduld und Kraft einen Kägel in die funkelneulapete eingeschlagen, hängt das Bild an, erschrickt vor der unbefriedigenden Wirkung, die das Bild an diesem Platz macht, und reißt entschlossen den Kägel wieder heraus. Die Folge davon ist ein Loch in der Tapete, und man kann froh sein, wenn nicht beim nächsten Versuch abermals ein solches Loch entsteht. Wie ist dem abzuhelfen? Ganz einfach durch Befolgung einiger Leitfäden, nach denen man jedes Bild, bevor man den Kägel zückt, zwei Minuten lang prüft. Man erspart sich durch diese zwei Minuten viel Ärger und schon die Tapete. Also: man hänge nicht mehrere gleichartige Bilder nebeneinander. Unter gleichartigen Bildern verstehen wir solche von ungefährr gleicher Größe, gleicher Form (als da sind Rechteck, Kreis, Oval usw.) oder gleichen Rahmen. Gegenstände sind stets von reinerer und stärkerer Wirkung als ein unangefprochenes Einzelst. Man tut deshalb gut, über oder neben einem Rechtecksbilde ein Ovalbild, über oder neben einem Längsformat ein Hochformat anzubringen. In der Nähe eines Bildes, in dem das Grün überwiegt, wirkt ein Bild mit vielem Rot stärker und schöner, als ein gleichfalls grüngestimmtes. Ebenso hängt man auf eine rote Tapete ein grünes oder gelbes Bild, niemals ein rotes. Gegenstände sind ferner zu berücksichtigen in der Größe und in verschiedenen Graden von Helligkeit und Dunkelheit. Eine zweite Hauptregel: Man hänge die Bilder nicht zu dicht. Jedes Bild muß

Luft um sich haben, sich auswirken können. Die Wand darf niemals so behängt werden, daß sie eigentlich nur noch Jagen zwischen den Bildern abgibt. Deshalb ist es besser, ein Bild sei für die Wand zu klein, als zu groß. Ferner dürfen sich die Möbel und die Bilder nicht gegenseitig stören, sonst entsteht eine unruhige Wirkung in dem Räume, den man nun, je nach dem Kontraste, kürzere oder längere Zeit bewohnt, solange jedenfalls, bis der Möbelwagen mit den anderen Sachen auch die Bilder neuen Wänden entgegenführt!

### Die Gasentnahme aus den Gaswerken der Stadt

belief sich im letzten Quartal von 1912 auf etwas über 88 Millionen Kubikmeter. Gegenüber den knapp 79 1/2 Millionen Kubikmeter, die im letzten Quartal von 1911 verbraucht wurden, ist diesmal das nicht sehr beträchtliche Mehr von 4 1/2 Prozent zu verzeichnen. Welchen Einfluß auf die Steigerung des gesamten Gasverbrauches die in den letzten Jahren eingetretene außerordentliche Mehrung der Gasautomaten gehabt hat, ist bekannt. Den Gegnern der Gasautomaten sollte es zu denken geben, daß die im letzten Quartal von 1912 erzielte Zunahme des Gesamtverbrauches nahezu vollständig den Gasautomaten verdankt wird. Von 1911 zu 1912 stieg für das letzte Quartal die Gasentnahme durch gewöhnliche Gasmeter von rund 70 1/2 Millionen Kubikmeter auf rund 70 1/2 Millionen Kubikmeter, nur um knapp 1/4 Million Kubikmeter, dagegen die Gasentnahme durch Gasautomaten von rund 8 3/4 Millionen Kubikmeter auf rund 12 1/4 Millionen Kubikmeter, um 3 1/2 Millionen Kubikmeter (genauer: von 8 826 589 auf 12 320 972, um 3 494 383 Kubikmeter). Die Verbrauchssteigerung stellt sich bei den gewöhnlichen Gasmetern diesmal nur auf 1/4 Prozent bei den Gasautomaten aber auf nahezu 40 Prozent. Die Zahl der Gasautomaten hat in derselben Zeit sich von 88 458 auf 123 603 erhöht, so daß der Kreis der kleinen Leute, denen ein Gasverbrauch möglich wurde, sich wieder bedeutend erweiterte. Der inzwischen von der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung gefasste Beschluß, für die Gasautomaten künftig wieder einen Mindestverbrauch zu fordern, wird im Jahre 1913 die Mehrung der Gasautomaten verlangsamen. Auch die weitere Steigerung des gesamten Gasverbrauches dürfte dadurch beeinträchtigt werden.

### Ein Einbruch in eine Synagoge

wird aus dem Südosten der Stadt gemeldet. Auf dem Hinterlande des Grundstücks Dresdener Straße 127 liegt die Synagoge Ahavas Heim der Luisenstädtischen Brüdergemeinde. In diese drangen in der vergangenen Nacht Diebe ein, die von der Reichenberger Straße her eine Mauer überstiegen hatten. Sie erbrachen die Tür und hausten im Innern wie die Vandalen. Zuerst erbrachen sie alle Opferstöcke und beraubten sie ihres Inhalts. Dieser ist wahrscheinlich ziemlich hoch gewesen, weil die Stöcke wegen einer Reise des Rottführers seit einigen Tagen nicht mehr geleert worden waren. Von den Opferstöcken wandten sich die Eindringler den Gerätschaften zu. Um diese auf ihre Echtheit zu prüfen, zerbrachen sie alles, was ihnen unter die Hände kam, besonders Leuchter aus Gold und Silber und auch unctione. Diese liegen sie in Stücken liegen. Eine silberne Hand nahmen sie mit. Ebenso eine mit Edelsteinen besetzte Krone aus Goldfäden, die sie aus einer roten Füllschale herausnahmen. Mit der Beute, die ohne den Inhalt der Opferstöcke gegen 3000 M. wert ist, entliefen die Spitzbuben auf demselben Wege, auf dem sie eingedrungen waren. Der Schaden der Gemeinde ist durch die Verwüstungen noch bedeutend höher. Vor Ankauf der gestohlenen Sachen wird gewarnt.

### Gegen das Tragen ungeversicherter Hutnadeln

geht der Berliner Polizeipräsident nunmehr im Wege der Verordnung vor. Vom 15. April ab tritt eine Polizeiverordnung in Kraft, die nur 3 Paragraphen enthält. Diese lauten:

1. Das Tragen ungeversicherter hervorsteckender Hutnadeln ist verboten.
  2. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht nach den sonstigen gesetzlichen Vorschriften eine höhere Strafe bewirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.
  3. Diese Verordnung tritt am 15. April 1913 in Kraft.
- Bisher hatte die Polizei sich auf Vermahnungen und Warnungen beschränkt, im öffentlichen Verkehr die Hutnadeln zu sichern. Die neue Polizeiverordnung ist nun ganz allgemein, verbietet das Tragen ungeversicherter Hutnadeln überhaupt und legt für Zuwiderhandlungen Geldstrafen fest. Die Strafanordnung dürfte dem Verbot wirkungsvollen Nachdruck geben.

In der städtischen Fachschule für Maurer, Zimmerer und Dachdecker beginnt das Sommerhalbjahr am Mittwoch, den 9. April. Maurer, Zimmerer und Dachdecker sowie Angehörige verwandter Berufsarten werden in fünf aufsteigenden Jahrgangsklassen zu je acht Wochenstunden theoretisch und praktisch zu Leitern in ihrem Fach herangebildet.

Unterrichtsfächer sind: Zeichnen mit praktischen Übungen, Hausgewerbliches Projektionszeichnen, Fachrechnen, Einführung in die Festigkeitslehre, Materialkunde, Bauausführungslehre, Einführung in den Eisenbetonbau, die erste Hilfe bei Unfällen.

Fortgeschrittene Bauhandwerker werden unterrichtet: in der Anfertigung von Bauzeichnungen unter Berücksichtigung aller konstruktiven Einzelheiten, im freihändigen Vorstellen von Motiven aus dem Bauwerke, im angetragenen Projektionszeichnen in Verbindung mit Skizzierübungen, sowie im Eisenbetonbau verbunden mit Konstruktions- und Kalkulationsübungen.

Das Schulgeld beträgt für die Wochenstunde halbjährlich 1 M. und ist bei der Aufnahme zu entrichten, die am Montag, den 7. April, abends 7-9 Uhr, in den Schullokalen: Wartenburgstr. 12, Müllerstr. 158/159 und Andreasstr. 18a erfolgt.

Unterrichtszeit: Sonntag vorm. 8-12 Uhr und an Wochentagen abends 7 1/2-9 1/2 Uhr.

Der Zentralarbeitsnachweis, der seit fünf Jahren in der Luisenstraße 11 eine Abteilung für Hauspersonal unterhält, verlegt seine Räume nach der Giesborthstraße 1 in das Haus der Wägerei Adler. Die neuen Räume sind bedeutend vergrößert und den erhöhten Anforderungen des Publikums angepaßt. Die Sprechstunden sind vormittags von 8 bis 11 und nachmittags von 4 bis 7 Uhr. Die Telefonnummer bleibt Lytow 8753.

Die Aushebung der Schiffahrtspolizei auf dem Sacrow-Pareyer Kanal. Da die Verbreiterungsarbeiten am Sacrow-Pareyer Kanal auf der Hauptstrecke vollendet sind, ist mit dem heutigen Tage die Schiffahrtspolizei aufgehoben und der regelmäßige Schleppterkehr wieder aufgenommen worden. Der Regierungspräsident als Chef der märkischen Wasserstraßen nahm gestern eine Besichtigung der verbreiterten Kanalstrecke vor und verfügte hierauf die volle Betriebseröffnung. Damit wird wieder die an Potsdam und Werder vorbeiführende Wasserstraße entlastet und auch die Verkehrsbehinderungen im Potsdamer Havelarm, die durch die großen Fahrzeugzeuge mehrfach verursacht wurden, werden dadurch beseitigt.

Aus dem Spandauer Schiffahrtskanal gelandet wurde die Leiche eines unbekanntes, etwa 40 Jahre alten Mannes, der wohl ein Hausierer gewesen ist. Er trug um den Hals noch mehrere Bund Schnurwerk und Schlüsselringe, mit denen er wahrscheinlich gehandelt hat. Am linken der linken Hand, an der der Mittelfinger fehlt, hatte der Mann einen Gelenkriemen, auf dem rechten Arm hat

er Tätowierungen, die ein Schild mit dem Buchstaben A. R. 1880 darstellen. Der Unbekannte ist mittelgroß, hat blondes Haar und Schnurrbart und trägt einen grauen Jäckeltanzung, graue Strümpfe und schwarze Schmalleschuhe. Die Leiche hat etwa 6 Wochen im Wasser gelegen.

### Von internationalen D-Zugdieben schwer bestohlen

wurde ein Charlottenburger Herr auf der Rückreise von Capri nach Berlin. Als der Mann gestern hier ankam, bemerkte er, daß ihm die gefährlichen Spitzbuben aus seinem Kopfkissenkasten, den er bei sich führte, für ungefähr 10 000 M. Schmuckstücke entwendet hätten. Ob der Diebstahl schon auf dem Bahnhof in Neapel oder erst während der Fahrt verübt worden ist, kann der Bestohlene nicht sagen. Die Langfinger erbeuteten: einen Anhänger, der aus einer Platinette mit einem großen Brillanten besteht, von dem der eigentliche mit kleinen Brillanten besetzte Hänger ausgeht und dessen beiden Enden mit einer großen Perle und einem Brillanten besetzt ist, im Werte von ungefähr 4000 M.; eine Brillantkranz in der Form eines Blütes, der mit kleinen Brillanten besetzt ist, an dessen Enden je ein großer Brillant angebracht ist; die Fassung der Steine dieses Schmuckstückes, das einen Wert von 1500 M. hat, besteht aus Gold; ein Damenarmband im Werte von 1500 M., bestehend aus einer Reihe großer oder halber Perlen, zwischen denen sich kleine Brillanten befinden, die in Gold gefaßt sind und eine Brillantenherrenschluppel, die glatt gearbeitet und mit einem großen Brillanten besetzt ist und einen Wert von etwa 1000 M. hat. Von den Schmuckstücken, nach denen neben anderen Polizeibehörden auch die hiesige Kriminalpolizei forscht, fehlt ebenso wie von den Dieben noch jede Spur.

### Gefährlicher Dachstuhlbrand in der Ludenwalder Straße.

Große Aufregung herrschte gestern (Dienstag) nachmittag bei einem Dachstuhlbrande in der Ludenwalder Straße 11a. Das Feuer war dort im Dachstuhl des Luergebäudes ausgebrochen und hatte bald eine starke Verqualmung auf dem ganzen Grundstück herbeigeführt, da der Rauch durch die Hitze niedergedrückt wurde. Als die Feuerwehr eintraf, wurden aus allen Stockwerken Hilferufe laut. Obgleich die Feuerwehrmannschaften wegen der Verqualmung nicht das geringste sehen konnten, wurde den geängstigten Personen zugerufen: Ruhig bleiben, die Feuerwehr ist da. Auf dem Hofe wurde sofort eine mechanische Leiter errichtet und die Besatzung drang nach oben vor. Aus dem Dachfenster ragte der Kopf einer Frau heraus, die in der Waischüche beschäftigt gewesen und von dem Brand überrascht worden war. Die Frau — es war die Witwe Gähle aus demselben Hause — wurde von den Feuerwehrmannschaften auf das Dach gezogen und über das Dach des Nebenhauses in Sicherheit gebracht. Da sie durch die Raucheinatmung schon stark mitgenommen war, so wurde sie mit Sauerstoff behandelt. Sie erholte sich auch bald wieder und konnte in ihrer Wohnung verbleiben. Inzwischen hatten andere Mannschaften sich schon an die Bekämpfung des Feuers gemacht. Unter Benützung von zwei Schlauchleitungen konnte der Brand innerhalb einer halben Stunde gelöscht werden. Der Dachstuhl des Luergebäudes ist größtenteils zerstört. Den übrigen Mietern ist nichts passiert.

Ein kostspieliges Abenteuer hatte in der vergangenen Nacht ein Beamter, der nach Empfang seines Gehalts von auswärts hierher gekommen war, um Einkäufe zu machen. Der Mann lernte im Besten der Stadt ein Mädchen kennen und begleitete es nach einem Quartier in der Potsdamer Straße. Aus diesem entfernte sich die Holbe bald darauf, wie sie sagte, auf einen Augenblick. Der Mann wartete aber vergeblich auf ihre Rückkehr und entdeckte endlich, daß sie ihm seine Borschaft von über 400 M. mitgenommen hatte. Die Kriminalpolizei, der er jetzt sein Leid klagt, sucht die Diebin, wird aber von dem Gelde sicherlich noch etwas finden.

Ein Unfall ereignete sich gestern in der Reichsbruderei. Dem dort seit 18 Jahren beschäftigten Arbeiter Dentschel, wurden beim Abladen eines Bortellens die drei ersten Finger der rechten Hand bis zum ersten Glied abgeschlagen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich Montag nachmittag in Moabit zugetragen. An der Ecke der Wegeweg- und Jagowstraße lief gegen 5 Uhr der achtjährige Schüler Paul Kene vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 17 über das Gleis. Obwohl der Führer nach Kräften bremste, wurde der Knabe doch ungestoßen und geriet unter das Schuttbrett. Mittels mitgeführter Binden wurde der Wagon angehoben und der Knabe befreit. Die von Passanten herbeigerufene Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten; sie schaffte das verunglückte Kind, das einen Bruch des Beckens und des Unterleibes erlitten hatte, nach dem Krankenhaus Moabit.

Dachstuhlbrand in Berlin-Südost. Gestern früh gegen 7 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Silesischen Straße 6 gerufen, wo im Dachstuhl des rechten Seitenflügels Feuer ausgebrochen war. Bei Anbruch der Löschzüge brannte der Dachstuhl schon in halber Ausdehnung. Es wurde mit zwei Schlauchleitungen gegen die Klammern vorgegangen, wodurch es gelang, die Gefahr innerhalb einer halben Stunde zu beseitigen. Die Aufräumungsarbeiten nahmen dann noch längere Zeit in Anspruch. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts festgestellt.

Für Erlaubte und Schwerhörige beginnen in der königlichen Charité-Ohrenpoliklinik im April (vom 3. ab) die neuen Kurse im Ablesen der Sprache und zur Spracherhaltung unter fachärztlicher Leitung. — Meldungen dazu werden Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 12-1 Uhr dortselbst entgegengenommen. (Eingang Luisenstraße 11.) Die Teilnahme ist für Unbemittelte unentgeltlich.

Verloren. Ein Portemonnaie ist am Dienstagvormittag während der Zeit zwischen 9 bis 10 Uhr in der Wittenloferstraße verloren worden. Der Inhalt bestand aus 88 M. in 2 Zwanzigmarkstücken, 1 Zehnmarkstück und etwas Kleingeld. Der ehrliche Finder wird höflich gebeten, da es arme Leute betrifft, den Fund an Dreblow, Schreinerstraße 38, abzuliefern.

## Vorort-Nachrichten.

### Von der Bevölkerungsvermehrung Neuföhns.

Der Verwaltungsbericht der Stadt Neuföhns für die Jahre 1910 und 1911 ist soeben vom Magistrat veröffentlicht worden. Er wird eingeleitet durch eine Betrachtung über den Bevölkerungszustand bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 und über die Bevölkerungsbewegung in den Jahren 1910 und 1911.

Die Volkszählung von 1910 hatte 237 289 Personen ergeben, gegenüber 153 513 Personen bei der Zählung von 1906. Die Fortschreibung der Bevölkerungszahl (durch Addition der Geburten und Zugänge und durch Subtraktion der Sterbefälle und Wegzüge) ergab für 1. Januar 1910, 1911, 1912 die Bevölkerungszahlen 220 795, 238 336, 252 953. Der Bevölkerungszuwachs stellte sich für 1910 auf 17 541, für 1911 auf 14 617. An ihm war in den beiden Jahren beteiligt der Geburtenüberschuss mit 4136 und 3580, der Zugangsüberschuss mit 13 405 und 11 037. Der Zugangsüberschuss hat sich verringert, weil die Wegzüge sich stärker als die Zugänge gemehrt haben. Nach den eingegangenen Meldungen (die bei den Wegzügen durch die üblichen Zuschläge für unterbliebene Meldungen ergänzt wurden) waren für 1910 und 1911 in Rechnung zu stellen 54 833 und 55 266 Zugewogene, andererseits 41 428 und 44 919 Weggezogene. Gemebrt hatten sich die Zugewogenen nur um 1123, die Weggezogenen aber um 3491. Die beträchtliche Ermäßigung des Geburtenüberschusses

erklärt sich aus einem Stillstand der Geburtenzahl und einer Mehrung der Sterbefälle. Im 1910 und 1911 wurden gezählt 6314 und 6381 Geborene (einschließlich Totgeborene), andererseits 2378 und 2001 Sterbefälle (einschließlich Totgeborene). An dem Plus von Sterbefällen ist besonders die Säuglingssterblichkeit beteiligt, die in dem ungewöhnlich heißen Sommer 1911 eine außerordentliche Steigerung aufwies. Die Geburtenzahl ist, wenn man sie ohne Rücksicht auf die eingetretene Erhöhung der Bevölkerungszahl betrachtet, nur ganz wenig gesiegen. Bei einer Vergleichung mit der Bevölkerungszahl aber zeigt sich, daß die Geburtenziffer wieder um ein Bedeutendes heruntergegangen ist. In 1910 und 1911 wurden auf je 1000 Personen der mit 225 282 und 245 377 anzusehenden durchschnittlichen Bevölkerungszahl 28,5 und 26,8 Kinder geboren (einschließlich Totgeborene). Das ist zwar sehr viel mehr als z. B. in Berlin, wo in denselben Jahren die Geburtenziffer nur noch 22,3 und 21,8 war. Es gibt aber doch zu denken, daß in der vorwiegend von Arbeiterfamilien bewohnten Stadt Neuföhns in den fünf Jahren zwischen 1906 und 1911 die Geburtenziffer von 37,4 auf 26,3 unaufhaltsam gesunken ist.

Mit der Bevölkerungsvermehrung Neuföhns kann freilich der Rückgang der Geburtenziffer und die Schmälerung des Geburtenüberschusses — dieser sank von 1906 (Ueberschuß 3462) bis 1911 (Ueberschuß 3580) pro 1000 der Bevölkerung von 21,2 auf 14,6 — zunächst noch nicht sehr ins Gewicht fallen. Hier war bisher der Zugangsüberschuss so beträchtlich, daß er den weit ausgedehnten Teil des Bevölkerungszuwachses lieferte. In 1910 und 1911 war der Zugangsüberschuss mit 13 405 und 11 037 mehr als drei Viertel des gesamten, auf 17 541 und 14 617 berechneten Bevölkerungszuwachses. Aber auch der Zugangsüberschuss war in den letzten Jahren nicht mehr so groß, wie z. B. vor einem Jahrzehnt; er sank von 1906 bis 1911 pro 1000 der Bevölkerung von 107 auf 45. Im Jahre 1904 hatte der Zugangsüberschuss sich sogar auf 151 pro 1000 der Bevölkerung gestellt, 18 654 bei einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von damals erst 123 774. Dieser Zugangsüberschuss war an dem gesamten Bevölkerungszuwachs von damals 21 138 mit reichlich acht Reuteilen beteiligt.

### Landtagswahlkreis Teltow, Seesow-Storkow, Berlin-Wilmersdorf.

Die Urwählerlisten für die am 16. Mai vorzunehmende Wahlmännerwahl liegen in allen Drien des Kreises am Donnerstag, den 3., Freitag, den 4., und Sonnabend, den 5. April, zur Einsicht öffentlich aus. An welchen Tagesstunden die Auslegung erfolgt, wird in ortsüblicher Weise bekannt gemacht.

In Berlin-Wilmersdorf liegt die Liste von Mittwoch, den 9., bis Freitag, den 11. April, aus.

Da für die Einsichtnahme in die Wählerliste kein Sonntag in Betracht kommt, wollen die Genossen in umfassender Weise alle Vorbereitungen zu den Wahlen treffen.

Die Einsichtnahme in die Liste erfolgt in

- Königshaus im Rathaus täglich von 8 bis 1 vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags. Alle die Einsichtnahme betreffenden Anfragen sind zu richten an Emil Böhler, Ritter Str. 6, Bornhörschstein.
- Steglitz. Von vormittags 8 bis 3 Uhr nachmittags und nachmals von 5 bis 7 Uhr nachmittags im Hause Schloßstr. 36 II.
- Treptow-Baumhuldenweg. Von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends im Rathaus.
- Wilmersdorf. Im Rathaus Zimmer 24 von 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

- Vichtowrade. Im Gemeindebureau während der Dienststunden.
- Britz-Buckow. Im Einwohnerebeneamt, Gausseiler 50, von 8 bis 1 Uhr vormittags und 2 bis 4 Uhr nachmittags. Am Sonnabend von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.
- Mariendorf. Im Rathaus, Zimmer 14, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr und von 6 bis 8 Uhr abends.
- Mariensfelde. Von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Amtsbureau, Kaiserstraße 28. Außerdem liegt eine Abschrift in den Lokalen von Friedr. Kiepplap 7, und Schuster, Rüdigerstr. 68, aus.
- Königsuferhauen und Umgegend. Vormittags von 9-1 Uhr und nachmittags von 3-6 Uhr in den Gemeindebüros.

Diejenigen Wähler, die in Ermangelung von Zeit an der Einsicht in die Liste verhindert sind, wollen unter Vorbringung ausreichender Legitimation einen bekannten Genossen mit der Einsichtnahme betrauen oder aber sich an den durch rote Plakate kenntlichen Stellen einzeichnen.

### Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Genosse Bernste ein mit, daß der frühere städtische Landmesser Schmidt gegen den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Graf v. Ratuschka Beschwerde führe, weil derselbe Briefe, die an die Versammlung gerichtet waren, nicht zur Kenntnis vorlegte und somit gegen die Geschäftsordnung verstoßen hätte. Da der Vorsteher nicht zugegen war, so wurde die Beschwerde einstweilen zurückgestellt. — Für die Mädchenmittelschule ist die Zahl der Anmeldungen erheblich gestiegen. Von 104 Kindern, die gemeldet waren, haben 81 Schülerinnen in der Prüfung eine ausreichende Befähigung nachgewiesen, so daß die Einrichtung zweier Mittelklassen erforderlich wird. Die Mittel wurden bewilligt. — Mit der Firma Strauß u. Co., Inhaberin Frau C. Cohn, Charlottenburg, wurde ein neuer Pachtvertrag über das Anschlagslokal auf den öffentlichen Straßen und Plätzen abgeschlossen. Der Unternehmer ist gestattet, die Zahl der vorhandenen Anschlagslöcher auf hundert zu erhöhen. Die Aufstellung erfolgt auf Kosten der Unternehmerin. Die neuen Säulen sollen gleichzeitig zur Aufnahme von Geräten der Straßenreinigung und der Parkverwaltung eingerichtet werden, auch sollen 15 Anschlagslöcher mit Koromaluren versehen sein. Bis zum 1. Oktober d. J. müssen 80 Säulen in Betrieb genommen werden. Der Pachtvertrag wird bis zum 31. März 1920 verlängert. Die Unternehmerin ist jedoch verpflichtet, ihn für den im letzten Jahre gezahlten Pachtzins bis zum 31. März 1925 fortzusetzen. Der jährliche Pachtzins betrug bisher 21 000 M. bei 55 Säulen, er soll nunmehr bei 80 Säulen auf 30 000 M., steigend in jedem Jahre um 1000 M. bis 86 000 M. erhöht werden. Dafür ist die Unternehmerin berechtigt, den Tarif um durchschnittlich 30 Proz. zu erhöhen. Es werden erhoben Größe I Säulenraum einschließlich Anschlagsgebühren pro Tag 1 M., bei II pro Tag 1,50, III pro Tag 3 M., IV pro Tag 5 M., Größe V und VI kommen in Fortfall. Ueberschreitet die Zahl der vorhandenen Säulen 100, so ist die Unternehmerin berechtigt, für jede angefangenen 10 Säulen eine Erhöhung der Tariffhöhe um 10 Proz. vorzunehmen, davon erhält die Stadt ebenfalls 5 Proz. Genosse Küter beantragte, diesen Vertrag einem Ausschuss zu überweisen. Die Liberalen hielten eine Ausschussberatung nicht für erforderlich und nahmen den Vertrag unbezogen an. Für die Erweiterung des Spielplatzes im Friedenauer Ortsteil wurden 2500 M. bewilligt.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte beantragt: „Der Magistrat wird ersucht, anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl für den Stadtteil Berlin-Schöneberg die Fristwahl anzuberaumen und jedem Urwähler eine amtliche Legitimation auszubehändigen.“ Genosse Küter betonte hierzu, daß nach dem Wahlreglement zu dem preussischen Landtag vom Jahre 1906 für die Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern die Fristwahl vorgegeben sei, es könne jedoch auch die Terminwahl festgelegt werden. Um nun vor Ueberreichung der Wahlzettel festgelegt zu sein, sei es für alle Parteien besser, wenn ein bestimmter Zeitpunkt vorliege. Ferner sei es vorgekommen, daß eine größere Anzahl Wähler vom Wahlvorstand zurückgewiesen worden

sind, angeblich, weil die Legitimation nicht genügt. Am den Wählern ihr Wahlrecht nicht vorzuenthalten, sei die Ausschüttung einer amtlichen Legitimation erforderlich. — Oberbürgermeister Dominikus erklärte, daß der erste Abzug durch Gesetz geregelt wäre, der Erfüllung des zweiten Abzuges stünde der Magistrat nicht abgeneigt gegenüber, da die Kosten keine allzu hohe seien. Genosse Auler betonte, daß gerade das, was der erste Abzug verlange, nicht durch Gesetz festgelegt sei, sondern durch Reglement, das durch Verordnung anders ausgelegt werden könne, darum sei es erforderlich, daß die städtischen Körperschaften zum Ausdruck bringen, es sei prinzipiell anzuerkennen. Der Antrag wurde hierauf einstimmig angenommen. In geheimer Sitzung erklärte sich die Verwaltung mit der Errichtung von Neubauten auf dem Gelände des Schloßbrauereigartens und der Erhöhung des von der Brauerei zu leistenden Beitrages von 800 000 Mark auf 335 000 Mark einverstanden. Ein besonderes Projekt soll vorgelegt werden.

#### Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorversammlung wurde vom Bürgermeister darauf hingewiesen, daß bei etwaigen Beschwerden über die Siemensbahn Tag, Stunde, Name des Schöpfers und die Wagennummer mit angegeben werden müssen, wenn die Beschwerde nachgeprüft werden soll. Die Feuerungskommission hatte den Antrag gestellt, den amtlichen Verkauf des russischen Fleisches einzustellen, da die Nachfrage immer geringer werde. Es soll daher mit der Stadt Berlin verhandelt werden, ob sie an der dreiwöchentlichen Kündigung festhält, andernfalls soll noch drei Wochen Fleisch verkauft werden. Nachdem Genosse Siege festgestellt hatte, daß es ein Teil der hiesigen Schlächter verstanden habe, der Bevölkerung die Entnahme des russischen Fleisches zu vereinfachen, wurde dem Antrage der Kommission zugestimmt; zum Herbst soll der Verkauf jedoch wieder beginnen. Die vom Bürgermeister beantragte Beteiligung an dem Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungsweien mit einem Beitrag von 30 M. wurde abgelehnt. Die Wahl von zwei Armenbegirtsvorstehern, die in der nächsten öffentlichen Sitzung vor sich gehen sollte, wurde auf Antrag des Genossen Siege öffentlich verhandelt. Gewählt wurden wieder auf drei Jahre die Herren Kofl und Schlagowsky. Zum Schluß der öffentlichen Sitzung richtete Genosse Hellrich die Anfrage an den Bürgermeister, ob derselbe bereit sei, aus Anlaß der Landtagswahlen beim Wintertag des Innern zu beantragen, statt der Terminwahlen die Frühwahl zu gestatten? Bürgermeister Abraham erklärte sich dazu bereit. In der hierauf folgenden nichtöffentlichen Sitzung wurde beschlossen, zu der bevorstehenden Landtagswahl Legitimationskarten für die Wähler drucken zu lassen. In Rücksicht auf die erheblichen Vorlokosten sollen die Karten jedoch nicht mit der Post verandt, sondern von den Wählern abgeholt werden. Von unseren Genossen wurde der Vorschlag gemacht, zum Abholen der Karten eine Frist von acht Tagen zu gewähren, außerdem soll es möglich gemacht werden, daß die Karten auch in den Abendstunden und an einem Sonntag abgeholt werden können. Diejenigen Wähler, die trotzdem keine Zeit haben, können sich durch ihre Frauen gegen Vorgeigung einer Legitimation (Steuerzettel, Mietkontrakt) die Karte abholen lassen.

#### Reinickendorf.

Aus der Gemeindevorstellung. Eine Sonderstellung unter den Etats nimmt der „Wasserwerksverwaltung“ ein. Er soll bei einer Einnahme von 265 000 (223 500) M. und einer Ausgabe von 204 500 (179 000) M. einen Ueberschuß von 60 500 (44 500) M. erbringen. Doch ist dieser Betrag um mindestens 30 000 M. zu niedrig gegriffen. Unsere Genossen und Herr Vinius beantragten daher die Einnahmen auf 295 000 M. festzusetzen. Während aber Herr Vinius diese 30 000 M. zur Verhängung von Steuererhöhungen verwenden wollte, beantragten unsere Genossen Ueberweisung dieser Summe in den Reservefonds. Doch davon wollte der Gemeindevorstand nichts wissen. Der sicher zu erwartende höhere Ueberschuß soll wieder, wie bisher zum Verstopfen aller möglichen Etatslöcher verwendet werden. Dielem Mißstand zu steuern, gelang leider nicht. Beide Anträge wurden abgelehnt. Der Etat der „Industriegewerksverwaltung“ erfordert bei 35 570 (34 610) M. Einnahme und 37 670 (36 710) M. Ausgabe denselben Zufluß (2100 M.) wie im Vorjahre. Zur Verzinsung und teilweisen Tilgung der Anleihen werden gebraucht 795 000 (697 700) M. Für die „Außerordentliche Verwaltung“ wird zur Deckung von Ausgaben für verschiedene Zwecke eine neue Anleihe von 400 000 M. gefordert. Alle Etats zusammen erfordern einen Zufluß von 1 520 575 M., dem nur aus einer einzigen Verwaltung ein Ueberschuß von 60 500 Mark gegenübersteht. Der Restbetrag ist durch Steuern zu decken. Am liebsten würde die Haus- und Grundbesitzermajorität der Gemeindevorstellung dieses Päckchen dem am wenigsten leistungsfähigen Teil der Bürgerchaft aufbürden. Verschiedene Bedenken lassen sie aber davor zurückzureden. Eine stärkere Abwanderung vom Orte und die Unermietbarkeit ihrer Wohnungen wäre ihr Ruin. Das Ideal der Besitzer des vorläufig noch ungebauten Grundbesitzes ist, schnell großen Verdienst bei möglichst niedrigen Spefen einzubringen. Ein wesentlicher Teil ihrer Spefen ist aber die steuerliche Belastung ihres Grundbesitzes. Diese trachten sie möglichst niedrig zu halten. Um das zu erreichen, versuchen die Terrainbesitzer Einfluß auf die Gemeindevorstellungen zu gewinnen. Entweder lassen sie sich selbst in diese wählen oder delegieren ihre Vertrauensleute hinein. Droht nun eine Steuererhöhung, dann suchen

diese zunächst durch Ersparnisse an den Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen die Gefahr zu mindern; gelingt das aber nicht, dann zeigt sich erst der Grundbesitzer „lebhaftes Interesse für die Gemeinde“. In den düstersten Farben schildern sie die Gefahren, in denen die Gemeinde schwelgt, wenn der Grundbesitz belastet wird. Ihre „sachmännischen Kenntnisse“ drängen sie zur Prophezie: „Die Erhöhung des Terrainwuchers ist der Ruin der Gemeinde“. Leider sind aber die anderen mit Grundbesitz weder lässlich noch erblisch belasteten Mitglieder der Gemeindevorstellung nicht immer naiv genug, diese herborragenden „Sachkenntnisse“ zu würdigen. Sie trieben ihre Respektlosigkeit sogar so weit, die Steuervorschläge des Direktors Busch von der Terraingesellschaft Berlin-Nord in namentlicher Abstimmung mit 14 gegen 8 Stimmen abzulehnen. Und dabei hatte er doch nur gefordert, den Kommunalschlag von 140 auf 150 Proz. zu erhöhen, den fehlenden Rest durch eine geringe Erhöhung der Grundwertsteuer zu decken. Dagegen wurde noch längerer lebhafter Debatte mit gleicher Stimmenzahl beschlossen, den erforderlichen Mehrbetrag von 50 000 M., gemäß den Vorschlägen der Finanzkommission zu decken. Es werden also erhoben, an Kommunalschlägen 140 Proz., an Gewerbesteuer 300 Proz. für die 1. und 2. Klasse, 200 Proz. für die 3. und 4. Klasse und an Grundwertsteuern 3 1/2 resp. 7 Promille, die Betriebssteuer mit 100 Proz. Diese direkten Steuern sollen eine Einnahme von 1 338 000 M. bringen. Die Bier- und Brausteuer, die Luftbarkeitssteuer, die Wertzuwachssteuer, die Umsatzsteuer, sowie die Hundsteuer sollen 270 000 M. Einnahme ergeben. Der „Gesamtertrag“ schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4 152 000 M. ab. Ein netter Zufall spielte den Herren bei der Abstimmung über den Gesamtertrag recht übel auf. Für gewöhnlich eine leere, kaum beachtete Formel, gewann sie diesmal Beachtung durch einen Provokationsversuch des Herrn Bagemann, der sich für gelegentliche, unglücklich verlaufende Exkursionen im eigenen Lager, bei seinen Freunden durch Antempelungen unserer Genossen wieder anzubiedern suchte. Er beantragte, über den Etat namentlich abstimmen zu lassen, „damit man sehe, wie die Herren von der äußersten Linken stimmen werden“. Obwohl ihm unsere Genossen ausdrücklich bestätigten, daß sie diesen Etat ablehnen würden, polterte er weiter. Und der Erfolg? Mit zehn gegen neun Stimmen wurde der Etat — abgelehnt! Außer unseren Genossen hatten auch die Grundbesitzer dagegen gestimmt. Es entstand große Aufregung und Verwirrung. Nach langem Parlamentieren, während dessen mehr als einer befristete, nicht gemerkt zu haben, wofür er gestimmt habe, wurde nochmals namentlich abgestimmt. Nunmehr gelangte mit zehn gegen sieben Stimmen, bei einer Stimmenthaltung der Gesamtheit zur Annahme.

#### Eggersdorf.

Ueber die neue Militärvorlage referierte in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung im „Kundenhof“ am Sonntag Genosse G. Busch. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen.

#### Röntgenal, Jevernik, Buch.

In der Generalversammlung des Bezirkswahlvereins genannter Ortsteile, der erst im Oktober vorigen Jahres gegründet wurde, erstattete der Vorsitzende den Halbjahres-Bericht. Danach ist die Zahl der Mitglieder von 94 auf 134 gestiegen. An Einnahmen waren 372,30 M. zu verzeichnen, denen eine Ausgabe von 181,77 M. gegenüber stand. Die Zahl der Vorwärtler beläuft sich auf 136, die der Arbeiterjugend auf 52. Versammlungen fanden statt: eine öffentliche und eine Mitgliederversammlung. Die Wahl der Bezirksleitung hatte folgendes Resultat: 1. Bezirksleiter: Theodor Buchholz, 2. Bezirksleiter: Fritz Maier, Kassierer: August Küggebrecht, Schriftführer: Paul Raabe, Beisitzerin: Frau Pflög. Nachdem noch die Wahlen der Aenderungskommission, der Lokalkommission, der Revisoren, der Zahlabendeiter, des Jugendauschusses und des Delegierten zur Kreis- und Reichstags-Generalsversammlung erfolgt war, nahm die Versammlung noch Stellung zu den kommenden Landtagswahlen. Der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden, sich nun recht rege an den Landtagswahlarbeiten zu beteiligen.

#### Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung gab ihre Zustimmung zur Errichtung einer Schulzahnklinik; sie bewilligte hierzu einmalig 2000 M. und für laufende Ausgaben 1600 M. Die Betriebskosten der Schulzahnklinik sind auf 3700 M. bemessen worden, wovon jedoch 2100 M. aus den Beiträgen der Kinder aufgebracht werden sollen. Die Eltern der Kinder aus den Gemeindefschulen, die sich an der Zahnpflege beteiligen, müssen jährlich einen Beitrag von einer Mark zahlen und die Kinder aus der Charlotenschule einen solchen von drei Mark. Richtiger wäre es zweifellos gewesen, man würde von den Eltern keinen Beitrag verlangen und die Zahnpflege auf alle Kinder ausdehnen, denen dann erst könnte man von einer wirklichen Schulzahnklinik sprechen. — In der vom Magistrat vorgenommenen Aenderung der Luftbarkeitsverordnung gab die Versammlung ihre Zustimmung. — Die deutschen Heimatspiele auf dem Brauhäuserge wollen trotz der Klänge, die man macht, nicht recht was abwerfen. Die Stadtverordneten bewilligten deshalb für die diesjährigen Aufführungen genau wie im Vorjahre wieder 2000 M., trotzdem derartige Veranstaltungen nicht

zu den kommunalen Aufgaben gehören. Wenn sie für diese patriotischen Aufführungen Verständnis besäßen, so mangelte ihnen dieses scheinbar bei der Vorlage, die die Bewilligung von 500 M. für den evangelischen Frauenbund vorsieht, der in der Drauerstraße eine Kaffeeleiche zu errichten beabsichtigt, in der Milch, Limonade, Bouillon, Bräthen usw. zu billigen Preisen verabsolgt werden sollen. „In dieser Kaffeeleiche könnten sich irgendwelche Elemente zusammenfinden und für die Anwohner zu einer Plage werden“, deshalb wurde die Vorlage abgelehnt. — In notwendigen Arbeiten an der Nikolaitische wurden 2160 M. und für ein zu errichtendes Eckamt 36 000 M. bewilligt. — Ein 70-jähriges Fräulein Schulz-Gora hat der Stadt 30 000 M. mit der Maßgabe geschenkt, daß diese Summe zu einem Heim für alleinlebende Personen verwendet werde und daß der Schenkerin bis zu ihrem Ableben die Summe mit 4 Proz. verzinst werde. — Am Schluß der Sitzung widmete der Stadtverordnetenvorsteher dem Scheidenden Bürgermeister A o d i g Worte der Anerkennung und des Dankes.

#### Bernau.

Die Urwählerlisten der einzelnen Bezirke liegen am 3., 4. und 5. April, von 8—12 Uhr mittags und von 2—6 Uhr nachmittags, im Zimmer Nr. 2 auf dem Rathaus aus. Reklamationen können nur in der Zeit der Auslegung angebracht werden. Versäumt niemand die Einsichtnahme in die Listen.

#### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevorstellungen.

Pandw. Am Donnerstag, den 3. April, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses.  
Röntgenal, Jevernik. Am Freitag, den 4. April, abends 7 Uhr, im Gemeindevorstand in Jevernik, Dorfstraße.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizumohnen.

Leis- und Distriktklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute, Mittwochabend: Sitzung im Lokal von Eichhorn, Panziger Str. 93. Vortrag: Gäste willkommen.

Leis- und Distriktklub „Ludwig“. Heute Sitzung bei Reichardt, Götlicher Str. 58. Gäste willkommen.

#### Eingegangene Druckschriften.

Das Kriegsgericht. Von H. v. Uffall. 25 Bl., geb. 60 Pf.  
Reider machen Leute. Von G. Keller. 30 Bl., geb. 70 Pf. —  
Deutsche Dichter-Gedächtnisstätte, Hamburg-Großbörstel.  
Die Geheimnisse auf dem Wiener Kongreß. Von K. Jourmier. 12 M., geb. 15 M. J. Tempel, Wien. G. F. Schlegel, Leipzig.  
Führer durch Mannheim. Herausgegeben vom Bezirksverein 40 Pf. Selbstverlag in Mannheim.  
Der Parival-Schuh. Von J. Weber-Robine. 1 M. A. Kauf, Berlin SW. 68.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag abends 6 Uhr, vom vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Saugabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Omega 1000. In der Reichstagsrede wird ein Dauerbesitz angenommen, so daß Verjährung nicht eintritt. — R. M. Die Leuzungszulage nicht, die Beihandlungsgratifikation nur dann, wenn sie üblich ist und wiederholt. — G. S. 25. 1. Ja, da die Wählerliste maßgebend ist. 2. und 3. Nein. — R. 38. Rät sich nur nach Einsichtnahme in den Sachverhalt beantworten. — M. S. 101. Nein. — G. S. 30. Nein. — G. C. 1888. Der Satz erscheint zu niedrig. Ihre Schwester soll Erhöhung beantragen, falls die Gemeinde solche ablehnt, sich beim Kreis-ausschuß beschweren. — Warnung. Fordern Sie brieflich die Rückgabe der Photographie innerhalb einer Frist, die Sie setzen können. Falls die Frist erfolglos verstreicht, können Sie klagen. — W. G. 10. 1. und 2. Nein. Aus dem zu 2. angegebenen Grunde kann jedoch aus Billigkeitsgründen eine Ermäßigung erfolgen. 3. Eine Verpflichtung zu der Angabe besteht nicht. Die Anfrage geschieht zur eventuellen Schätzung des Einkommens. 4. Fragen Sie beim Verlag des „Wahren Jakob“, A. G. B. Dieg-Koch in Stuttgart an. — Testow. 1. Bei Ausländern Naturalisation, bei Reichsangehörigen Aufnahme in den Staatsverband. 2. Die bisherige Staatszugehörigkeit geht nicht verloren. Sie können eventuell in sämtlichen Bundesstaaten die Staatsangehörigkeit erwerben. 3. Ja. — G. S. 73. In der Regel nein, falls nicht aus besonderen Gründen, die in Ihrem Schreiben nicht angegeben sind, eine Ersatzpflicht angenommen wird. — W. S. 100. 1. Fordern Sie Rückkehr. Alimentationspflicht besteht ab dann nur für den Fall der Hilfsbedürftigkeit. Für Schulden, die zum Unterhalt gemacht sind, würden Sie haltbar sein. Sie können jedoch durch Erklärung zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll der Frau die Befugnis, Schulden zu machen, entziehen. 2. Für das Kind müßten Sie Alimente zahlen und zwar bei dem angegebenen Einkommen etwa 35 bis 40 M. monatlich. Dann können Sie Klage auf Herausgabe des Kindes erheben. 3. Ja. 4. Nur dann, wenn der Scheidungsfall die Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft vorangeht und nach Rechtskraft des auf Wiederherstellung lautenden Urteils ein Jahr verstrichen ist, ohne daß die Frau zurückkehrt. 5. Sie bleiben für die Miete bis zur anderweitigen Vermietung haltbar. — W. 34. 1. Es ist keine bestimmte Anzahl vorgeschrieben. 2. Ein Ausfluß kann eingekippt werden, ist aber kein gesetzliches Vorrecht. 3. Vorkaufsgesetz. — G. S. 10. Soweit ersichtlich, sind die Rechte aus dem Zahlungsvorbehalt erloschen. Sie können daher an den Brief zahlen. Sollte ein gerichtlicher Bindungs- und Ueberweisungsbeschluss gefolgt sein, so ist der Gläubiger empfangsberechtigt.

# Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher

filiale Berlin.

Bureau: Melchiorstraße 28 part. — Telephon: Amt Moritzplatz Nr. 4787.

## Mitbürger, Arbeiter und Hausfrauen!

Kein wirtschaftlicher Kampf dürfte frivoler vom Jaune gedrohen sein, als die jetzige **Ausperrung im Malergewerbe.** In ihrer selbst geschaffenen bedrängten Lage bestürmen die Scharfmacher ihre Auftraggeber — insbesondere die Hausbesitzer: **„Halten Sie mit Ihren Aufträgen zurück, bis der Kampf beendet ist.“** so heißt es wörtlich in dem Rundschreiben des Arbeitgeber-Verbandes. Bei der engen Interessengemeinschaft der Hausbesitzer mit denen der Scharfmacher im Malergewerbe ist diese Befürchtung, wenn auch nicht völlig ernst, aber doch nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. **Mitbürger, Arbeiter und Hausfrauen! Befundet Solidarität in dem uns aufgedrungenen Kampfe.** Macht die Hoffnung der Scharfmacher zu nichts und verzichtet nicht auf die ausbedungenen und notwendigen Renovierungsarbeiten, sondern verlangt die Ausführung der Arbeiten von Eurem Hauswirt. Die Hausbesitzer sind in der Lage, ihren übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, denn es stehen hinreichend Firmen zur Verfügung, die sich der brutalen Ausperrungstaktik der Führer des Arbeitgeber-Verbandes nicht angeschlossen haben. Dieses beweist auch die minimale Zahl der Ausgesperrten. Es ist eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn einige Führer des Arbeitgeberverbandes erklären, daß die Werkstellen der Mehrzahl der Malereibetriebe seit dem 8. März geschlossen sind und alle sozialdemokratischen Gehilfen und Anstreicher entlassen sind. Die Wahrheit ist, daß neben den „sozialdemokratischen“ — womit unsere Mitglieder dem Bürgertum gezeichnet werden sollten — auch die Angehörigen des Christlichen Malerverbandes und des Gewerkevereins der Kirch-Dunkerschen Richtung **ausgesperrt wurden.** Lediglich die wenigen Unorganisierten haben vor ihren Augen Gnade gefunden, aber auch dann erst, nachdem dieselben durch Unterschrift eines Reverfes sich des Koalitionsrechtes begeben hatten.

## „Die Malermeister können diese Lohnerhöhungen nicht aus eigener Tasche bezahlen...“

soll gleichfalls mit als Rechtfertigung ihres Vorgehens dienen. Dem gegenüber ist festzustellen, daß — nach der offiziellen Kalkulation des Arbeitgeber-Verbandes — bei einem Rechnungspreis von 21 M., welches einer Tagesleistung eines Berufsfollegen gleichkommt, die nach den Schiedsprüchen der Herren Unparteiischen

## zu zahlende tägliche Lohnerhöhung ganze 18 Pf. betrug.

Daß diese minimale Lohnerhöhung zu tragen war, beweist, daß neun Zehntel der Unternehmer von Berlin und Brandenburg sich für Annahme der Schiedsprüche erklärt hatten und lediglich den Scharfmachern im Reiche zuliebe die Ausperrung vorgenommen wurde.

Das Ziel des Arbeitgeber-Verbandes geht nach seinen eigenen Angaben darauf hinaus, die Massen der Organisationen zu leeren, um unserer Kollegenchaft bedingungslos den Frieden zu diktieren, und weiter den Organisationen durch Gründung einer gelben Organisation ihre Geschlossenheit in der Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu nehmen.

Wir glauben, nicht vergeblich auf die Solidarität der Einwohnerschaft von Berlin und Umgebung in der angegebenen Richtung appelliert zu haben.

**Hoch die Solidarität!**

Die Ortsverwaltung.

Sie kaufen vorteilhaft  
**MÖBEL**  
auch auf  
**KREDIT**  
im Spezial-Geschäft von WILHELM  
**MISCH**

Große Frankfurter Straße 45-46  
gegenüber Markusstraße.

Die reellsten und billigsten  
**Möbel**

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stularten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung

**Garbáty**  
Cigaretten  
**Qualität**

Ziehung 8., 9., 10., 11., 12. April 1913.

Große Coburger  
**Geld-Lotterie**  
17 553 Geldgewinne,  
welche ohne Abzug in bar aus-  
gezahlt werden.  
Hauptgewinne:  
**M. 100 000**  
**50 000**

bis herab zu Mark 10.  
Ich versende diese Lose  
zu dem amtlich festgesetzten  
Preis von **M. 3.—**  
(für Porto u. Liste 30 Pf. extra)  
gegen Einsendung des  
Betrages mittels Postan-  
weisung oder Briefmarken,  
auf Wunsch auch gegen  
Nachnahme. — Wenn die  
Zusendung p. Nachnahme  
gewünscht wird, genügt  
die Bestellung durch eine  
Postkarte.  
**Karl Hermann Thiel,**  
Hamburg 36 W. 60/1\*

Haben Sie Stoff?  
ich fertige davon Anzüge od. Paletot  
nach Mass, schick, dauerhaft.  
Zustat  
von 25 Mark an. Moritz Laband,  
Neue Promenade 8, II. (Städt. Bln.)

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte  
Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen  
5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte  
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen**

**ANZEIGEN**

für die nächste Nummer werden in den Annahme-  
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis  
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,  
bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**Gardinen, Stores, Bettdecken,**  
von 1,95 an, Rouleaustoffe 0,95, Gar-  
dinenreste fabelhaft billig. Georg Lange  
Nachfolger, Chausseestraße 73/74.

**Blischportieren, Feinpor-  
tieren,** von 3,75 an, Ruderstagnier-  
toren 4,75, Blischschäden 5,50,  
wunderbare Teppiche 6,75.  
Chausseestraße 73/74, Lange.

**Teppiche, hochlegant, mit feinen  
Kordeln,** enorm billig, Vorlagen  
0,95, Ruderstoffe alle Breiten. Extrap-  
preise für den Umzug. Rompartier  
nach 5 Prozent Extrarabatt. Teppich-  
haus Georg Lange Nachfolger,  
Chausseestraße 73/74. 485R\*

**Ohne Geld 0,50 wöchentlich:** Gar-  
dinen, Vorhänge, Teppiche, Decken,  
Ufren, Bilder, Möbel, Polsterwaren,  
Betten, Bücherverkauf, Gardinen-  
verkauf, Teppichverkauf, Herren-  
garderobe, Goldschmuck. Sonntags  
geöffnet. 117R\*

**Wandteppichhaus, Blücherdorf,  
Kunstaalstraße 66. Spottbilliger Bett-  
verkauf, Blücherdorf, Gardinen-  
verkauf, Teppichverkauf, Herren-  
garderobe, Goldschmuck. Sonntags  
geöffnet. 117R\***

**Germanianus 6. Wandteppichhaus,  
Etrablische Badetanne, Gebro-  
den. Herrenpaletots, Herren-  
kleidung, Herrenschuhe, Gardinen-  
verkauf, Teppichverkauf, Blücher-  
dorf, Blücherstraße 125, im Hause der Möbel-  
fabrik. 201R\***

**Teppiche (Bambustextil) enorm  
billig. Kaiserhof, nur Große Frank-  
furter Straße 9, parterre. Kein Laden,  
Sommerhaus in der Vorstadt.**

**Teppichdecken, diverse Fabrik, nur  
Große Frankfurter Straße 9. 247R\***

**Gardinen, Tischdecken, Blüch-  
portieren, Badetanne, nur  
Große Frankfurter Straße 9, Par-  
terre, 1. Stock. Sommerhaus in der  
Vorstadt.**

**Betten, Stand 9.—, Drücker-  
straße 70, im Keller. 1200R\***

**Neuzeitliche elegante Herrenanzüge  
und Paletots aus besten Stoffen  
20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark,  
Berlinderhaus Germania, Unter den  
Eichen 21.**

**Teppiche! (Kleiderstoffe) in allen  
Größen, fast für die Hälfte des Wertes  
Teppichverkauf, Badetanne, Kaiserhof,  
Rack 4, Bahnhofstraße. (Kleider des  
Sommers) erhalten 5 Prozent  
Rabatt! Sonntags geöffnet!**

**Labenrichtung, große Aus-  
wahl, Steiniger, Sanftstraße 51, +101\***

**Leinwand für Gartenfreunde  
Ein Katalog für die Pflege und  
schöne Gestaltung des häus-  
lichen Ziers, Gemüse und Obst-  
gartens von Max Hebbel. Zweite  
vermehrte Auflage. Mit 137 Text-  
abbildungen. Preis 2,50 Mark. Ex-  
pedition Bornärdts, Lindenstr. 69.**

**Waschküchen ohne Anzahlung, Woche  
1,00. Kleiderlager! Louis Böhler  
(Schilder), Kronenstraße-Spezialstraße 32  
Betriebsleitung: Vorpostenstraße 32  
(kein Laden). (Fahrerbindung War-  
schauerstraße). Filiale: Neufuß,  
Schulauer Damm 31, Eingang De-  
mannplatz. 2641R\***

**Bettdecken, Stand 10,00, feinste  
Baumwolle, Kattun, Gardinen,  
Vorhänge, Teppiche, Decken, Ufren,  
Reisen, Teppichhaus, Wandteppichhaus,  
Küchenschrank 7. 317R\***

**Waschküchen, Juglampen, Lein-  
wandungen 1,00 wöchentlich — billige  
Beste! Montage kostenlos! Kronen-  
lager Große Frankfurterstraße 92,  
I. Etage, Havensstraße 6 (Wedding),  
Schönhofen Allee 121 (Gleimstraße),  
Neufuß, Berlinerstraße 102. 278\***

**Grundbesitzer der Volkshaus, von  
Friedrich Stampfer. Gebunden 3 R.  
Buchhandlung Bornärdts, Linden-  
straße 69 (Laden).**

**Neun Prozent Rabatt Bornärdts-  
leinen.**

**Totalverkauf** von ange-  
schätzten Gardinen, Stores, Rüschen-  
gardinen, Bettdecken, Rouleaus jetzt  
absolut billig.

**Gardinenreste, Fenster 1,55, 1,95,  
2,45, 2,85, 3,30, 4,25, 5,50, 6,75 ufm.  
E. Weisenberg's Gardinen- und  
Teppichhaus, Große Frankfurter-  
straße 125, im Hause der Möbel-  
fabrik an der Kappensstraße.**

**Teppiche mit Rüschen 7,50,  
9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50,  
25,50, 29,50 ufm. Teppichhaus Große  
Frankfurterstraße 125, im Hause der  
Möbelfabrik an der Kappensstraße.**

**Wandteppiche, Blücherdorf, 1—3 Fenster Tuch-  
portieren, Blücherdorf, Ruder-  
stagnierer, neueste Muster, Fenster  
2,85, 3,50, 4,25, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50,  
9,50, 11,50, 14,50, 18,00 ufm. Vorhänge-  
haus, Große Frankfurterstraße 125.**

**Tischdecken, Feinweben, Blüch-  
dorf, 1,55, 1,95, 2,45, 2,95,  
3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70  
bis 45 Mark.**

**Teppichdecken, Simlische, vor-  
nehmste Ausführung 3,75, 4,55, 5,75,  
6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 ufm.  
Große Frankfurterstraße 125, im Hause  
der Möbelfabrik.**

**Duwandecken, zurückgelegt, 3,95,  
4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50,  
15,50 bis 50,00.**

**Küchenschränke, Möbelstoffe, Im-  
movente, Schlafdecken und Rei-  
decken, fabelhaft billig. Große Frank-  
furterstraße 125, im Hause der Möbel-  
fabrik. 201R\***

**4,00 Prachtbett, baumiges  
7,50, Kissen 0,90. Damastbezüge  
3,50. Andreasleithaus, Andrees-  
straße 38.**

**Bauerndecor, Unterbett, zwei  
Kissen, zwei Überbetten, 14,25.**

**Bauerndecor, Unterbett, zwei  
Kissen, 26,00, nur Andreasleithaus,  
Andreesstraße 38. 350R\***

**Monatsschne, Paletots, großes  
Lager, jede Figur, kann man am  
billigsten beim Kaufmann; jede  
Wendigung nach Wunsch in eigener  
Verfertigung. 5 Prozent billiger für  
Bornärdts. Kappensstraße 38, Schnei-  
meister, Kappensstraße 38.**

**Gardinen! Teppichdecken! Portieren!  
Tischdecken! außergewöhnlich billig!  
Bornärdts 5 Prozent Rabatt  
extra! Gardinenhaus Brüm, Hoch-  
felder Markt 4 (Bahnhof Börse),  
Sonntags geöffnet.**

**Teppichhaus „Brunnen“. Betten  
preisbillig Brunnenstraße 118, Ecke  
Weddikerstraße. 28R\***

**Sehr billige Teppiche mit feinen  
Webungen, prima Qualität. 130/200  
14,25, 160/220 20,75, 200/300 33,50  
Teppichhaus Emil Lehner, nur  
Dramienstraße 158, nirgends billiger.**

**Kleingemalte, feine, Teppiche,  
ein großer Rollen diverse Größen,  
unter Preis. Teppichhaus Lehner,  
nur Dramienstraße 158. 270R\***

**Monatsschne und Sommer-  
paletots von 5 Mark sowie Hosen  
von 1,50, Gebrodenzunge von 12,00,  
Prads von 2,50, sowie für torpente  
Figuren. Neue Garderobe zu Hause mit  
billigen Preisen, aus Wandteppich-  
häusern kaufen man am billigsten  
bei Rab. Mühlstraße 14.**

**Waschküchen, Gas-  
lampen, Dampfgaspendel, Gaswand-  
arm, Moderne Dampfgaslampen,  
Gasfächer. Alle billige Bezug-  
stoffe. Zurückgelegte Muster (post-  
bille). Schroeder, Hochstraße 43.**

**Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig  
Bilder, Spiegel, Teppichdecken, Tisch-  
decken, Teppiche, Portieren, Gardinen,  
Bügeleisen, Ufren, Ferner Möbel,  
Polsterwaren liefert Bedler, Neue  
Schnitzstraße 34, Besuch oder Post-  
samt. 148R\***

**Klappstühle, zurückgelegte, Postdam-  
merstraße 61. 225R\***

**Rahmenmaschine, nagelneu, labellos,  
privatamt (postbillig), Kappensstraße 61/14\***

**Kinderwagen, Teilkaplan, Woche  
1.—, Klappwagen! Kleinauswahl!  
Sportbillig. Reichel Nachf., Bachstraße  
80. 369R\***

**Pommerische Betten, 2 Bed-  
decken, 2 Kissen, weisse Wäsche, 15,00,  
große Kissen 90 Fernis, Damast-  
bezüge 3,90, Kaschmirschle, Stepp-  
decken, Portieren, Teppiche, Gardinen,  
Wandteppiche, Pringsstraße 34.**

**4,25 Prachtbett, baumiges  
Bett, retroja getreilt, Pringsstraße  
34, Pringsstraße 34.**

**Auskerbetten, ganzer Stand,  
26,50, nur in der billigen Wandteppich-  
Pringsstraße 34. Fahrgebe wird  
vergütet. 376R\***

**Geschäftsverkäufe.  
Wittgeschäfts, 800,00, veräußert,  
Steglich, Schönhauserstraße 21. +139**

**Restaurant, Transitzweg  
billig veräußert, erforderlich 800 Mark,  
Küchens, Bornärdtsstraße 38, Bieler,  
Schanstraße 105. +128**

**Möbel.**

**Der Möbel reell und dabei billig  
kaufen will! Kein Spezialgeschäft  
für Ein- und Zweizimmer-Einrich-  
tungen bietet Ihnen Vorteile. Ge-  
schmackvolle Musterwohnungen, auch  
gute gebrauchte sowie zurückgelegte  
Möbel, Dequeme Zahlweise gestattet.  
Kassapreis Einsparung, keine An-  
zahlung. Bekannte Rückzahlung  
bei Krankheit, Auswanderung ufm.  
Tischlermeister Gabbert, Andrees-  
straße 54. 245/20\***

**Blücherstraße 40—80,00, Chaise-  
longues 18,00, Ausgewähltes, Teumeau  
33,00, Kleiderkasten, englische Bett-  
stellen 25,00. Tapezierer Walter,  
Stargarderstraße 18. 347R\***

**Dauertanten, Spindelmaschine,  
moderne Stühle, hübsche Küch-  
eneinrichtung, Sofa, Wandbilder  
verkauf postbillig Bauer, Große  
Frankfurterstraße 85, eine Treppe. \***

**Moderne, vollständige Wohnungs-  
einrichtung, Stühle, Küche, alles noch  
neu, sehr billig. Kappensstraße 57,  
born III bei Glas. 61/17\***

**Metalbetten, zwei, modern,  
Kleiderbett (postbillig) veräußert  
Joffenerstraße 10, Outgeschäft. 50/1\***

**Tischlermeister gibt Möbel auf  
Teilkaplan bei beliebiger Anzahlung  
zum Kassapreis. Stets Gelegenheits-  
läufe in gebrauchten und zurück-  
gelegten Möbeln, auch auf Teil-  
zahlung. Kassapreis von Kunden  
wird gut honoriert. Offerten Post-  
amt 90 Postlagerkarte 44.**

**Rahmenbühnen, 85,00, Schreib-  
tisch 32,00, Sofaambul 38,00, Nougat-  
tisch 50,00, Vaneelbrett 5,00, Ausgewähl-  
tisch 16,00, Spiegelbrett 26,00, Stühlen-  
tische 3,00, Spiegelstühle 48,00, An-  
schliffstisch 25,00, englische Bettstellen  
22,00, Tabagone, Säulenstühle,  
Säulenschemel, Biergeschloß, Leder-  
stühle, Holzschloß, Rüstische 12,00,  
Kamerling, Kastentisch 26 und  
Kleiderschrank 18, 17 und 21.  
Kleiderschrank. Gelegenheitsläufe von  
Schlafzimmern, Speisestimmern, Her-  
renzimmern, Kücheneinrichtungen,  
vorrätig, alles gebrauchte Möbelstücke  
zu billigen Preisen. 174R\***

**Höfner-Möbel, Gebundene Ein-  
und Zweizimmer-Einrichtungen zu  
214,—, 280,—, 321,—, 432,—, 516,—  
ufm. Kappensstraße 34, Kappens-  
straße 34. Bestellen Sie die  
lokalen Auswahllisten 300 Einrichtungen  
vorrätig. Näheres über 4000 Stel-  
lungen. Direkter Verkauf an Ori-  
ginale, daher enorm billig. Komplette  
Büchertische, alle Farben: 45,50 Mark.  
Für reelle Arbeit. Schreibe-  
tafel. Lieferung kostenlos, eigene  
Werkstatt. Hochzeitgeschenk gratis.  
Höfners Möbel-Engrosverkauf, Peter-  
sstraße 11—13 (Höfners Hof),  
Beden Nachmittagsbesuch Kauf  
normittags erdeten. Sonntags 12—2.**

**Möbel ohne Geld! Bei feiner  
Anzahlung geben Büchertische und  
einzelne Stücke und Möbel unter  
äußerster Preisermäßigung, auch Waren  
aller Art. Der ganze Laden läuft bei  
uns. Kappensmann u. Co., Kappens-  
straße 4. (Schleiferer Schutbol.) \***

**Wohnungs-Einrichtungen, Speis-  
stille eine und zwei Stuben und  
Küche, Einzelmöbel billig, ge-  
bogene Teilkaplan gestattet. Langt,  
Schwedterstraße 26. 111R\***

**Möbelfabrik, Georg Leumteit,  
Oranienstraße 172/173. Wer ge-  
diegene Möbel billig kaufen will, soll  
nicht versäumen, mein großes Lager  
zu beschauen. Stube und Küche  
246,00, 430,00, elegante 588,00, zwei  
Stuben und Küche 650,00 bis  
850,00, englische Schlafzimmer  
272,00, eigene Speisestimmern, Herren-  
zimmer, Anubett 26,00, Tischensofa  
58,00, Kleiderkasten, Bettsofa 36,00,  
Teumeau 35,00. Farbige komplette  
Küchen von 56,00 bis 300,00. Katalog  
gratis. Kauf Teilkaplan. 96R\***

**Möbelsuchenden empfehlen wir  
kaufsanlaglos unsere Kleiderläger in  
kompletten Küchen und Küchen-  
einrichtungen, ebenso Einzelmöbel,  
von einfachen bis feinsten Sorten  
zu beschauen. Nie wiederkehrende  
Gelegenheit, gebiegen und postbillig  
zu kaufen, da große Rollen Möbel  
aus dem Lager und Verfertigerungen  
heraus, zum Einzelverkauf über-  
nommen haben. Anlante Zahlungs-  
weise, kostenlose Lagerung und Verfer-  
nung. Sonntags geöffnet. Kappens-  
straße 8 und Oranienstraße 37.**

**Ich bitte! Brautleute und Möbel-  
kaufende um Beschleunigung meiner  
großartigen Aufstellung nur mo-  
derner: Speise-, Herren-, Schlaf-  
zimmer, Salons, Küchen, auch lastr.  
Alle billigen Preise, streng reelle Be-  
dienstigung! Transport auch nach aus-  
wärts frei! Möbelstube R. Dirsch-  
witz, Kappensstraße 25, an der Hoch-  
bahn! 384R**

**Verkauflich: apartmoderne Ein-  
richtung, Piano, Schreibtisch, Büfett,  
Blücherstraße, Umbau, Teumeau, Gas-  
trone, mehrere. Königsbergerstr. 11,  
born I. Böhler. 62/6**

**Schlafsofa, zwei Bettstellen, Wa-  
schen, Stand Betten, Nickel, Karren-  
burgenstraße 10. +129**

**Zwei Ausbaumattstellen mit Ma-  
trassen, zwei Ausbaumattstücke mit  
Wärmepolsterung billig zu verkaufen.  
Beschleunigung vormittags. Rosenwal-  
denstraße 62, I. 62/8**

**Musikinstrumente.  
Piano, Algelein, 120,—, Schlegel-  
straße 20, Oberbaumstr. 62/7**

**Pianino, elegantes, Bildg. 216,—,  
mar, Badstraße 42/43. +102\***

**Bilder.  
Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends  
billiger als direkt bei Bildg. bei  
Bodegan, Bernauerstraße 2. 2248R\***

**Bilder, billige Bezugsquellen,  
solide Preise für Einrahmungen.  
Große Frankfurterstraße 64. 75\***

**Fahrräder.  
Nur Fahrradbetrieb „Groß-Berlin“  
hat kolossal billige Preise, in Ihrem  
eigenen Interesse beden Sie Ihren  
Bedarf dortselbst. Neue Fahrräder,  
ohne Gummi 29,—, mit Gummi  
35,—, 42,—, 48,—, 55,—, Gebrauchte  
10,— an. Sämtliches Zubehör an-  
bedingung reell, billig und gut. Käufen  
Sie an unsere Verkaufsstellen: Müller-  
straße 13, Turnstraße 29, Badstraße 9,  
Dammstraße 145, Neue Schönhauser-  
straße 9, Charlottenburg, Spandauer  
Berg 29. 206R\***

**Metalputz — Schuhputz — Ofenschwärze  
Meister oder Arbeiter mit guten Erfahrungen bei hohem Lohn gesucht.  
Offerten unter C. O. 4159 an Haasenstern & Vogler,  
Berlin W 8. 204/7**

**Erstklassige Fahrräder, Monats-  
rate 10 Mark, Louis Barth, Prings-  
straße 10a, I. Etage. 799R\***

**Fahrräder. Ein großer Rollen  
gebrauchter Fahrräder ist eingetroffen.  
Für offerieren solange Vorrat:  
Toureräder 10,—, 20,—, Halbräder,  
Damenräder 25,—, 30,—, Damen-  
maschinen, Rennräder aller Art  
Fabriken 30,—, 40,—, 50,—. Kosten  
neue Garantie-Fahrräder mit Preis-  
mäßig. Gelegenheit für Händler, 35,—,  
Zubehörteile zu Großpreisen,  
Gleichen 0,10, Ketten 0,55 ufm. Vneu-  
matis erster Firmen, frische Ware  
1913, enorm billig. Fahrradfabrik  
Kunde um Berlin. Wein-  
meisterstraße 2, Filiale: Chausse-  
straße 92, Große Frankfurterstr. 144,  
Reutlin, Hermannplatz 6, Bergr. 4  
(Ede Jelenstraße). 795R\***

**Platinabfälle, alle Goldschmuck,  
Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren,  
Kleidgold, Goldmatten, Quecksilber,  
Stanniol sowie sämtliche Gold-,  
Silber-, platinhaltigen Rückstände  
kaufst Groß, Edelmetallhändler, Berlin,  
Adenidestraße 29, Telefon Kappens-  
straße 3476. 287R**

**Platinabfälle, Gramm 5,70, Sil-  
ber, Silber, Zahngebisse, Stanniol,  
Quecksilber kaufst höchstgütend, Eitel,  
Schmelzerei, Kappensstraße 19 III. +8\***

**Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platin-  
abfälle 5,75, Goldschmuck, Silber,  
Kleidgold, Goldmatten, Quecksilber,  
Stanniolpapier, Gummi 3,80, Kupfer  
1,25, alle Metalle höchstgütend,  
Edelmetall-Verkaufsbureau, Berner-  
straße 81. 221R\***

**Zahngebisse, Platinabfälle, Gold-  
einlauf, Silber, Quecksilber, Stanniol  
höchstgütend Schmelzerei Müller,  
Teltowerstraße 10. 213R\***

**Zahngebisse, Goldschmuck, Silber-  
schmuck, Platinabfälle, sämtliche Metalle  
höchstgütend, Schmelzerei Christian,  
Adenidestraße 29 a (gegenüber  
Kappensstraße). 59/1\***

**Zahngebisse, Zahn bis 1,50,  
Platinabfälle, Goldschmuck, höchst-  
gütend „Goldtor“, Alte Jakob-  
straße 140. 203/8**

**Fahrräderverkauf, allerhöchste  
Preiszahlung. Bergr. 42, 64/10\***

**Zimmer.  
Zimmer, 1 oder 2 Betten, con-  
tinent Dornen, Schönwald, Rottbulet-  
damm 75. 2265**

**Schlafstellen.  
Möblierte freundliche Schlaf-  
stelle vermietet Herren Dresdener-  
straße 107/8, born II links. 61/12\***

**Arbeitsmarkt.  
Stellengesuche.  
Klavierzimmer. Fast erblindeter  
Genosse empfielt sich als Klavier-  
stimmer. J. Hoffmann, Neufuß,  
Kappensstraße 10. 2266\***

**Vertreter, 24. Jährigem  
guter Redner — sucht Stellung als  
Revisor, Kaufmann oder dergleichen.  
Kauktion vorhanden. Offerten erbeten  
unter „1889“ Hauptpostamt Neufuß.**

**Stellenangebote.  
Tüchtige selbständige Kaufmanns-  
bede bei hohem Lohn verlangen Schul u.  
Goldstück. Fernstraße 13. 224b**

**Verfügen zur Schloßerei und  
Machbau und Aufbahrung für  
nachmittags verlangt Kohn, Brü-  
cke 34. 2205**

**Wäschen, Altes, oder Frau ohne  
Anhang, zur selbständigen Hausarbeit  
und Kochen bei aemlichstem Bedo-  
nag zum 1. Mai gesucht. Familien-  
anzug, Lebensstellung. Offerten  
unter C. 3 Expedition des „Born-  
wärts“.**

**Strauscherm. Junge Mädchen,  
14 bis 16 Jahre, für leichte Arbeit  
verlangt Heinrich Voth, Stadtdreier-  
straße 24/25. 181b**

**Zeitungsfrauen verlangt Kronen-  
straße 2, I. 2106\***